

6/2015

ÖGZ

ÖSTERREICHISCHE GEMEINDE-ZEITUNG

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes



100 Jahre
Österreichischer
Städtebund



Verlagspostamt 1110 Wien • P.b.b. 102038542 Österreichischer Städtebund, Rathaus, 1082 Wien • Nicht retournieren • DVR-Nummer 0656097

URBANE ZUKUNFT: RAUM FÜR MENSCH, NATUR UND IDEEN

Leben in der Stadt

GENERALSEKRETÄR



Wir brauchen eine Belebung der Innenstädte

Die Lebensqualität in den österreichischen Innenstädten erntet international große Anerkennung und gilt als wesentlicher Standortfaktor. Die Städte sind die Wirtschaftsmotoren unseres Landes, die Innenstädte die Herzen der Städte. Mit der Entwicklung der letzten Jahre verlieren Stadtkerne ihre besondere Rolle – durch vermehrten Leerstand in den Erdgeschoßzonen, Verlust an Wohnbevölkerung aufgrund zu hoher Grundstückspreise oder durch Abwanderung von Gewerbe und Einzelhandel in die Einkaufszentren am Stadtrand.

Zur Belebung der Innenstadt müssen neue Strategien entwickelt werden. Der Österreichische Städtebund gründete eine neue Arbeitsgruppe zum Thema „Wissensnetzwerk Innenstadt“ (siehe auch Beitrag auf Seite 14), der sich aktuell bereits 33 Städte angeschlossen haben. Ausgangspunkt waren die Bestrebungen vieler Städte, Kaufkraft in den Stadtzentren zu halten bzw. in weiterer Folge der Verödung der Zentren entgegenzuwirken. Wir rufen auf, gemeinsam die Stadtkerne zu stärken. Denn in den Genuss der Vorteile kommen wir alle: die einzigartige Architektur, die lebendige Nutzung aus dem Zusammenspiel aus Einzelhandel, Gastronomie und Kultur bis hin zum Wohnen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'T. Weninger'.

Dr. Thomas Weninger
Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes

2 Wir brauchen eine Belebung der Innenstädte
Editorial des Generalsekretärs des Österreichischen Städtebundes
Generalsekretär Thomas Weninger

3 Städte brauchen finanziellen Spielraum
Vorwort des Präsidenten des Österreichischen Städtebundes
Bürgermeister Michael Häupl

Impressum

4 Städtebund Aktuell
Diverse Kurzmeldungen aus den Städten



Die BürgermeisterInnen und ranghohe VertreterInnen der EU-Hauptstädte trafen einander im Wiener Rathaus, um gemeinsam die Städtepolitik der Europäischen Union zu diskutieren.

Mehr auf Seite 4

8 Kommunalnews
Kurzberichte aus den Bundesländern

12 Leben in der Stadt
Neue Wohnideen, Grünraumgestaltung und zahlreiche andere Ansätze sollen zur weiteren Verbesserung von urbanem Lebensraum beitragen.





Neue Konzepte für das Leben in der Stadt: Baugruppenmodelle und generationenübergreifende Projekte weisen den Weg in die Zukunft.

Mehr auf Seite 12-13

42 Magazin

Wie sehr die Orte, an denen wir aufwachsen, uns prägen, beschreibt das Buch „Stadtmenschen“. 40 Prominente zeigen 40 verschiedene Plätze in Österreich, die für sie große Bedeutung haben.



Molekularbiologin Renée Schroeder führte Starfotograf Lukas Beck an ihrem Lieblingsplatz an der Donau.

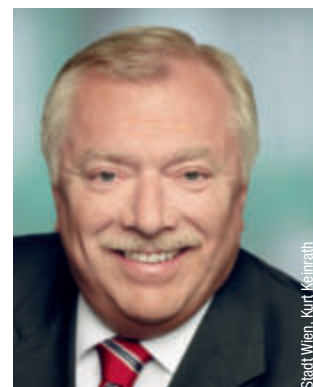
Mehr auf Seite 52-53

58 Finanzen

Mai 2015

IMPRESSUM: ÖGZ – Österreichische Gemeinde-Zeitung, Nr. 6/2015 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, www.staedtebund.gv.at, oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993 • Leitung: Generalsekretär Dr. Thomas Weninger • Verleger: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG, 1110 Wien, Leberstraße 122, Geschäftsführer: Dr. Gabriele Ambros, Gerhard Millich • Chefredakteurin des Österreichischen Städtebundes: Mag.ª Silvia Stefan-Gromen, Tel. +43(0)1/4000-89993, Fax: +43(0)1/4000-7135 • Redaktion: Mag.ª Marie-Luise Kriegl, Bakk., Grafische Gestaltung: Martin Hampejs, Lektorat: Mag. Bernhard Plos, Fotoredaktion: Markus Wache • Reproduktion: Repromedia Druckges. m. b. H. Nfg. KG, Leberstraße 122, 1110 Wien • Druck: Wograndl Druck Ges. m. b. H., Druckweg 1, 7210 Mattersburg • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2015: 10 Ausgaben • Coverfoto: Getty Images, Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache. • Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung. Einzelheft: EUR 4,50; Jahresabonnement: EUR 42; Abo-Bestellnummer: Tel. +43(0)1/740 32-466 • Anzeigen: Sascha Kovacs, s.kovacs@schmid-verlag.at, Tel. +43(0)1/740 32-573 • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.

PRÄSIDENT



Stadt Wien, Kurt Veith

Städte brauchen finanziellen Spielraum

Die Finanzausgleichsverhandlungen sind angelaufen, die ExpertInnen-Gespräche über eine grundsätzliche Reform des FAGs beginnen in Kürze und bis Ende 2015 werden laut Zeitplan des Bundes konkrete Vorschläge vorliegen. Die Eckpunkte für diese Verhandlungen liegen für Österreichs Städte und Gemeinden klar auf der Hand. Es geht um langjährige Forderungen, wie die verstärkte Aufgabenorientierung, einen abgestuften Bevölkerungsschlüssel und die Entflechtung der Transfers. Es ist an der Zeit, Taten zu setzen. Es müssen konkrete Reformschritte umgesetzt werden. Denn Österreichs Kommunen finanzieren neben ihren eigentlichen Aufgaben auch wesentlich die soziale Versorgung mit, die hauptsächlich in der Verantwortung der Bundesländer steht. Insgesamt 52.000 Transfers fließen zwischen Ländern und Gemeinden hin und her und machen die Finanzierung intransparent und ineffektiv. Städte sind Orte der Bildungseinrichtungen, der Gesundheitseinrichtungen, des Wissens und der Innovation – dies soll auch in Zukunft so bleiben. Die Menschen müssen sich auch weiterhin auf die international vorbildliche kommunale Infrastruktur verlassen können. Dafür brauchen Städte mehr Handlungsspielraum.

Michael Häupl

Bürgermeister Dr. Michael Häupl
Präsident des Österreichischen Städtebundes

BÜRGERMEISTERINNEN DER EU-HAUPTSTÄDTE ERHEBEN „EINE STARKE STIMME“

Bis 2050 werden zwei Drittel der Weltbevölkerung in Städten leben, dort liegt das größte Potenzial für Innovation. Die städtische Dimension muss stärker in den Fokus der europäischen Politik rücken. Bürgermeister Häupl und AmtskollegInnen tagten in Wien.

Am 21. April 2015 haben sich BürgermeisterInnen und ranghohe VertreterInnen der EU-Hauptstädte auf Einladung des Wiener Bürgermeisters im Wiener Rathaus versammelt, um gemeinsam über die Städtepolitik der europäischen Union zu beraten. Den ursprünglich seitens des früheren, für Regionalpolitik zuständigen EU-Kommissars Johannes Hahn initiierten Dialog zwischen der EU und den Städten will auch seine Amtsnachfolgerin, Corina Cretu, weiterführen, wie sie bei ihrer Rede im Rahmen der Tagung der Stadtoberhäupter unterstrich. „Die Städte sind auch Macher. Nach dem Prinzip der Subsidiarität können sie auch aktiv werden und wir können dabei helfen“, sagte die Kommissarin. „Ihre Beiträge sind von größter Wichtigkeit“, richtete sie das Wort an die BürgermeisterInnen: „Sie haben Erfahrungen. Sie wissen, welche Maßnahmen funktionieren können. Ich, als Ihre Ansprechpartnerin, freue mich auf Ihre Vorschläge.“

Städtische Dimension in der europäischen Politik stärken

Nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass bis 2050 zwei Drittel der Weltbevölkerung in Städten leben werden und dort das größte Potenzial für Innovation liegt, soll die städtische Dimension stärker in den Fokus der europäischen Politik rücken und

die Zusammenarbeit zwischen den Städten der Europäischen Union intensiv fortgeführt werden. Diese Ansicht teilten die anwesenden VertreterInnen der EU-Hauptstädte, darunter die Bürgermeister von Rom, Athen, Bukarest, Sofia und Luxemburg.

Einbeziehung der Städte in die Gestaltung der EU-Politik gefordert

Im Rahmen der Tagung wurde die Deklaration „Eine starke Stimme für Europa“ beschlossen. Darin fordern die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister unter anderem eine systematische Einbeziehung der Städte in den gesamten Prozess der Gestaltung der EU-Politik und mehr Handlungsspielräume bei der Umsetzung von seitens der Europäischen Kommission vorgegebenen Zielen sowie ein Rederecht der StädtevertreterInnen vor dem Europäischen Parlament. Zudem werden die Übertragung nicht beanspruchter EU-Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit an besonders betroffene Großstädte sowie die Verteilung der EU-Ressourcen nach Bevölkerungsdichte gefordert.

„Wir maßen uns nicht an, alle Städte in Europa zu vertreten, aber wir können eine Stimme der Städte in Europa sein und wir werden gehört“, unterstrich Wiens Bürgermeister Michael Häupl die Bedeutung der Deklaration. Unmittelbar nach der Tagung stellten Bürgermeister Häupl und sein Amtskollege aus Amsterdam, Eberhard van der Laan, die Deklaration im Rahmen einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vor. Amsterdam wird Gastgeber des nächsten Treffens der BürgermeisterInnen der EU-Hauptstädte sein.



Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der EU-Hauptstädte trafen Kommissarin Corina Cretu in Wien.



DORNBIRN: SCHÜLERAUSTAUSCH MIT ARMENIEN

Das Bundesgymnasium Dornbirn hat schon seit mehreren Jahren eine Kooperation mit dem Gymnasium in Gyumri, einer armenischen Stadt im Westen des Landes in der Nähe der türkischen Grenze. Gyumri ist mit etwa 130.000 EinwohnerInnen die zweitgrößte Stadt Armeniens.

Anlässlich des Schüleraustausches des Gymnasiums Nr. 3 in Gyumri mit dem BG Dornbirn wurden die Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrpersonen kürzlich auch offiziell im Rathaus begrüßt. Bürgermeisterin Andrea Kaufmann bereitete den Gästen einen herzlichen Empfang und informierte sich über die aktuelle Lage in Armenien. Da diese SchülerInnen Deutsch als Fremdsprache lernen, war die Kommunikation sehr leicht.

Stimmen von armenischen Schülerinnen:

Dshemma und Nina: „Uns hat das direkte und offene Gespräch mit der Bürgermeisterin sehr gefallen. Wir finden die Natur überwältigend und die Menschen sehr zuvorkommend. Die Atmosphäre war sehr angenehm und die Stadt ist sehr schön. Wir würden gerne wiederkommen.“

Rusanna: „Das war mein erstes Treffen mit einem Politiker und das hat mir viel Freude bereitet. Ich habe genau beobachtet, wie sich Politiker verhalten, sprechen oder die eigene Stadt präsentieren.“

Ofelja und Armine: „Wir haben uns schon in Armenien auf diesen Empfang gefreut. Die Bürgermeisterin hat uns sehr freundlich aufgenommen. Zuerst haben wir einen Film über Dornbirn angeschaut und dann ein bisschen über unsere Partnerschaft gesprochen. Alles war super. Wir haben uns sehr angeregt unterhalten. Trotz der knapp bemessenen Zeit hatte sie ein offenes Ohr für die Probleme unseres Landes. Dieses Treffen war für uns eine ganz besondere Ehre und wird uns noch lange in Erinnerung bleiben.“

Die neue Preis-/ Leistungsklasse für PLC & Motion Control.

Embedded-PC-Serie CX5100:
Kompakt-Steuerungen mit Intel®-Atom™-
Mehrkern-Prozessoren.



www.beckhoff.at/CX51xx

Mit der Embedded-PC-Serie CX5100 etabliert Beckhoff eine neue kostengünstige Steuerungskategorie für den universellen Einsatz in der Automatisierung. Die drei lüfterlosen, hutschienenmontierbaren CPU-Versionen bieten dem Anwender die hohe Rechen- und Grafikleistung der Intel®-Atom™-Mehrkern-Generation bei niedrigem Leistungsverbrauch. Die Grundausstattung enthält eine I/O-Schnittstelle für Busklemmen oder EtherCAT-Klemmen, zwei 1.000-MBit/s-Ethernet-Schnittstellen, eine DVI-I-Schnittstelle, vier USB-2.0-Ports sowie eine Multioptionsschnittstelle, die mit verschiedensten Feldbussen bestückbar ist.

IPC	ACHEMA 2015 Halle 11.1, Stand A75
I/O	
Motion	
Automation	

New Automation Technology **BECKHOFF**



RAT DER GEMEINDEN UND REGIONEN EUROPAS (RGRE) ZU BESUCH IM WIENER RATHAUS

Am 21. und 22. April 2015 fand im Wiener Rathaus das halbjährliche Treffen der GeneralsekretärInnen der Mitgliedsverbände des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) statt. Neben den geschäftsmäßigen Beratungen des Verbands gab es aus aktuellem Anlass auch einen Meinungsaustausch zu Fragen des friedlichen Zusammenlebens und der Integration in Städten. Die Begrüßung der Gäste, darunter auch die RGRE-Präsidentin Annemarie Jorritsma, wurde von Bgm. Michael Häupl vorgenommen. Seitens der Stadt Wien wurde die Wien Charta präsentiert. Auf dem Programm stand auch der Besuch des Jugendzentrums in Ottakring, wo intensiv über urbane Diversität und Integration diskutiert wurde.

INTERNATIONALER BESUCH IM STÄDTEBUND

Im April 2015 hat eine hochrangige Delegation aus der Republik Senegal die Österreichische Staatsdruckerei sowie das Generalsekretariat des Österreichischen Städtebundes besucht. In einem intensiven Erfahrungsaustausch wurden zwischen den VertreterInnen des Österreichischen Städtebundes, der Österreichischen Staatsdruckerei und der BürgermeisterInnenkonferenz der Republik Senegal aktuelle kommunale Themen wie die Einrichtung eines funktionierenden Personenstandswesen, die Erfüllung der Daseinsvorsorge-Leistungen oder die kulturellen Leistungen der Kommunen im Senegal besprochen.



(v.l.n.r.) Johannes Schmid, Vertreter des Österreichischen Städtebundes, Präsident Aliou Sall, Bruder des Staatspräsidenten der Republik Senegal, Bürgermeister der Stadt Guédiawaye nahe der Hauptstadt Dakar und Vorsitzender der BürgermeisterInnenkonferenz, Hannes Merl, Partner der Österreichischen Staatsdruckerei, Ibrahima Diallo, Vertreter der Republik Senegal und Generaldirektor der BürgermeisterInnenkonferenz, Alexander Ristic, International Sales Manager der Österreichischen Staatsdruckerei.



**effizient - ökologisch
professionell - diskret**

Die niederösterreichischen Schädlingsbekämpfer

„Solide Meisterarbeit für unsere Gemeinden und Betriebe. Vertrauen Sie
Ihrem Profi aus NÖ.“ - Franz Astleithner, Landesinnungsmeister NÖ

Mit viel Know-How zum gewünschten Ergebnis

Seit vielen Jahrzehnten ist das Gewerbe des Schädlingsbekämpfers ein konzessioniertes Gewerbe, seit 1994 ein Handwerk mit Meisterprüfung. Der Fachbetrieb kennt die aktuellen Gesetze und Verordnungen. Vor allem wenn es um sensible Bereiche (zB. Küchen, Kindergärten, etc.) geht.

Der konzessionierte Fachbetrieb erkennt die Gefahren, die von einem Schädlingsbefall ausgehen können. So wird die Kette vom Ausgangspunkt einer Infektion wirkungsvoll unterbrochen.

Oberstes Prinzip unserer Innungsmitglieder bei Einsatz von Chemie: So wenig wie möglich, soviel wie notwendig.

Der Schädlingsbekämpfer ist oft dezent im Hintergrund tätig und Ihr erster Ansprechpartner bei:

Vorratsschutz:

Ratten- und Mäusebekämpfung
Bekämpfung von Lebensmittelmotten
Hygieneschädlinge, etc.

Schabenbekämpfung:

Pharaoameisenbekämpfung
Bekämpfung von Parasiten
(Flöhe, Wanzen, Milben), Holzschutz

Bekämpfung von Holzschädlingen:

Schwammsanierung
Pflanzenschutz

Unkrautbekämpfung:

Grasmilbenbekämpfung

Bekämpfung mit hochgiftigen und giftigen Gasen:

Begasung in Lebensmittelsilos und Gebäuden, Vogelabwehr

Taubenabwehr

Sollten Sie einen Schädlingsbefall feststellen oder vermuten, nehmen Sie Kontakt mit einem Profi auf. Eine ausführliche Erstberatung von einem konzessionierten Schädlingsbekämpfer ist meist kostenlos.

Unter www.chemisches-gewerbe.or.at finden Sie einen Schädlingsbekämpfer-Spezialisten in Ihrer Nähe.

Ihre Ansprechpartner der Landesinnung der chemischen Gewerbe, Denkmal-, Fassaden- und Gebäudereiniger erreichen Sie unter:

M: holz.chemie@wknoe.at

T: +43 (0)2742 851-19172

F: +43 (0)2742 851-19179



www.chemisches-gewerbe.or.at
Die Profis in Ihrer Nähe



Aktuelles Problem für die Schädlingsbekämpfer: Der Zünsler

www.chemisches-gewerbe.or.at



ERFOLGREICHER FRÜHJAHRSPUTZ: 765 SCHÜLERINNEN BEFREITEN WELS VON 500 KILOGRAMM MÜLL

Im wahrsten Sinne des Wortes befreit präsentieren sich die Uferbereiche des Traunflusses und mehrerer Bäche, öffentliche Grünflächen und Naherholungsgebiete wie die Freizeitanlage Wimpasing oder der Reinberg sowie diverse Wanderwege und Bahndämme in Wels: Denn 765 Welser SchülerInnen (übrigens ein Rekordwert) säuberten kürzlich diese Bereiche im Zuge der Frühjahrsputzaktion der Dienststelle Umweltschutz von achtlos weggeworfenem Unrat und Müll. Mit Unterstützung von Bezirksabfallverband und Freiwilliger Feuerwehr kamen auf diese Weise insgesamt mehr als 100 Säcke mit rund 500 Kilogramm Abfall zusammen. Darunter befanden sich zahlreiche Getränkedosen und PET-Flaschen sowie alte Autoreifen, Teppiche und sogar ein Feuerlöscher.

Als Dankeschön für ihren Einsatz gab es für die fleißigen Müllsammler eine kleine Jause, die am Morgen des Aktionstages in die Schulen geliefert wurde. „Ein herzliches Dankeschön geht an alle, die mitgeholfen haben, dass sich Wels im Frühling besonders sauber präsentiert. Denn eine so große Flurreinigungsaktion wäre mit dem Personal des Magistrates alleine nicht machbar“, betont Umweltstadträtin Christa Raggl-Mühlberger. Bei der heurigen 22. Auflage waren übrigens die Volksschulen Dr.-Schauer-Straße, Pernau, Mauth, Puchberg und Vogelweide, das Integrative Schulzentrum, die Neuen Mittelschulen Stadtmitte/Rainerstraße, Vogelweide und Lichtenegg sowie das BRG Brucknerstraße mit dabei. Insgesamt haben seit 1994 rund 17.000 Jugendliche an der Aktion mitgewirkt und über 20.000 Kilogramm Abfall gesammelt.

EUROPÄISCHES BEIHILFERECHT FÜR KOMMUNEN

Das Wirtschaftsleben wird zunehmend von europäischen Einflüssen geprägt. Dabei stellt das Beihilferecht einen zentralen Baustein des europäischen Wettbewerbsrechts dar, dessen Bedeutung sich schon alleine an der Anzahl der gerichtlichen Verfahren ablesen lässt. Von 28. bis 29. September 2015 finden in Deutschland die „7. Speyerer Europarechtstage: Aktuelle Fragen des europäischen Beihilferechts“ statt. Die Veranstaltung setzt sich zum Ziel, derzeitige Entwicklungen des EU-Beihilferechts in einem Forum – bestehend aus ExpertInnen der Kommission, der europäischen Gerichte, nationaler Behörden, Unternehmen, der Anwalt- und der Wissenschaft – zur Diskussion zu stellen.

INFOS: <http://www.uni-speyer.de/FORTBILD/060215.pdf>



MIT „WIEN ZU FUSS“-APP AUF ENTDECKUNGSTOUR

Schritte zählen und gegen Goodies eintauschen, einen Fußweg planen und dabei die Stadt entdecken, spazieren gehen und dabei Preise gewinnen – das alles bietet die neue „Wien zu Fuß“-App. Der Routenplaner bringt alle Zu-Fuß-Gehenden nicht nur ans Ziel, er zeigt auch interessante Dinge wie Flaniermeilen, FußgängerInnen-Zonen und Durchgänge auf dem Weg dorthin. Mit der Funktion „über“ kann ausgewählt werden, wie die Spazierroute gestaltet werden soll.

Das neue Online-Tool steht als kostenlose Variante für NutzerInnen von Android-Smartphones sowie iPhones ab sofort unter www.wien.gv.at/verkehr/zufussgehen zur Verfügung.

E-MOBILITY-TESTPAKET FÜR UNTERNEHMEN UND GEMEINDEN



Unternehmen und Gemeinden können der Alltagstauglichkeit von Elektromobilität im Unternehmensfuhrpark bzw. für Anwendungen wie Carsharing nun ausgiebig auf den Zahn fühlen – vorausgesetzt sie gewinnen den „e-Contest“, der von Austrian Mobile Power ausgeschrieben wurde.

„Unser Wettbewerb richtet sich vor allem an nachhaltig orientierte, innovationsbegeisterte Unternehmen und Gemeinden aus eher ländlicheren Gebieten in Österreich, die bisher noch nicht oder wenig mit Elektromobilität in Berührung gekommen sind“, so Geschäftsführer Heimo Aichmaier über den Grundgedanken der Initiative. Dieses Projekt wird aus Mitteln des Klima- und Energiefonds unterstützt und im Rahmen des Programms „Modellregionen Elektromobilität“ durchgeführt. Die beim „e-Contest“ gewinnenden Unternehmen und

Gemeinden erhalten ein temporär zur Verfügung gestelltes „E-Mobility-Testpaket“ bestehend aus diversen E-Fahrzeugmodellen, E-Ladesäulen für langsames, beschleunigtes und schnelles Laden sowie einem Buchungssystem. Damit sollen im Rahmen der vereinbarten Testtage die Implementierung von E-Fahrzeugen im Unternehmensfuhrpark sowie Anwendungsfälle für Gemeinden wie etwa e-Carsharing für EinwohnerInnen ausprobiert werden können. Die eingehenden Teilnahmeformulare mit Motivationsschreiben werden von einer Jury bewertet. Interessierte Unternehmen und Gemeinden können sich noch bis einschließlich 25. Juni 2015 bewerben.

NÄHERE INFORMATIONEN UND TEILNAHMEFORMULAR:

www.austrian-mobile-power.at/e-contest

Interessiert, Elektromobilität in Ihrem Unternehmen oder als Gemeinde zu testen?

Bewerben Sie sich beim >> e-Contest <<

Die Gewinner erhalten ein temporäres E-Mobility-Testpaket – bestehend aus E-Fahrzeugen, E-Ladetechnik und Buchungssystem.



>> e-Contest <<

austrian
mobile
power

Symbolfoto

www.austrian-mobile-power.at/e-contest

powered by

ONE BILLION RISING 2015

One Billion Rising (englisch für Eine Milliarde erhebt sich) ist eine weltweite Kampagne für ein Ende der Gewalt gegen Frauen und Mädchen und für Gleichstellung. Sie wurde im September 2012 von der New Yorker Künstlerin und Feministin Eve Ensler initiiert. Die eine „Milliarde“ deutet auf eine UN- Statistik hin nach der eine von drei Frauen in ihrem Leben entweder vergewaltigt oder Opfer schwerer Körperverletzung werden. Es ist eine der größten Kampagnen weltweit, mit Events in bis zu 190 Ländern der Welt.



Beim Tanz-Flashmob am Grazer Hauptplatz beteiligten sich rund 120 Frauen, Männer, Mädchen, Burschen, Kinder,...



Auch in Klagenfurt wurde am Neuen Platz getanzt, um ein Zeichen für das Ende der Gewalt gegen Frauen zu setzen.



In Linz nahmen bereits am Freitag, 13. Februar auf Initiative von Sonja Ablinger Schülerinnen der NMS 17 und 18 sowie der ASO 6 an einem Tanz-Flashmob teil und bekundeten ihre Solidarität mit „One Billion Rising for Justice“.



Über 200 Frauen und Männer haben am 14.2. die Stadt Salzburg „gerockt“, zu „One Billion Rising“ getanzt und so ihre Selbstbestimmung gefeiert.



Tanzend gegen Gewalt an Frauen – Tanz-Flashmob am Rathausplatz St. Pölten! Weltweit tanzten am Valentinstag Menschen unter dem Motto „One Billion Rising“ für ein selbstbestimmtes Leben von Frauen frei von Gewalt – auch St. Pölten setzte ein klares Zeichen!



In Wien wurde vor dem Parlament lautstark gegen Gewalt an Frauen getrommelt und getanzt.



Abfallentsorgung mit Verantwortung

Die .A.S.A. Abfall Service AG als führendes privates Entsorgungsunternehmen Österreichs setzt auf effizientes und ressourcenschonendes Arbeiten und bietet Gesamtsorgungslösungen für Kommunen, Industrie, Gewerbe und Private.

Wir fühlen uns dem Auftraggeber und der Umwelt verpflichtet. Ökonomie und Ökologie sind deshalb bei der .A.S.A. eine untrennbare Einheit.

- Beratung in allen Abfallfragen
- Erstellung von überregionalen Branchenlösungen
- Sammlung und Transport aller Abfallarten
- Partner sämtlicher VVO und EAG Sammelsysteme
- Mechanisch / biologische Behandlung (MBA)
- Mechanische Behandlung (Splitting)
- Ersatzbrennstoffherstellung (EBS)
- Thermische Verwertung (MVA)

Kontaktieren Sie uns - wir freuen uns, auch Ihnen als zuverlässiger und kompetenter Partner zur Seite zu stehen!

INFO

Logoänderung .A.S.A. → FCC Environment

Unser Logo wird durch jenes unseres bisherigen und langjährigen Eigentümers, der FCC Environment, ersetzt.

.A.S.A. Abfall Service AG
Zentralstandort
Hans-Hruschka-Gasse 9
2325 Himberg

www.fcc-group.at



Das Wohnen neu denken

Eine immer älter werdende Gesellschaft erfordert ebenso neue Wohnkonzepte wie der Drang zu mehr Individualität und ein generell gewandeltes Denken, was das soziale Zusammenleben betrifft. Baugruppenmodelle versprechen hier ebenso Lösungen wie generationenübergreifendes Wohnen. Erfahrungswerte zeichnen ein positives Bild.

Mag. Johannes Luxner, Journalist

Von außen mag es ein Neubauprojekt wie viele andere sein, doch was sich innen abspielt, gab es in dieser Form in Wien noch nicht. Das vor gut fünf Jahren eröffnete Generationenhaus in der Baumgasse im 3. Gemeindebezirk gilt als Vorzeigeprojekt, was neue Wohnformen betrifft. Hier wurde von Beginn an eine Durchmischung der Generationen forciert. In den unteren drei Stockwerken befinden sich betreute Apartments für SeniorInnen ebenso wie eine Pflegestation. In den restlichen Stockwerken darüber befinden sich herkömmliche Genossenschaftswohnungen, wo vorwiegend junge Menschen und Familien zuhause sind. Gute Infrastruktur

für alltägliche Bedürfnisse war hier genauso ein konzeptionelles Anliegen: Im Erdgeschoß hat sich ein Supermarkt eingemietet, einen Friseur gibt es hier ebenso wie ein Kaffeehaus. Auch der ArbeiterInnen-Samariterbund hat hier einen Stützpunkt. Darüber hinaus existieren Gemeinschaftsflächen – z.B. eine großzügige Dachterrasse –, die für alle BewohnerInnen des Gebäudes frei zugänglich sind, damit alle in Kontakt kommen können. Und es gibt hier sogar eine Sauna.

Gemeinschaft der BewohnerInnen

Die studierte Psychologin Miriam Zolles wohnt seit Beginn an im obersten Stock-

werk des Generationenhauses. Die Mutter von drei Kindern schätzt ihre Wohnsituation sehr: „Natürlich entsteht trotz der baulichen Situation der Kontakt zu den anderen Hausbewohnern nicht von alleine. Das steht und fällt mit dem Verhalten der Bewohner.“ Doch dafür wird einiges getan. Zu den Veranstaltungen der SeniorInnen sei stets das ganze Haus eingeladen, erzählt Frau Zolles. Ebenso gibt es engagierte MieterInnen der oberen Stockwerke, die auf den Gemeinschaftsflächen immer wieder zu Festen laden. Ganz abseits dieser Sozialdynamik sei die Architektur sehr gelungen: „Es gibt ein riesiges Atrium, das Haus ist sehr hell und hat einen offenen Charakter.“



Robert Temel, Wiener Architektur- und Stadtforscher, ist auch im Vorstand der „Initiative für gemeinschaftliches Wohnen und Bauen“ tätig.

Und natürlich sei es schön zu beobachten, wenn sich die SeniorInnen über Begegnungen mit den Kindern auf den öffentlichen Flächen besonders freuen, erzählt Frau Zolles. Auch die private Logistik des Alltags wird hier vereinfacht: „Es gibt einen Empfang für die Stockwerke der SeniorInnen, der mehrere Stunden am Tag besetzt ist. Hier werden auch Postpakete für die oberen MieterInnen entgegengenommen. Das ist gerade wenn man kleine Kinder hat wahnsinnig praktisch.“ Einen Kinderspielraum besitzt das Haus ebenso. Und weil sich auf der riesigen Gemeinschaftsterrasse – hoch oben am Dach des Gebäudes – im Winter ohnehin kaum wer aufhält, tut sich hier für Jungfamilien eine ganz andere Option auf: „Hier lässt es sich mit meinen Söhnen gut Schneemänner bauen“, so Zolles.

Mitbestimmen dank Baugruppe

Um Gemeinschaften ganz anderer Art geht es bei einer anderen als Zukunftsmodell gehandelten Form des Wohnens. Die sogenannten Baugruppenmodelle, die derzeit in Wien Konjunktur haben. An

und für sich sei das nichts Neues, erklärt der Wiener Architektur- und Stadtforscher Robert Temel von der „Initiative für gemeinschaftliches Wohnen und Bauen“: „In den Achtziger- und Neunzigerjahren ist auf diesem Gebiet in Wien schon sehr viel passiert. Dann gab es eine Pause von etwa zehn Jahren.“ Seit fünf Jahren sei aber wieder hohe Aktivität bei den Baugruppenmodellen spürbar, so Temel, der als frühes Paradebeispiel dieses baulichen Zugangs auf die Sargfabrik im 14. Wiener Gemeindebezirk verweist. Dort haben sich zu Beginn der Neunzigerjahre Private zum „Verein für integrative Lebensgestaltung“ zusammengeschlossen, um am Gelände einer ehemaligen Sargfabrik über 70 Wohneinheiten zu errichten. Alle BewohnerInnen sind Vereinsmitglieder, die sich seitdem selbst organisieren. Das Gebäude ist im Eigentum des Vereins, der ebenso kulturell aktiv ist. Nicht nur Veranstaltungsräume sind hier zu finden. Der Verein unterhält ein eigenes Badehaus. Und es gibt dort auch einen Kindergarten. Ein Viertel der Gesamtfläche ist Gemeinschaftsfläche.

Neue Stadtviertel:

Platz für Baugruppenmodelle

Insbesondere mit der Entwicklung der Seestadt Aspern habe das Baugruppenmodell wieder Aufwind, sagt Temel, der generell großes Potenzial erkennt: „Die Nach-

frage ist derzeit sicher größer als das Angebot.“ Die Baugruppen in der Seestadt haben auch unterschiedliche Schwerpunkte. Dass hier mit Herzblut an einem etwas anderen Modell des Wohnens gearbeitet wird, verraten bereits die Namen der insgesamt sechs Baugruppen: Sie nennen sich Pegasus, BRO-T-Aspern oder JAspern. Über öffentliche Anerkennung durfte sich unlängst die Baugruppe Wohnprojekt Wien am Gelände des ehemaligen Nordbahnhofs freuen. Die verantwortlichen Architekten von einszueins Architektur erhielten den Staatspreis für Architektur und Nachhaltigkeit. Und auch auf dem Gelände rund um den neuen Hauptbahnhof schießen schon bald Wohnbaugruppenmodelle aus dem Boden. Die ÖBB haben gemeinsam mit der Stadt Wien vier Baugruppengrundstücke unweit des zukünftigen Helmut-Zilk-Parks definiert. Wer den Zuschlag erhält, entscheidet aber nicht die Höhe des Kaufangebots. Robert Temel: „Es hat sich bewährt, Baugruppengrundstücke nach der Qualität der Konzepte zu vergeben und nicht nach dem Best-Angebot.“

Herausforderungen für neue Projekte

Dass die meisten Wohnbaugruppenmodelle in Stadtentwicklungsgebieten zu finden sind, sei kein Zufall, sagt Temel: „Gerade private Kollektive können am Grundstücksmarkt nicht so schnell agieren wie große Wohnbauträger. Es ist für sie schwieriger, an geeignete Flächen zu kommen.“

Dass Wohnbaugruppen ein besonderer Gewinn für neue Stadtteile sind, gilt als ungeschriebenes Gesetz: „Diese Leute interessieren sich sehr stark für die Umgebung. Sie sind Frequenzbringer, was wiederum der Belebung der Erdgeschoßzonen gut tut. Und ganz generell kommt es so zu interessanten Nutzungen.“ Doch eine gewisse Konfliktfähigkeit müsse man als Teil einer Baugruppe schon mitbringen, sagt Robert Temel über die ganz besondere Sozialdynamik solcher Projekte, die sicher nicht für alle Bevölkerungsgruppen geeignet sei. Denn alle Fragen in einem großen Kollektiv zu entscheiden, sei eine Herausforderung, die gewisser charakterlicher Voraussetzungen bedarf. ■

Wissensnetzwerk Innenstadt

Die Städte sind die Wirtschaftsmotoren unseres Landes, die Innenstädte sind die Herzen der Städte. Wenn wir die Innenstädte „verlieren“ – sei es durch vermehrten Leerstand in den Erdgeschoßzonen, durch Verlust an Wohnbevölkerung aufgrund zu hoher Grundstückspreise oder durch Abwanderung von Gewerbe und Einzelhandel in die Einkaufszentren am Stadtrand –, was unterscheidet die Städte dann noch von anderen Raumtypen?

DIⁿ Stefanie Schwer, Österreichischer Städtebund

Schließlich kann gerade die Lebensqualität in den Österreichischen Innenstädten als der wesentlichste Standortfaktor angesehen werden, über den die Städte verfügen. Aktives Handeln ist daher gefragt. Aus diesem Grund richtet der Städtebund gerade eine neue Arbeitsgruppe mit dem Titel „Wissensnetzwerk Innenstadt“ ein. Eine erste Tagung fand am 13.3.2015 in Wien statt. Ausgangspunkt waren die Bestrebungen vieler Städte, Kaufkraft in den Stadtzentren zu halten bzw. in weiterer Folge der Verödung der Zentren durch gezielte Maßnahmen entgegenzuwirken.

Ziele des Wissensnetzwerks Innenstadt:

- Schaffung einer Vernetzungsplattform der Städte untereinander, Erfahrungsaustausch;
- Lernen von Best-Practices national und

international (Vorträge, und in weiterer Folge auch Exkursionen);

- Etablierung eines ExpertInnenremiums der Städte zu Fragen der Innenstadtentwicklung gegenüber Dritten (z.B. Wirtschaftskammer Österreich, Österreichische Raumordnungskonferenz, Architektenkammer, etc.);
- Ggf. gemeinsames Erarbeiten von Handlungsbedarf auf Ebene der Landes- und Bundesgesetzgebung, Erstellen einer „Agenda Innenstadt“ des Österreichischen Städtebundes;
- Schaffung öffentlicher Aufmerksamkeit für die Themen Innenstadtentwicklung, Leerstand und entsprechende Gegenstrategien.

Folgende 27 Städte haben Nominierungen für das Wissensnetzwerk bekanntgegeben:¹

Wien, Bregenz, St. Pölten, Leoben, Salz-

burg, Waidhofen an der Ybbs, Mistelbach, Lienz, Linz, Graz, Wels, Bruck an der Mur, Traun, Innsbruck, Kufstein, Kapfenberg, Mürzzuschlag, Wiener Neustadt, Krems, Schwechat, Villach, Ried im Innkreis, Trofaiach, Feldkirch, Hermagor/Presseggersee, Liezen und Melk.

Vorarbeiten zum Thema Innenstadt

Beim Städtetag 2014 in Graz gab es einen eigenen Arbeitskreis zum Thema „smart urban living - meine Stadt, mein Lebens-Raum“. Ebenfalls 2014 veröffentlichte die steirische Landesgruppe des Österreichischen Städtebundes gemeinsam mit der steirischen Landesregierung und der steirischen Wirtschaftskammer das „Weißbuch Innenstadt - Chancen und Herausforderungen der Innenstadtbelebung für Klein- und Mittelstädte“. Dabei wurden anhand der Städte Bruck an der Mur, Hartberg und Bad Radkersburg Handlungsoptionen zur Innenstadtentwicklung für Städte mit einer Einwohnerzahl von bis zu rund 25.000 EinwohnerInnen aufgezeigt.

Das Weißbuch Innenstadt ist allerdings vorrangig als ExpertInnenpapier zu verstehen, nicht als Papier der Städte. Es wurde beim Fachausschuss für Bauangelegenheiten am 4.12.2014 den BaudirektorInnen der Städte vorgestellt. Nun sollten die darin gelisteten Maßnahmen einem ExpertInnencheck auf Ebene der StädtevertreterInnen unterzogen werden.

Ergebnisse der ersten Tagung des Wissensnetzwerks Innenstadt am 13.3.2015:

Roland Murauer von der CIMA Beratung + Management GmbH hielt den Eingangsvortrag bei der Auftaktveranstaltung des Wissensnetzwerks Innenstadt und



Roland Murauer, Geschäftsführender Gesellschafter der CIMA Beratung + Management GmbH hielt den Eingangsvortrag bei der Auftaktveranstaltung des Wissensnetzwerks Innenstadt.

Markus Wache



Zahlreiche TeilnehmerInnen kamen zum ersten Treffen des Wissensnetzwerks Innenstadt. Diskutiert wurden Maßnahmen zur Attraktivierung von Innenstädten.

sorgte mit einigen Daten und Fakten für Aufsehen. So weist Österreich mit 1,85 m² Verkaufsfläche pro EinwohnerIn die dichteste Verkaufsflächenstruktur in ganz Europa auf (EU-Durchschnitt 1,06 m² Verkaufsfläche pro EinwohnerIn). Die Verkaufsflächenkonzentration ist dabei gerade bei „Speckgürtel-Gemeinden“ mit geringer oder keiner „zentralörtlichen“ Funktion extrem hoch (z.B. Seiersberg mit 12,2 m² Verkaufsfläche pro EinwohnerIn). Der innerstädtische Verkaufsflächenanteil liegt je nach Bundesland zwischen 19% (Burgenland) und 30% (Vorarlberg). Damit findet Einzelhandel schon heute überwiegend „auf der grünen Wiese statt“.

Dabei stellen neue Fachmarkt- und Einkaufszentren-Entwicklungen kein „Allheilmittel“ zur Erhöhung der lokalen Kaufkraftbindung dar. So ging die Kaufkraft eigenbindung an Standorten mit neuen Fachmarkt- bzw. Einkaufszentren innerhalb der letzten 8 bis 10 Jahre teilweise sogar um bis zu 12% zurück (z.B. in Kremsmünster, Bad Hall, Gmünd, ...).

Auch wirken starke „Kannibalisierungseffekte“ zwischen „gleichrangigen“ Handelsstandorten einer Region. Vor allem aber kommt es an Standorten mit neuen peripheren Fachmarkt- und Einkaufszentren zu sehr hohen Umsatzzumlenkungen aus den Stadtkernen. Der Innenstadt-Umsatzanteil reduzierte sich durch neue FMZ und EKZ innerhalb von acht Jahren um 10% bis zu 27% (wie im Falle von Straßwalchen). Auch Städte, welche seit 2006 keine größeren Einzelhandelsentwicklungen forcierten, haben dennoch an innerstädtischer Wettbewerbsattraktivität eingebüßt. Nach Ansicht von Herrn Murauer stellen daher vernetzte immobilienwirtschaftliche und städtebauliche Impulse und eine Stadtkern-orientierte Widmungspolitik die wichtigsten Rahmenbedingungen für attraktive Innenstädte dar.

Auch sollte stärker ins (politische) Bewusstsein rücken, dass der Facheinzelhandel an vielen Standorten eine zwei- bis dreifach so hohe Personalintensität aufweist wie Fachmärkte oder Discounter in

der Peripherie. Werden zur Bewirtschaftung von 1.000 m² Verkaufsfläche innerstädtisch ca. 29 Arbeitsplätze benötigt, so sind nur ca. 9 Arbeitsplätze zur Bewirtschaftung von 1.000 m² Verkaufsfläche in peripheren Fachmarktzentren nötig. In weiterer Folge werden durch neue FMZ am Stadtrand innerstädtisch Arbeitsplätze vernichtet.

So führte in Waidhofen an der Thaya die Ansiedlung eines peripheren FMZ mit 93 Beschäftigten zu einer Reduktion von 107 Beschäftigten (VZ-Äquivalent) in der Innenstadt.

Abschließend wies Murauer auf eine weitere Bedrohung des innerstädtischen Einzelhandels hin: in den nächsten zehn Jahren wird der Online-Handel sowie die Digitalisierung der Verkaufsflächen dem stationären Handel rund 15% der Verkaufsflächen kosten.

Herausforderungen für Städte

Im Rahmen der ersten Tagung wurden die VertreterInnen der Klein-, Mittel- und Landeshauptstädte nach dem Ein-

gangsvortrag gebeten, in Gruppenarbeiten die eigenen Herausforderungen zu definieren. Hier ein kurzer Überblick über die Ergebnisse:

- Kleinstädte in peripheren Lagen kämpfen vermehrt gegen Leerstand von Wohnungen, Geschäftsflächen und Gasthäusern – sogar in ehemaligen erstklassigen Innenstadtlagen. Es setzt sich vermehrt die Ansicht durch, dass die Innenstadt mehr sein muss als bloßer „Konsumraum“ – zumal es auch immer weniger Einzelhandelsbetriebe innerörtlich gibt.
- Die „Mittelstädte“ leiden hingegen an einem Einzelhandelsflächenüberhang in äußeren Stadtbereichen, der ebenfalls zu Leerstand im Zentrum – hier allerdings vorrangig in B- und C-Lagen führt. Diesen „Donut-Effekt“, bei dem entleerte Stadtzentren einem Wulst an Nutzungen und Funktionen am Stadtrand gegenüberstehen, weisen fast alle Mittelstädte auf.
- Bei den Landeshauptstädten sehen die Herausforderungen diametral entgegengesetzt aus: es gilt, das rasante Bevölkerungswachstum zu bewältigen. Die neuen BewohnerInnen brauchen Wohnungen, soziale und technische Infrastrukturen und sie fordern attraktive Frei- und Grünflächen. Insgesamt ist eine Verknappung von Wohnraum feststellbar – vor allem in Zentrumsbereichen, wo durch Sanierungen Kleinstwohnungen zusammengelegt wurden. Der Leerstand im Erdgeschoß stellt vor allem in B und C-Lagen eine Herausforderung dar. Auch die vermehrte Tourismusintensität macht den Landeshauptstädten zu schaffen: es gilt, die „Normalität“ für die BewohnerInnen wieder herzustellen, in dem z.B. Wohnbevölkerung zurück in die Zentren gelockt werden soll (Thema „Leistbares Wohnen“).

Als zentrale Herausforderung zeichnete sich der notwendige Kompetenzaufbau im Bereich der Immobilienwirtschaft bzw. im Bereich Einzelhandel ab. Den städtischen EntscheidungsträgerInnen fehlt es oftmals an Know-how, handelsorientierte Standortentwicklung von immobilienorientierter Standortentwicklung unterscheiden zu können. Bei Letzterer geht es vor allem



Markus Waide

Die beiden Stadtbaudirektoren Robert Pichler aus Bruck an der Mur und Gerald Muhr aus Ried im Innkreis.

um Verdrängungswettbewerb. Die in Aussicht gestellten neuen Arbeitsplätze am Stadtrand sind in Wahrheit nur der Ersatz für die Arbeitsplätze, die dafür in der Innenstadt aufgegeben werden. Die Immobilienwirtschaft hingegen ist sehr versiert und oftmals sind die EntscheidungsträgerInnen in Politik und Verwaltung auf städtischer Ebene diesem Druck nicht gewachsen. Hier bedarf es künftig verstärkt eines Kompetenzaufbaus auf städtischer Ebene bzw. in Teilbereichen sogar einer Verlagerung von Entscheidungen auf eine übergeordnete Ebene.

Notwendige Maßnahmen

Hinsichtlich der notwendigen Maßnahmen auf Bundes- und Länderebene wurden daher auch die Themen Einzelhandel und Immobilienwirtschaft von den Teilnehmenden sehr hoch bewertet. Schwerpunkte waren allerdings auch die Themen Denkmalschutz, Vertragsraumordnung, Wohnbauförderung, stadregionale Kooperationen, Stellplatzmanagement sowie die Quartiersentwicklung durch Förderung kreativer Nutzungen.

Der gesamte Maßnahmenkatalog ist als „Agenda Innenstadt“ bereits auf der Homepage des Städtebundes verfügbar. Mit der „Agenda Innenstadt“ als Grund-

lage wird das ÖStB-Generalsekretariat nun Gespräche mit der Wirtschaftskammer Österreich und der Österreichischen Raumordnungskonferenz aufnehmen. Eventuell zeichnen sich dann schon erste Termine für weitere (ev. gemeinsame) Veranstaltungen bzw. Studien/Strategien ab. Ein nächstes Treffen des Wissensnetzwerks Innenstadt ist für Herbst 2015 geplant. Weitere InteressentInnen sind selbstverständlich herzlich zur Mitarbeit eingeladen. ■

1) Stand 30. 4. 2015

INFOS:

„Weißbuch Innenstadt – Chancen und Herausforderungen der Innenstadtbelebung für Klein- und Mittelstädte“:

http://www.staedtebund.gv.at/fileadmin/USER-DATA/Service/Dokumente/Weissbuch_Innenstadt_2014_DRUCK.pdf

Agenda Innenstadt: <http://www.staedtebund.gv.at/ausschuesse/wissensnetzwerk-innenstadt/tagungen/tagungen-details/artikel/tagung-am-xxxxxxx.html>

Österreichs Städte setzen vermehrt auf Familienfreundlichkeit

Familienfreundlichkeit kann so einfach sein! Immer mehr Stadtgemeinden erkennen die vielen Vorteile und starten mit dem Audit *familienfreundlichegemeinde* durch.

Gemeinsam an einem Ziel zu arbeiten bringt nicht nur allen was, sondern stärkt auch den Zusammenhalt innerhalb der Gemeinde. Diese Effekte lassen sich auch in Städten beobachten. Der Austausch der Bürgerinnen und Bürger aller Generationen mit den politischen Vertretern der unterschiedlichen Fraktionen verstärkt diese positiven Ergebnisse zusätzlich. Denn für den gemeinsamen Lebensraum arbeitet man gerne Hand in Hand.

Das Audit *familienfreundlichegemeinde* bietet Gemeinden das passende Instrument, um nachhaltig familienfreundliche Angebote umzusetzen und die Einwohner aller Lebensphasen aktiv daran zu beteiligen.

Bedarf besser erkennen

Durch das Audit *familienfreundlichegemeinde* erhalten alle Bürger die Möglichkeit, mit zu diskutieren und Vorschläge einzubringen. „Dadurch ist anstelle eines „Ihr-sollt-Gefühls“ ein „Wir-können-wollen-werden-Gefühl“ entstanden und ein Zusammenwachsen ist stark spürbar“, ist Brigitta Klein, Stadträtin und Auditbeauftragte der Stadtgemeinde Kufstein (T), überzeugt. Durch die direkte Zusammenarbeit aller Generationen in der Gemeinde können individuelle Bedürfnisse somit besser erkannt und gemeinsam effiziente, nachhaltige Lösungen dafür gefunden werden.

Auch in der Salzburger Stadtgemeinde Zell am See hat sich seit dem Start des Audits viel getan. Mit dem Bau eines Mehrgenerationenhauses, in dem sich nun 14 Starterwohnungen für junge Leute sowie 12 Wohneinheiten für betreutes Wohnen und acht Betreuungsplätze im Tagesbe-



Jung und Alt vereinen - der Klagenfurter Generationenspielplatz macht's möglich.

treuungszentrum für Seniorinnen und Senioren unter einem Dach befinden, wurde ein Lebensraum für mehrere Generationen geschaffen. „Ein wesentlicher Erfolgsfaktor des Audits ist auf jeden Fall, dass es die Identifikation der Bürger mit ihrer Gemeinde als Lebensraum aller Generationen fördert und so die Lebensqualität in der Gemeinde erhöht“, berichtet der Bürgermeister von Zell am See.

Mehr Raum für Familien

Doch auch größere Städte, wie Klagenfurt, erkennen Handlungsbedarf aufgrund demographischer Veränderungen. Um allen Generationen mehr Raum bieten zu können, wurden durch Ideen-Boxen zahlreiche unterschiedliche Vorschläge eingeholt. So wurden Einstiegshilfen in öffentlichen Bädern für Menschen mit Beeinträchtigung und Senioren sowie ein Spielplatzführer für Familien als zukünftige

Angebote beschlossen. Der Brückenschlag zwischen den Generationen gelang aber vor allem durch den Bau eines Generationenspielplatzes, auf dem die Klagenfurter in allen Lebensphasen nun gemeinsam Zeit verbringen können. „Der Generationenpark ist unser Leuchtturmprojekt des Auditprozesses und erfreut sich großer Beliebtheit“, berichtet Mag. Daniela Obiltschnig, Audit-Projektleiterin in Klagenfurt.

Interesse bekommen?

Bisher haben österreichweit bereits knapp 360 Gemeinden am **Audit *familienfreundlichegemeinde*** teilgenommen. Somit profitieren über 2 Millionen Bürgerinnen und Bürger von den familienfreundlichen Maßnahmen. Weitere Informationen zur Teilnahme am Audit sowie viele gute Beispiele finden Sie unter:

www.familieundberuf.at

Machen Sie mit und starten Sie noch heute mit dem Audit!

Familie & Beruf
Management GmbH
E-Mail: audit@familieundberuf.at
www.familieundberuf.at

Sind Sie schon dabei?



www.unternehmen-fuer-familien.at

bmfj
BUNDESMINISTERIUM FÜR
FAMILIEN UND JUGEND

Bezahlte Anzeige

Der Freiraum als Mangelware

Freiflächen in dicht bebauten Innenstadtgebieten sind ein rares Gut. Dementsprechend sind unkonventionelle Lösungen gefragt. Das bereits in Bau befindliche Projekt der Wientalterrassen gilt als Vorzeigeprojekt. Doch während am Wienfluss mit sehr viel Mühe Platz für die Bevölkerung geschaffen wird, entwickelt sich am Wiener Donaukanal eine Debatte um den Umgang mit Freiflächen.

Mag. Johannes Luxner, Journalist

Kaum ein anderer Fleck Österreichs ist dermaßen dicht verbaut wie Margareten und das angrenzende Mariahilf. Hier leben auf 3,5 Quadratkilometern in Summe über 85.000 Menschen. Getrennt werden der 5. und 6. Wiener Gemeindebezirk vom Wienfluss, der seit Ende des 19. Jahrhunderts in einem gemauerten Kanalkorsett aus großen Natursteinquadern, viele Meter tief neben dem Straßenniveau der Rechten und Linken Wienzeile, verläuft. Hier bildet sich zwischen dem vollständig überplatteten Bereich beim Naschmarkt und dem Margareten Gürtel eine städtebauliche Trennlinie, deren Entstehung durch die Angst vor den gefürchteten Wienfluss-Hochwässern einst ebenso befördert wurde, wie durch die Trassierung der unteren Wientallinie der Stadtbahn, auf deren Streckenführung heute noch die U-Bahnlinie U4 verkehrt. Und direkt über der freiliegenden U-Bahntrasse werden sehr bald schon Menschen ihre Freizeit verbringen.

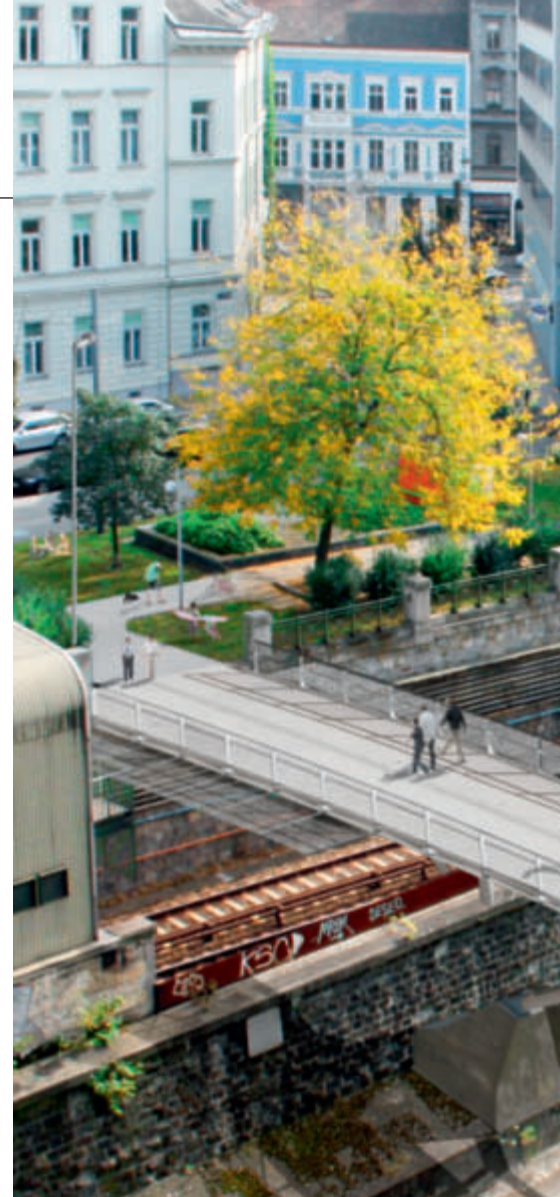
Neuen Freiraum schaffen

Hier erfolgt aus der Not eine städtebauliche Tugend, die bereits einen gestalterischen Vorboten hat: die unweit der Reinprechtsdorferstraße gelegene Nevillebrücke. An dieser Stelle überquerte bereits eine Römerstraße den Wienfluss. Seit dem Jahr 2012 ist man hier wieder ausschließlich per pedes unterwegs. Die Bogenbrücke wurde für den motorisierten Individualverkehr gesperrt, bepflanzt und mit Sitzmöglichkeiten ausgestattet. Ein paar hun-

dert Meter flussabwärts geht man es seit kurzer Zeit ähnlich, aber gestalterisch kühner an.

Grünflächen über dem Wienfluss

Im Bereich über der U4-Trasse, nahe der Station Pilgramgasse, entsteht momentan die erste von insgesamt drei geplanten Überplattungen. „Mit dieser großflächigen Konstruktion aus Stahlbeton und Holz wird Freiraum für die Bewohner der angrenzenden Bezirke geschaffen“, erklärt Architektin Silja Tillner von Tillner & Willinger Architekten, die gemeinsam mit Alfred Willinger für den Entwurf verantwortlich zeichnet. Und damit rücke auch der vom Gehweg aus jetzt nur schwer sichtbare, weil an gewöhnlichen Tagen ohnehin in bescheidenen Mengen fließende Wienfluss verstärkt ins Bewusstsein, sagt Tillner. Rund 1.000 Quadratmeter Grundfläche bietet die erste Wientalterrasse, die neben entsprechender Begrünung auch über viele Sitzmöglichkeiten verfügen wird und ebenso urbane Bedürfnisse jüngerer Natur in Form von kostenlosem WLAN abdeckt. Dabei entsteht auch ein neuer Verkehrsweg für FußgängerInnen und FahrradfahrerInnen: Direkt neben der Terrasse wird eine Bogenbrücke den Wienfluss überspannen und damit die Bezirke verbinden, was insbesondere für jene sehr nützlich sei, die die U4-Station Pilgramgasse an ihrem stadtauswärts gelegenen Ausgang verlassen, so die Architektin. Es ist die erste neue Brückenverbindung zwischen Margareten und Mariahilf seit knapp 50 Jahren.



Herausforderungen gab es viele. Tillner: „Der Querschnitt des Wienflusses steht unter Denkmalschutz. Und wir mussten die Überplattung der U-Bahn so gestalten, dass sie nicht als Tunnel gilt.“ Das wäre ab einer Länge von 80 Meter der Fall gewesen. „Die Terrasse ist 79 Meter lang“, verrät Silja Tillner ein Detail über die planerischen Kniffe, um in diesem besonders begengten urbanen Raum soviel Platz wie möglich zu schaffen.

Doch nicht nur an der Wien soll sich ungenutzter Luftraum in öffentlichen Raum verwandeln – auch am Donaukanal im 1. Bezirk. Die Stadt ließ im Februar dieses Jahres mit einem weiteren Überplattungsprojekt aufhorchen: als „schwimmende Gärten“ bezeichnet, sind hier ebenso historische Bezüge im Spiel; im Bereich der sogenannten Staustufe Kaiserbad, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts als Hafenanlage konzipiert wurde, aber nie zur funktionalen Vollendung gelangte, befindet sich mit der ehemaligen Schleusenmauer ein frei im Wasser stehendes bauliches Relikt jener Zeit. Zwischen der im 1. Bezirk gelegenen



MA 42

Uferpromenade und der U-Boot-förmigen Schleusenmauer sind weitere Überplattungen in Planung. Ein Rendering existiert bereits, weitere Details sollen folgen.

Kontroverse im 2. Bezirk

Dabei könnte sich diese städtische Zone, flussabwärts der Oberen Augartenbrücke, in den kommenden Monaten zum Brennpunkt in der Diskussion rund um die Nutzung des öffentlichen Raums entwickeln. Genau vis-à-vis, auf der Seite des 2. Bezirks, befindet sich eine der letzten großen grünen Freiflächen entlang des Donaukanals – direkt neben Otto Wagners denkmalgeschütztem Schützenhaus. Ausgerechnet auf dieser von der Bevölkerung stark genutzten Fläche soll ein 1.000 Quadratmeter großer Gastronomiebereich mit Eventangebot für etwa 800 Menschen entstehen – so der Plan eines privaten Investors, der momentan das Projekt vorantreibt, wie „Der Standard“ berichtete. Zentraler Kritikpunkt: Die kommerzielle Verwertung dieser Freifläche steht in Widerspruch zum Masterplan zur Gestaltung

des Donaukanals, der bereits im Jahr 2010 im Gemeinderat abgesegnet wurde. Auch die darauf aufbauende Donaukanal-Partitur sieht in ihren Leitlinien eine nicht-kommerzielle Nutzung des Areals vor. Die dafür verantwortliche Architektin Gabu Heindl sprach in diesem Zusammenhang im „Falter“ von einem Skandal. Wesentlich pragmatischer betrachtet es der Bezirksvorsteher des 2. Bezirks, Karlheinz Hora, der laut Medienberichten ökonomische Vorteile für den Bezirk sieht, weil die Projektverantwortlichen im Zuge des Baus auch öffentliche Infrastruktur wie einen Lift, eine WC-Anlage, eine Brücke und diverse Sanierungsmaßnahmen versprechen. Eine Verlagerung dieser nicht-kommerziellen Grünfläche auf einen schmälere Grundstücksstreifen neben dem Donaukanal wurde ebenso bereits in den Raum gestellt. Erschwerend kommt hier hinzu, dass viele PlayerInnen im Spiel sind: von der Donau-Hochwasser-Konkurrenz, die für die Verwertung der Uferbereiche zuständig ist und sich aus VertreterInnen von Bund, Stadt und Land Niederösterreich zusammen-

Die Wientalterrassen sollen dem Defizit an öffentlichem Freiraum im dicht besiedelten 5. und 6. Wiener Gemeindebezirk entgegenwirken.

setzt, über die MA 19, die sich derzeit vom Projekt wenig begeistert zeigt, aber eben auch der Bezirk, private InvestorInnen und letzten Endes auch die Bevölkerung.

Gastronomie statt Freiraum?

Es entwickelt sich eine spannende Diskussion zum Wert des öffentlichen Grünraums. Wiegen ersparte Infrastruktur-Investitionen von Seiten der Kommune schwerer als das Erholungsbedürfnis der Bevölkerung? Wie viel Gastronomie braucht es zum Glück der Wienerinnen und Wiener? Das alles wird sich in den kommenden Monaten zeigen. Doch irritierend mutet es für viele an, wenn auf einer Donaukanalseite mit großen Ambitionen versucht wird Freiraum zu schaffen, und gleichzeitig ein leichtfertiger Umgang mit der baulichen Verwertung von bestehendem Grünraum zu herrschen scheint. ■

Stadtgrün unter Kostendruck

Die kommunalen Haushalte der Städte Mitteleuropas leiden zunehmend unter chronischem Kostendruck, der zuerst die freiwilligen Leistungen trifft. Die ressourcenintensiven Stadtgartenämter fallen daher oft gleich in den engeren Blick der Budget-Verantwortlichen.

DI Heinz Blechl, Bereichsleiter Infrastruktur, Magistrat der Landeshauptstadt Klagenfurt am Wörthersee, Abteilung Stadtgarten

Bis vor wenigen Jahren waren die „grünen“ Leistungen der Städte quasi tabu. Wer wollte schon in den trendigen und sympathischen Themenfeldern Blütenmeer, Natur, Grünausstattung oder Freiraum Sparmaßnahmen setzen. Seit einigen Jahren ist es vorbei mit der Unantastbarkeit.

Gartenbau seit den 1960ern

Spätestens seit den Sechzigerjahren erlebten die Stadtgartenämter eine wahre Blüte. Nach Überwindung der Nachkriegszeit und während der Wirtschaftswunderjahre boomte die Entwicklung des Stadtgrüns. Die Städte wurden geschmückt, die Wechselselflora mit vielen zehntausenden Frühjahrs-, Sommer- und Herbstblühern eroberte die Straßen, Parks und Plätze, je kunstvoller, desto besser. Ab Mitte der 1980er-Jahre wurde die gärtnerisch-gestalterische Komponente um den Megatrend Ökologie und naturnah ausgerichtete Gestaltung ergänzt. Die Blumenwiese in der Mittelinsel – der neue Renner. So positionierten sich die Stadtgartenämter als bedeutende Organisationseinheiten innerhalb der Stadtverwaltungen, schöpften über Jahrzehnte hinweg aus dem Vollen und gingen den Weg in die europäischen Überflusgesellschaften konsequent mit. Blumenrabatte, Landschaftsparks, Stillgewässer, Trinkwasser- und Zierbrunnen, Stadtmöbel aller Art, Parkbeleuchtungen, Spielplätze, Skaterparks, Palmen, Naturwiesen, Bienenweiden bis hin zu tausenden Grünflächen im Straßenraum mit Formschnitthecken, Bodendeckern, Rasenflächen, Blühsträuchern und Bäumen – nicht zu selten alles davon in ein und derselben Verkehrsinsel. Und jetzt soll alles anders sein. Die Schlagworte heißen nicht mehr Wechselselflora, Alleenplan und Marmorfassung, sondern Kostendruck, Ressourcenbewusstsein und Effizienzsteigerung.

Wer nicht verändert, wird verändert

Im Wesentlichen stehen folgende, von den Stadtgartenämtern selbst zu beeinflussende strategische Handlungsfelder zur Verfügung: die fachliche Innovation, die technische Innovation, die organisatorische Innovation und die Haltung der Profis.

Bei allen fachlichen Maßnahmen gibt es zwar kein generelles Rezept, aber örtlich angepasste kleine Schritte bringen einen großen Gesamteffekt. Eine kleine Auswahl von in vielen Städten bereits erfolgreichen Maßnahmen:

- Umbau von Grünanlagen zu Grünräumen mit vermindertem Bedarf an Fremdenenergiezufuhr (weniger Manpower);
- Bereinigung von tradierten Bepflanzungsstrukturen in Parkanlagen und Verkehrsbegeleitgrün, z.B. extensive Dauerbepflanzungen statt Wechselselflora;
- Einfache Oberflächen statt aufwendige und pflegeintensive Pflasterungen bzw. Oberflächengestaltungen;
- Ersatzloser Abbau von Anlagenelementen, die wenig bis nicht mehr genutzt werden;
- Verringerung der Teiligkeit von Flächen, Herausnahme von Einbauten und Kammerungselementen.

Technische Innovation

Oft erfordern technische Innovationen Investitionen, die von den Finanzverantwortlichen mit Hinweis auf die Kosten reflexartig abgelehnt werden.

Es gilt daher zu beweisen, dass und bis wann die Investitionen in Technik, durch Minderkosten z.B. im Personalaufwand amortisiert werden.

- Modernisierung von Produktionsstätten;
- Innovativer Maschinen- und Fuhrpark;
- Verbesserung der Wartung und Funktionsfähigkeit aller Geräte und Werkzeuge;

- Aufbau sinnvoller Stoffkreisläufe, z.B. Recycling des Grünschnittes aus Parkanlagen und Verwendung als Heizmaterial, Regenwassernutzung;
- Einsatz von „Grow and Sell“-Gebinden in der Gärtnerei;
- Minimierung des Aufzeichnungsaufwands durch durchgehende Digitalisierung („Bleistiftverbot“).

Organisatorische Innovation

Aufmerksame GartenbezirksleiterInnen oder PartieführerInnen entdecken jede Woche eine Verbesserungsmöglichkeit, vor allem wenn sie regelmäßig dazu ermuntert sind. Einige allgemeine Beispiele:

- Bündelung von Stützpunkten: Guter Mix aus zentral und dezentral;
- Verkleinerung von Arbeitspartien – Erhöhung der Pro-Kopf-Produktivität: lieber zwei Parteien zu je drei MitarbeiterInnen als eine zu sechs;
- Erhöhung der Mobilität der MitarbeiterInnen – physische Mobilität und mobile Kommunikation;
- Verdoppelung der Einsatzschichten für Spezialfahrzeuge, z.B. Gießfahrzeuge oder Hubsteiger;
- Laufendes Hinterfragen der Make-or-Buy-Wahl;
- Upgrading von Controlling-Tools zu Instrumenten der innerbetrieblichen Steuerung.

Eine der wichtigsten übergeordneten Maßnahmen der Stadtverwaltungen ist aber die Änderung der Aufbauorganisation – Schlagwort Strukturreform – und die Zusammenführung von Organisationseinheiten. Stadtgartenämter sollten diesen Reformansatz offensiv mittragen. Als grüne Kernabteilungen der Stadtverwaltungen bieten sie sich als Kompetenzzentren für alle Grünbelange an. Bereits heute gibt es in Österreich und Mitteleu-

ropa Städte, wo der Natur- und Landschaftsschutz im Gartenamt verankert ist. Dieses übernimmt dann auch Gewässerpflege, Schutzwasserwirtschaft, Friedhofsverwaltung und Grünflächen etwa in Kindergärten, Schulen und Sportanlagen. Damit können Einsparungen in zweistelliger Prozentdimension lukriert werden.

Die Haltung der Profis

Vielfach historisch begründbar und über Generationen gelernt ist die handwerkliche Begeisterung der gärtnerischen Profis für ihre bis ins kleinste durchdachte Ausgestaltung von Beeten, Rabatten, Pflanzflächen und Sträucherensembles. So sehr diese fachliche Kreativität an bestimmten, ausgewählten Orten der Stadt erforderlich und sinnstiftend ist, so entbehrlich ist sie an vielen anderen Stellen. Dort ginge es dann vordringlich um andere Fragen wie Freiraum mit überschaubaren Kosten, Pflanzenwahl und pflegeleichte Gestaltung. Der gärtnerische Ehrgeiz und Zug zum schönsten aller Beete muss im öffentlichen Raum durch Freude am leistbaren Stadtgrün abgelöst werden.

Und die NutzerInnen?

Schon längst hat die soziale Funktion des Stadtgrüns in ihrer Bedeutung seine ästhetischen und ökologischen Funktionen überholt. Das staunende Betrachten üppiger Blumenarrangements ist heute Ausnahme, nicht die Regel. Unter den Aspekten der Suburbanisierung von Stadtrandregionen, der innerstädtischen Nachverdichtung, des Zuzugs und der zunehmenden kulturellen und sprachlichen Vielfalt urbaner Verdichtungsräume – vom Vorarlberger Rheintal bis Wien – steigen Nutzungsdruck, Anforderungen und Kostenlast auf öffentliche Freiräume, zumal die privaten WohnbauträgerInnen in Planung und Gestaltung siedlungsöffentlicher Freiräume leider nur selten brillieren. Änderungen in Lifestyle und Freizeitverhalten bzw. regenerativem Outdoor-Verhalten von Jung bis Alt tragen das ihre dazu bei.

Spätestens seit der totalen Verbreitung des Smartphones kommt hinzu: Die Menschen sind in ihrem Denken immer gleichzeitig überall und nirgends. Wenn wir uns diese Entwicklung der letzten

Jahre vergegenwärtigen und auch in Rechnung stellen, wie wichtig Entschleunigungsmöglichkeiten noch werden, wird klar, dass Freiräume gerade in urbanen Verdichtungsräumen rapid an Bedeutung gewinnen werden. Die Zeit, wo alle gezielt und täglich rausgehen, um die individuellen Belastungen, hervorgerufen durch die Highspeed-Gesellschaft, zu kurieren, ist nicht mehr weit. Dann müssen die städtischen Freiräume vorhanden sein.

Die städtischen Grün-Verantwortlichen sind daher gefordert, im gesamten Kanon öffentlicher Grünanlagen – vom Stadtwald bis zum stylischen Stadtteilpark – qualitätsvolle, nutzungs offene, flexible, alterungsfähige und dynamisch entwickelbare Freiräume zu leistbaren Kosten anzubieten. Stellt man sich diesen Herausforderungen, wird auch den strengsten KostenrechnerInnen klar werden: Die kommunalen Grünverwaltungen bestimmen die Lebensqualität öffentlicher Stadträume und nehmen auch in Zukunft als wichtige Leitabteilungen im Rahmen der Stadtverwaltungen einen fixen Platz ein. ■



Markus Wache

Urbane Naturerfahrung

Die Bepflanzung von ungenutzten Flächen in der Stadt ist ein weltweiter Trend. Von Berlin bis Wien, von New York bis Havanna werden Balkone, Terrassen und Fensterbretter zu Beeten für Gemüse, Obst oder Kräuter. Auch der öffentliche Raum wird grüner. „Urban Farming“ erfreut sich großer Beliebtheit.

Mag.^a Silvia Stefan-Gromen, Österreichischer Städtebund

Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in Städten (in Österreich zwei Drittel). Prognosen zufolge wird die Stadtbevölkerung auch künftig weiterhin wachsen. Das Bedürfnis nach Freiraum und Natur sowie die Entfernung vom Ursprung der Lebensmittel hat in den letzten Jahren einen weltweiten Trend ausgelöst: „Urban Farming“. Der Begriff steht für die Bepflanzung von ungenutzten Flächen in der Stadt und bietet Raum für städtische Naturerfahrung. Trends wie beispielsweise nomadisches Grün, Guerilla Gardening, Window Farming oder Gemeinschaftsgärten sind in vielen internationalen Städten sichtbar und setzen Zeichen, dass urbanes Gärtnern machbar ist – sogar auf kleinstem Raum.

Frisches Obst aus dem Grätzl

BewohnerInnen verwandeln brachliegende Flächen in Gärten, wobei der Genuss von frischem Obst und Gemüse sowie das Engagement für das eigene Grätzl im Vordergrund stehen. Jede und jeder darf mitmachen, ausprobieren und sich einbringen. Der unmittelbare Bezug zu Lebensmitteln wird auf diese Weise auch wieder hergestellt. Denn beispielsweise kennen viele in der Stadt aufgewachsene Kinder frisches Obst und Gemüse nur noch aus dem Supermarkt. Dass Karotten oder Erdäpfel in der Erde wachsen oder sich Bohnen an einer Stange ranken, lernen sie allenfalls aus Bilderbüchern. Gleichzeitig erfährt das Wohnumfeld durch die Begrünung eine optische Aufwertung. „Urban

Farming“ wirkt sich nicht nur in sozialer Hinsicht positiv aus, sondern bringt auch Vorteile für Umwelt und Klima mit sich.

Nachbarschaftsgärten

Die Idee der Gemeinschafts- oder Nachbarschaftsgärten geht auf die sogenannten „Community Gardens“ zurück, die seit den 1970er-Jahren vor allem in New York entstanden sind. Auf dort brachliegenden Flächen gründeten sich damals erste gemeinschaftlich getragene Projekte im Stadtteil, die nicht nur neue grüne Freiräume mitten im bebauten und urbanen Umfeld darstellten, sondern außerdem zu einer Revitalisierung und Aktivierung des Stadtteils führten.

Auch hierzulande erfreuen sich Nachbarschaftsgärten großer Beliebtheit. Das „Selbermachen“ und damit der Bezug zur Produktion von Lebensmitteln ist vielen „Stadt-GärtnerInnen“ wichtig. Die Stadt Wien beispielsweise fördert Nachbarschaftsgärten – inzwischen gibt es fast in jedem Bezirk einen. Die Stadt stellt die Fläche kostenlos zur Verfügung und übernimmt einen Teil der Projektkosten für die Infrastruktur. Private Initiativen oder Vereine – wie etwa die Plattform Gartenpolylog, die sich auf interkulturelle Gemeinschaftsgärten in Österreich spezialisiert hat – sorgen für die Koordination der Projekte.

Gemeinsam den Garten gestalten

Gartenpolylog beschreibt auch übergeordnete Motive von Gemeinschaftsgärten: Sie



sind politische Handlungsräume „en miniature“. In offen-demokratischen Aushandlungsprozessen werden die Belange der Gartenstruktur, des Gartenalltags und des sozialen Miteinanders verhandelt und vereinbart. Teilhabe und Mitbestimmung im Gemeinschaftsgartenprojekt können ein Gefühl und das Erleben von Partizipation vermitteln, welche sich positiv sowohl auf die Gemeinschaft als auch auf den Einzelnen/die Einzelne auswirken können. Bei den Nachbarschaftsgärten werden immer verschiedene Gesellschaftsgruppen einbezogen. Der Kindergarten ist genauso dabei wie das Pensionistenheim und die Schule, sowie auch die Leute, die in der Umgebung wohnen. Erstaunliches Detail am Rande: In diesen Gärten gibt es so gut wie keinen Vandalismus.

Gemüse aus Wien

Die Stadt Wien ist einer der größten Bio-Landbaubetriebe Österreichs. Auf 900



Hektar Ackerfläche werden Kartoffel und anderes Gemüse produziert, und auch über den Handel vertrieben. Selbst die Guerilla-Gardening-Bewegung, die heimlich Pflanzen im öffentlichen Raum einsetzt, wird von der Stadt in einem gewissen Ausmaß toleriert. Eine weitere Form der individuellen Bewirtschaftung stellen sogenannte Selbsternteflächen dar. Geeignete Flächen werden im Frühjahr mit vielen verschiedenen Gemüsearten bepflanzt und in verschiedenen Größen abgesteckt. Diese Parzellen werden gegen ein Nutzungsentgelt an HobbygärtnerInnen übergeben. In Wien gibt es Selbsternteflächen in Hietzing, Siebenhirten, Erlaa und Hirschstetten. Viele Menschen besonders aus den innerstädtischen Bereichen kommen regelmäßig hinaus zu „ihrer Parzelle“ und stillen so ihr Bedürfnis nach Erdverbundenheit und Natur. Und nicht zuletzt kann auf der Grundlage persönlicher Erfahrung auch Know-how über Nahrungsmittel erworben werden.

Urbanen Raum nutzen

Jede Art von Freifläche wird in der Stadt ertragreich genutzt: Seien es Dachterrassen, Balkone oder Hauswände – das eigene Gemüse wird freudvoll im Eigenanbau gezogen. „Es ist ein absoluter Trend, öffentlichen Raum zu nutzen, um etwas anzubauen“, sagt Judith Anger, Autorin des Buchs „Jedem sein Grün! Urbane Permakultur. Selbstversorgung ohne Garten“. Ganz nach dem Vorbild der Permakultur, wie sie Pionier Sepp Holzer schon seit Langem propagiert, zeigt das Buch einfache Mittel und auf erfinderische Weise neue Lebensperspektiven entdecken und das eigene Grün in der Stadt umsetzen können. Von Mexiko, den USA über Israel, Frankreich, Großbritannien, München und Basel spannt sich der Bogen bis nach Österreich, wo in Traun, Graz und Wien zukunftsweisende Projekte umgesetzt werden.

Garantiert frisch! Beete für Kräuter, Gemüse und Obst sind in Stadtzentren kein seltener Anblick.

So wird zum Beispiel am Dach der Wiener Staatsoper seit 2010 Qualitäts-Honig geerntet, auch das Dach des Burgtheaters ist als zweiter Imkerei-Standort dazugekommen. Über 200 Kilo Ertrag kraft der nahegelegenen öffentlichen Parks (Burg- und Volksgarten) und die gute Qualität rechtfertigen den außergewöhnlichen Bienen-einsatz. Anger kennt die besten Tipps für StadtgärtnerInnen mit wenig Platz: „Wer eine Terrasse hat, kann die Grundfläche und auch die Balustrade nutzen. Das Fensterbrett ist als Anbaufläche ebenfalls nicht zu unterschätzen. Hängende Salat-Ampeln sind eine gute Möglichkeit, um auf kleinem Raum viel Ertrag zu erzielen.“

Infos: www.gartenpolylog.org
<http://www.grätzloase.at>

Das Netzwerk in Leoben

25 VertreterInnen aus den Gesunden Städten trafen sich am 16. und 17. April in Leoben zur Fachtagung „Vielfalt und Gesundheit im Stadtteil“ und zur 65. Ausschusssitzung des Netzwerks Gesunde Städte Österreichs.

Mag. Gernot Antes, MPH, Koordinator



Nach der Eröffnung durch Vizebürgermeister Maximilian Jäger und die dritte Präsidentin des Wiener Landtags Marianne Klicka referierte Gerlinde Rohrauer-Näf vom Fonds Gesundes Österreich über die Bedeutung von Nachbarschaften für die gesunde Lebenswelt Stadtteil. Personen mit unterstützenden sozialen Beziehungen haben ein geringeres Risiko, zu erkranken und werden im Fall von Erkrankungen schneller wieder gesund. Fazit: Investitionen in gelingende Nachbarschaften erhöhen nicht nur die Lebensqualität, sie sind auch Investitionen in die Gesundheit. Gerlinde Rohrauer-Näf stellte auch die Initiative „Auf gesunde Nachbarschaft!“ des FGÖ vor, die speziell gesundheitsfördernde Nachbarschaftsaktivitäten in Gemeinden und Stadtteilen anregen und fördern soll.

Miteinander in Leoben

Doris Stütz präsentierte „Leoben mit- und füreinander“ als Beispielprojekt guter Praxis gesundheitsförderlicher Stadtteilarbeit. Eine Reihe von Maßnahmen wie Ortsteilgespräche, Sprechtage, regelmäßige Medienberichte, die Einrichtung

von MieterInnenbeiräten sowie thematische Feste und Veranstaltungen befähigen die BewohnerInnen, eventuell auftretende nachbarschaftliche Probleme zu lösen, und stärken ihre Selbstverantwortung und Initiative, für ein lebenswertes Wohnumfeld einzutreten. Als zweites Leobener Praxisprojekt stellte Getraud Klingsbigl „LE Netzwerk: Integration“ vor, das auf der „Charta des Zusammenlebens in Vielfalt“ des Landes Steiermark fußt und seit Mai 2012 in Partnerschaft mit 17 Gemeinden in der Steiermark umgesetzt wird. In seither 13 Projektgruppensitzungen werden Vereine und Institutionen aus dem Bereich Integration und Diversität vernetzt, Ressourcen gebündelt und gemeinsame Maßnahmen vereinbart. Insgesamt geht es um einen zukunftsorientierten Umgang mit der vorhanden Vielfalt in Leoben.

Themenschwerpunkte für gesunde Städte

Am zweiten Tag stand bei der 65. Ausschusssitzung wie immer der Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Gesunden Städten im Vordergrund.

Ein weiteres Thema war der Abschluss der Strategieentwicklung „Das Netzwerk Gesunde Städte 2020“. Als Teil der Strategie soll in Zukunft jedes zweite Jahr ein Themenschwerpunkt gesetzt werden, zu dem Fachtagungen, gemeinsame Projekte und weitere Aktivitäten umgesetzt werden. Den Anfang macht das Thema „Integration von schwer erreichbaren Zielgruppen in die Projekte und Programme der kommunalen Gesundheitsförderung“ im Jahr 2016.

Weitere Maßnahmen betreffen die Förderung des Erfahrungsaustausches, die Stärkung der öffentlichen Präsenz, die Erarbeitung gemeinsamer Positionspapiere zur Stärkung der politischen Einflussnahme im Interesse der kommunalen Gesundheitsförderung und die Evaluierung des Netzwerks.

Auch ein Ausbau der Verbindung mit anderen europäischen Gesunde-Städte-Netzwerken ist vorgesehen. ■

INFOS:

www.gesunde-nachbarschaft.at
Leobener Vorträge online beziehen:
office@gesundestaedte.at

Vorbildliche und innovative Mobilitätsprojekte gesucht

Der Verkehr ist Österreichs größtes Sorgenkind beim Klimaschutz. Die wirtschaftliche Abhängigkeit des Verkehrs vom Erdöl ist enorm. Unsere Mobilität ist vielfach vom Auto abhängig und gleichzeitig machen die Abgase des Kfz-Verkehrs viele Menschen krank. Lösungen für diese Probleme sind gesucht – und es gibt sie bereits.

Gesucht sind innovative und vorbildliche Projekte, die es uns ermöglichen, unsere Wege im Alltag klimafreundlich, gesund und effizient zurückzulegen. Der VCÖ-Mobilitätspreis macht diese vorbildlichen und innovativen Projekte bekannt.

VCÖ-Mobilitätspreis

Der VCÖ-Mobilitätspreis ist Österreichs größter Wettbewerb für nachhaltige Mobilität. Hier können Unternehmen, Betriebe, Gemeinden, Städte, Bundesländer, Fachhochschulen, Universitäten, Organisationen und Vereine mit in der Umsetzung gesicherten Projekten aus dem In- und Ausland teilnehmen. Privatpersonen, Studierende und SchülerInnen können ebenfalls Projektideen einreichen. Ideen und Ansätze aus Forschung und Wissenschaft können in einer eigenen Kategorie eingereicht wer-

den. Der VCÖ-Mobilitätspreis 2015 unter dem Motto „Mobilität im Wandel“ sucht vorbildliche und innovative Projekte, die Alltagswege klimafreundlich, gesund und effizient gestalten. Er ist Österreichs größter Wettbewerb für nachhaltige Mobilität und wird in Kooperation mit dem bmvt – dem Ministerium für ein lebenswertes Österreich – und den ÖBB durchgeführt. Kennen Sie vielleicht konkrete Projekte, die die Verdichtung des öffentlichen Raumes fördern? Wir freuen uns, wenn Sie uns vorbildliche Projekte bzw. Fachleute für die Teilnahme am Mobilitätspreis empfehlen, oder diese Information weiterverbreiten.

Klimawandel und urbane Herausforderungen

Wie kann im Mobilitätsbereich auf Herausforderungen durch Klimawandel oder knapper werdenden Platz in Städten re-

agiert werden? Welchen Einfluss haben wichtige gesellschaftliche Trends wie Urbanisierung, Digitalisierung oder demographischer Wandel auf unsere zukünftige Mobilität? Diese Fragen stehen beim VCÖ-Mobilitätspreis 2015 im Mittelpunkt.

Thematische Schwerpunkte für vorbildliche und pionierhafte Projekte des VCÖ-Mobilitätspreises sind:

- Vernetzte und multimodale Mobilität;
- Klimafreundliche und energieeffiziente Mobilität;
- Gesellschaftlicher Wandel & Mobilität;
- Wohnumfeld, Siedlungsentwicklung & Mobilität;
- Nachhaltigkeit bei Güterverkehr & Logistik.

Beispiele für den diesjährigen Schwerpunkt „Wohnumfeld, Siedlungsentwicklung & Mobilität“ sind:

- Gemeinden, Bezirke und Wohnbauträger, die das Wohnumfeld so gestalten, dass bewegungsaktive Mobilität gefördert wird.
- Sammelgaragen am Rand der Wohnviertel und in der Nähe öffentlicher Verkehrsmittel; von parkenden Autos freier werdender Raum an der Oberfläche wird umgestaltet.
- Städte und Gemeinden, die die Nahversorgung fördern und eine verkehrsvermeidende Raumordnung umsetzen. ■

INFOS:

E-Mail: mobilitaetspreis@vcoe.at oder

Tel. (01) 893 26 97

Online-Einreichformular unter:

www.vcoe.at/mobilitaetspreis

Einreichschluss ist der 30. Juni 2015.



Auslastung: Nicht genügend

Räumliche Potenziale von Schulgebäuden zu erkennen und zu aktivieren, muss ein Ziel im Umgang mit leerstehender Bausubstanz sein. Zwei verschiedene Arten von schulischem Leerstand waren Thema der vierten Leerstandskonferenz.

DIⁿ Anne Krämer, nonconform zt GmbH

Zwei Dimensionen des schulischen Leerstands wurden auf der vierten Leerstandskonferenz diskutiert: Wird ein Schulstandort aufgegeben, ist es meist Aufgabe der Stadt eine Alternativnutzung für die Gebäude zu finden. Bei betriebenen Schulen ist die Sanierung, der Um- und Neubau oder die Redimensionierung eine verantwortungsvolle Aufgabe, um Schulstandorte zukunftsfähig zu entwickeln. Das Architekturbüro nonconform, Initiator der Veranstaltungsreihe, lud ReferentInnen aus Architektur, Pädagogik, Politik, Verwaltung und Wissenschaft ein.

Schulgebäude liegen häufig im Herzen der Städte und Gemeinden. Alternativnutzungen für leerstehende Schulen zeigen, wie ortsbildprägende Gebäude wiederbelebt werden: die ehemalige Schule als barrierefreies Wohnhaus in Friesach/Kärnten; als Hotel und Restaurant in Bad Berleburg/

Nordrhein-Westfalen und als Wohn- und Arbeitsstätte für Künstler in Baruth/Brandenburg. Die Projekte sind auf das Engagement von Städten, Privatpersonen und Kooperationen mit öffentlichen oder freien TrägerInnen zurückzuführen. In Außervillgraten/Tirol zeigt die Mehrfachnutzung aus Vereinsheim in der Sockelzone mit darüberliegenden Wohnungen das Ergebnis der Zusammenarbeit der Gemeinde mit der gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft OSG. In der Übergangsphase ungewisser Nachnutzung kann eine Zwischennutzung sinnvoll sein: „Hauswächter“ William Oltmanns berichtete als Bewohner auf Zeit einer ehemaligen Schule über die Vorzüge, viel Raum für eine geringe Miete zu bewohnen. Auch EigentümerInnen der Immobilie profitieren: die Wände sind warm, die Räume belüftet und Schäden werden schnell erkannt.

Faktoren der Schulplanung

Werden bestehende Schulstandorte zeitlich ausgelastet, ist es für Schulerhalter einfacher, zeitgemäße Raumkonzepte und räumliche Qualitäten zu gestalten und zu finanzieren. Denn ein Hort an einem neuen Standort hat häufig „zwei halbtägige Leerstände“ als Resultat. Der Blick sollte bei anstehenden Änderungen über die baulichen Anforderungen hinausgehen: „Die zentrale Aufgabe, guten und zeitgemäßen Lern- und Lehrraum zu schaffen, verschwindet häufig hinter Kriterien wie Putzbarkeit, Sicherheit, Brandschutz, Baukosten und Betriebskosten. Das gebaute Ergebnis zeugt von der Qualität des Konzeptions- und Gestaltungsprozesses; das gilt auch für die Atmosphäre und Ästhetik von Schularchitektur. Wo vorne nur Anstalt hineingedacht wird, kommt hinten auch nur Anstalt raus“, so Michael Zinner, Assistenzprofessor an der Kunstuniversität Linz. Vorzeigeprojekte der Schularchitektur aus Gemeinden mit 300 bis zu Städten mit 25.000 EinwohnerInnen präsentierten, welchen Mehrwert ein offener Denkprozess für SchülerInnen, Lehrende und Städte hat.

Bildungszentrum in Leoben

Dem Planungs- und Umbauprozess des künftigen Bildungszentrums Donawitz in Leoben (Beteiligungsprozess, Masterplan und Architektur: Michael Zinner & Kunstuniversität Linz & nonconform) ging eine dreitägige „vor ort ideenwerkstatt“ voraus, in der SchülerInnen, PädagogInnen, Eltern, Auftraggeberschaft und Hauspersonal ihre Vorstellungen einbrachten. Wenn dort 2016 drei Schultypen unter ein Dach ziehen, wird sich vieles verändert haben: „Alle LehrerInnen gehen in eine Schule und verbringen ihre Pausen in einem Raum. Ich glaube, dass



Der Umgang mit leerstehenden Schulgebäuden gewinnt immer stärker an Aktualität.

zukünftig vor allem die jungen Kolleginnen und Kollegen sich das nicht mehr anders vorstellen können“, so Paul Neugebauer, Direktor der Polytechnischen Schule. Die Klassenräume werden sich ebenfalls stark verändern. Die Möblierung ermöglicht unterschiedliche Lern-Settings: Arbeitsgruppen, um ein Theaterstück zu proben, gegenüberstehende Lernpaare im Sprachunterricht oder Frontalunterricht bei der Vermittlung einer mathematischen Formel. Neugebauer erwartet, dass sich mit dem Umbau auch der schulische Alltag positiv verändert: „Die Klassen öffnen sich zu den Gängen. Man wird hören, was in den Klassen passiert. SchülerInnen werden sich in den Gängen aufhalten und trotzdem am Unterricht teilnehmen.“

Viele Vorträge und Diskussionsbeiträge zeigten Kooperationen der Schulen untereinander sowie mit externen Institutionen. Durch Aktivitäten „am Ort Schule“ außerhalb des Lehrplans wird die Bindung an die Heimatstadt intensiviert und werden die externen Institutionen in ihrer Wahrnehmung bei den Jugendlichen gestärkt. „Dafür braucht es eine Überschreitung der klassischen Vorstellung einer Schule als Gebäude mit einem Dach und einem Zaun, das mit dem Rest der Welt möglichst wenig zu tun hat“, so Christian Kühn, Architekturprofessor an der TU Wien.

Vorchdorf: ein positives Beispiel

Die oberösterreichische Gemeinde Vorchdorf beabsichtigt mit dem Umbau der Schulen zu einem Bildungscampus gleichzeitig die weitere Öffnung der Schule Richtung Mehrfachnutzung und Kooperation mit schulexternen (Bildungs-) Vereinen, Institutionen und lokalen Betrieben. Bürgermeister Gunter Schimpl betont die Bedeutung von Bildung als Nähr-

boden insbesondere für ländliche Städte und Gemeinden. Die transparente Kommunikation zum Projekt beugt möglichen Ängsten vor. „Zwischen den Schulen hat sich die Vernetzung bereits durch den laufenden Kommunikationsprozess geändert. Seit November 2014 gibt es den proaktiven Dialog mit allen Bildungseinrichtungen am zukünftigen Bildungscampus. Wir überlegen gemeinsam, wie wir Räume und Ausstattung nutzen können. Ich hoffe mir, dass dieses Miteinander noch selbstverständlicher wird. Die Vernetzung mit externen Einrichtungen ist intensiv im Aufbau. Wir kooperieren bereits seit einigen Jahren mit dem Automobilzulieferer MIBA. Bereits die dritten Volksschulklassen lernen die Technik direkt im Unternehmen kennen“, so Michaela Ohler, Volksschuldirektorin in Vorchdorf. Helga Berndorfer, Direktorin von Neuer Mittelschule und Polytechnischer Schule (PTS), liegt die Gestaltung der zukünftigen Entwicklung gemeinsam mit den PartnerInnen aus der Wirtschaft ebenso am Herzen. Die SchülerInnen der PTS werden wöchentlich in den modernen Werkstätten der MIBA unterrichtet. „Der erste pädagogische Sprung ist gemacht und der Dialog ist inzwischen viel intensiver und

zukunftsorientierter. Das Miteinander ist persönlicher geworden“, so Berndorfer. Der Verein „Offenes Technologielabor (Otel) Vorchdorf“ ist ein konkretes Beispiel der Mehrfachnutzung von Schulgebäuden. Vereinszweck des Otel ist es, der Bevölkerung offene Räume zugänglich zu machen – zur Verwirklichung eigener Potenziale und Interessen. Die Schulräume werden dem Verein von der Gemeinde unentgeltlich, inklusive Betriebskosten und Internet, zur Verfügung gestellt. Der Rückfluss besteht im Teilen des Wissens durch Workshops, die Vernetzung mit anderen Offenen Technologielaboren und Veranstaltungen, die neue Impulse in den Ort bringen.

Durch die mehrtägige „vor ort ideenwerkstatt“ wurden wichtige Kommunikationsprozesse in Gang gesetzt: z.B. die erste kurzfristige Zusammenarbeit zwischen Otel und Schule (Workshop am Folgetag) sowie langfristige Ergebnisse (gemeinsame Nutzung von Ausstattung). Auch die am Campus ansässige Landesmusikschule sowie die beiden externen Schulen Volksschule Pamet und Privatschule Moos werden in den Kommunikations- und Masterplanprozess zum zukünftigen Bildungscampus einbezogen. ■

INFOS:

bisherige Leerstandskonferenzen

- | | |
|------|--|
| 2011 | Ottensheim/OÖ „Neue Perspektiven für leerstehende Bauten im Ländlichen Raum“ mit einem Fokus auf die Ortszentren |
| 2012 | Eisenerz/Stmk „Der Berg schrumpft - Leerstand im Alpenraum“ veranstaltet in der am stärksten von Abwanderung betroffenen Region Österreichs |
| 2013 | Fresach/Kärnten „Neue Perspektiven auf Architekturen des Scheiterns“ häufig wird mit dem Thema Leerstand unweigerlich der Begriff des Scheiterns verknüpft |
| 2015 | Leoben/Stmk „Auslastung: Nicht genügend!“ Schulen und ihre ungenutzten, räumlichen Potenziale |

www.leerstandskonferenz.at

Schulwege attraktiv und sicher machen

Zwei von drei Eltern chauffieren ihre Kinder zur Volksschule, obwohl sie in der Nähe wohnen, und verursachen so im Schulumfeld – neben einem zähen Verkehrsfluss, umweltschädlichen Emissionen und Lärm – vor allem ein zunehmendes Sicherheitsrisiko für alle Kinder. Die Schulaktion Verkehrsschlängenspiel wirkt dem effektiv und sicher entgegen.

Mag.^a Margit Braun, Institut für Verkehrspädagogik – IVP

Eine Kampagne für Volksschulen: Die Schulaktion Verkehrsschlängenspiel stellt mit Vivi – der Verkehrsschlange – eine gleichzeitig spielerische und bewusstseinsbildende Aktion zum Mobilitäts- und Gesundheitsverhalten dar: Sie richtet sich an Schulen, die das morgendliche Verkehrschaos eindämmen möchten, denen die Verkehrssicherheit der Kinder ein Anliegen ist und die die Mobilitätskompetenz der Kinder erhöhen

wollen, indem Kinder motiviert werden, wieder vermehrt aktiv, selbständig und sanft mobil zur Schule zu kommen.

Diese Schulaktion ist bestens geeignet, bei Kindern und deren Eltern eine Änderung ihres Mobilitätsverhaltens zu bewirken. Denn das Spiel macht den Kindern großen Spaß, ist einfach und unkompliziert umzusetzen und lässt sich außerdem unproblematisch in den Unterricht integrieren.

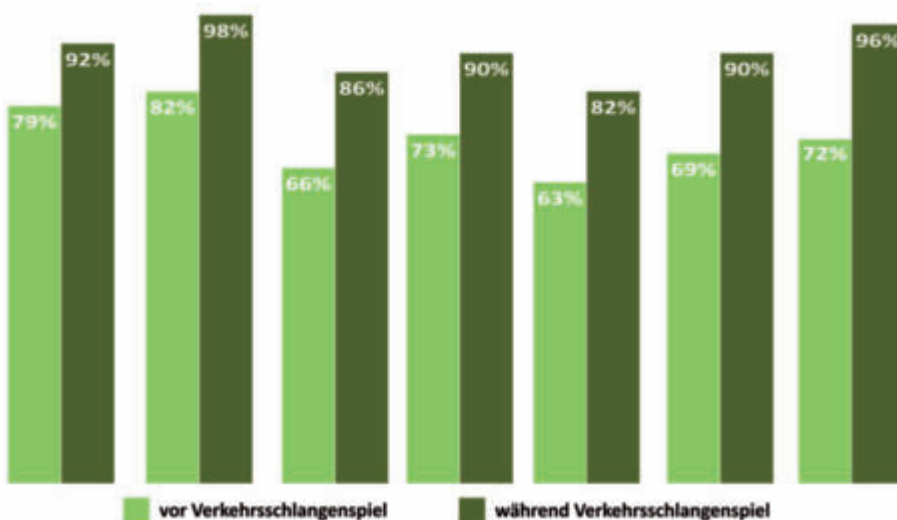
Durch spielerisches Lernen wird der Schulweg wieder Erlebnis- und Aktionsraum. Darüber hinaus wird der Teamgeist in der Klasse geweckt: denn jedes Kind wird angeregt, mitzuspielen, wobei die Freude am Mitmachen im Vordergrund steht und nicht der Wettbewerb.

Ein einfaches, aber besonders effektives Spiel

Unter dem Motto „Umweltfreundlich, gesund und sicher zur Schule“ setzt sich jede Schulklasse ein eigenes realistisches Ziel, täglich eine gewisse Anzahl an Autofahrten zur Schule innerhalb von zwei Aktionswochen einzusparen. Zwei Wochen lang kommen die Kinder dann vorwiegend aktiv und sanft mobil zur Schule. Für erreichte Ziele gibt es grüne Karten, die auf dem Riesentransparent von Vivi, der Verkehrsschlange angebracht werden.

Damit werden die Erfolge der Kinder und das neue Mobilitätsverhalten eindrucksvoll visualisiert, vor allem, wenn sich die gesamte Schule an der Aktion beteiligt. Nach einer Woche erhalten die Kinder für ihren Einsatz kleine Belohnungen – z.B. keine Hausaufgabe oder eine extra Spielpause. Und am Ende der zweiten Aktionswoche kann die Schule einen Abschluss-Event organisieren, bei dem die Ergebnisse präsentiert werden und der Erfolg gebührend mit Eltern und VertreterInnen von Behörden, Politik und Me-

**Umweltfreundlich zurückgelegte Schulwege in Österreich
vor und während der Durchführung des Verkehrsschlängenspiels
2008 - 2014**





Mobilität spielend lernen: Je öfter gespielt wird, desto nachhaltiger das Ergebnis.

dien gefeiert wird. Drei Wochen nach Spielende werden die Ergebnisse der Schulaktion evaluiert und analysiert.

Als ein unmittelbares positives Ergebnis ergeben sich die Reduktion der Eltern-Taxi-Dienste in der unmittelbaren Schulumgebung sowie eine angeregte Diskussion in der Schule und zu Hause über Verkehrssicherheit, Mobilitäts- und Gesundheitsverhalten.

Signifikanter Anstieg an umweltfreundlich zurückgelegten Schulwegen

Das Spiel bewirkt, je öfter es gespielt wird, eine nachhaltige Veränderung des Mobilitätsverhaltens der Kinder. Selbst Monate nach der Aktion kommen bedeutend mehr Kinder aktiv mobil zur Schule als vor der Aktion. Das schafft die Basis für die (künftige) Wahlfreiheit der Kinder, welches Verkehrsmittel sie für welchen Zweck benutzen.

Vivi, die Verkehrsschlange ist bereits seit beinahe zehn Jahren in unermüdlichem Einsatz! Seither haben mehr als 17.000 Kinder mitgespielt und ihren Schulweg überwiegend aktiv und sanft mobil zurückgelegt. Durch das Verkehrsschlängenspiel kommen nicht nur mehr Kinder selbständig (allein oder in Begleitung anderer Kinder) zur Schule, sondern sie sind auch überwiegend sanft mobil unterwegs. Der Anteil der umweltfreundlich zurückgelegten Schulwege konnte trotz hoher

Ausgangswerte um durchschnittlich 19 Prozentpunkte im Modal Split erhöht werden. Die Elternbegleitsdienste konnten um mehr als zwei Drittel reduziert werden.

Das Verkehrsschlängenspiel erobert ganz Europa!

Das Verkehrsschlängenspiel ist Teil des europaweiten „Traffic Snake Game“-Netzwerks, an dem sich momentan 19 europäische Länder beteiligen. Nationale Anlaufstellen (sog. National Focal Points) kümmern sich darum, dass das Verkehrsschlängenspiel im eigenen Land beworben und durchgeführt wird. In Österreich hat das Institut für Verkehrspädagogik (IVP) die Funktion übernommen, ein Netzwerk von Schulen und Städten zu installieren, die das Verkehrsschlängenspiel – am besten kontinuierlich – durchführen und promoten, um so wiederum als Best-Practice-Beispiel für andere Schulen bzw. Städte zu fungieren.

Dem Netzwerk, das von Mobiel 21 aus Belgien geleitet wird, gehören Partner aus Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Litauen, Malta, den Niederlanden, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Rumänien, Tschechien und Ungarn an.

Wer kann an der Schulaktion teilnehmen?

Die Schulaktion ist geeignet für Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren und richtet

sich an LehrerInnen und Eltern gleichermaßen. Prinzipiell kann sich jede Schule bis Herbst 2016 am Verkehrsschlängenspiel beteiligen. Vorbereitend auf das Spiel findet ein Train-the-Trainer-Workshop mit dem Lehrpersonal statt. Zeitnah dazu führt die Schule die Aktion selbstständig durch.

Der Zeitpunkt, das Verkehrsschlängenspiel in österreichischen Städten/Gemeinden durchzuführen, ist besonders günstig, denn das „Traffic Snake Game“-Network ist ein EU-Projekt, das zu 75% von der Intelligent Energy Europe der Europäischen Kommission gefördert wird. Das bedeutet, dass beispielsweise eine Gemeinde nur 25% der Kosten für den Vorbereitungsworkshop und die Spielmaterialien in der Höhe von 390 € übernimmt. Wenig Geld für ein Maximum an Breitenwirkung! So können pro Workshop fünf Schulen mit 10 bis 20 LehrerInnen bzw. mit rd. 1.000 Volksschulkindern erreicht und aktiv in die Aktion involviert werden. ■

INFOS UND KONTAKT:

Mag.^a Margit Braun
Institut für Verkehrspädagogik – IVP
office@ivp.co.at
Telefon: +43/699/181045 29
www.trafficssnakegame.eu/austria

Graz: Offene Jugendarbeit, die ankommt

Seit 2010 gibt es ProAct – den Grazer Jugendgemeinderat. Jugendliche bringen dabei ihre Ideen ein, präsentieren diese, und dann wird gewählt – von den Jugendlichen selbst. Bis zu 10.000 Euro pro Projekt sind möglich. Die Stadt Graz stellt insgesamt 25.000 Euro zur Verfügung.

Heike Jantschner, Journalistin

Hallo, wir sind ProAct!“ Laura Basilius und Bostjan Vrecar betreten ein Jugendzentrum in Graz. Es ist Freitag, kurz nach 17 Uhr. Jetzt sind die Jugendlichen schon im Wochenende angekommen. Für Laura und Bostjan ist die Arbeitswoche jedoch noch nicht vorbei. Mit Flyern und Stickern bewaffnet haben sie sich auf den Weg gemacht, um ProAct an den jungen Mann und die junge Frau zu bringen. Die Burschen und Mädchen

im Jugendzentrum heben kurz die Köpfe, nicken uns zu und widmen sich gleich wieder ihren Computerspielen oder Musikvideos. „Wir wollen die Jugendlichen nicht zwingen, uns zuzuhören“, erklärt Bostjan. „Wir möchten nicht aufdringlich sein – das wirkt abschreckend. Es entstehen deswegen nicht mehr Projekte. Das Interesse muss von ihnen ausgehen, sonst können wir auch nicht damit rechnen, dass sie wirklich Lust bekommen, mitzumachen.“ Während das ProAct-Projektteam mit den MitarbeiterInnen des Zentrums redet, kommt der erste neugierige Jugendliche an sie heran. „Was ist das jetzt genau?“, fragt er interessiert. „Da kannst du deine Ideen einbringen, präsentierst sie und wenn du gewählt wirst, dann kannst du dein Projekt realisieren.“ Er nimmt sich den Flyer und geht lesend zurück zum Computer. Diese offene Jugendarbeit in Graz funktioniert, ist aber mit viel Arbeit verbunden.

Bewerben

„Wir befinden uns mitten im Bewerbungsprozess“, schildert Laura Basilius, die das Projekt „ProAct“ von Anfang an betreut. Wir suchen Jugendliche zwischen 14 und 19 Jahren, die in Graz wohnen oder ihren Lebensmittelpunkt hier haben.“ Dabei geht das Team in Jugendzentren, Schulen, Einkaufszentren, Coffeeshops, Kinos und auf die Straße und informiert die jungen Menschen über den Jugendgemeinderat. „Wir suchen das direkte Gespräch oder legen Flyer auf – je nachdem, wie es gerade passt.“ Ein bisschen Gespür gehört natürlich dazu. Sogar in ihrer Frei-

zeit haben Laura und Bostjan immer Informationsmaterial dabei. „Ein Projekt im vorigen Jahr kam zustande, als ich privat mit Freunden unterwegs war“, erinnert sich Laura. Einen Monat vor dem Jugendgemeinderat werden keine Projekte mehr angenommen. Da geht's dann an den Feinschliff und auch der Ablauf des Jugendgemeinderats muss vorbereitet werden.

Begleiten

Wenn Jugendliche mit einer konkreten Idee an Laura und Bostjan herantreten, geht es an die Umsetzung. Brauchen Jugendliche Hilfe beim Recherchieren oder bei der Erstellung eines Konzeptes oder eines Zeitplans, sind Laura und Bostjan zur Stelle. „Geschenkt wird aber niemandem etwas. Die jungen Gemeinderäte müssen dahinter sein“, bestätigt Laura. Am Jugendgemeinderatstag präsentieren und bewerben die Jugendlichen ihre Projekte selbst. Das funktioniert ähnlich wie bei den gewählten GemeinderätInnen. Jeder bekommt fünf Minuten Zeit, um seine Idee vorzustellen und damit so viele wie möglich zu begeistern. Denn jede Stimme zählt. Dabei legen die jungen Menschen viel Kreativität an den Tag: Der Gewinner von ProAct 2013 etwa, der einen Film drehen wollte, bat um Ideen aus dem Publikum. Die Jugendlichen im Plenum durften ihre Vorschläge einbringen und waren so in den Entstehungsprozess eingebunden – was dem jungen Gemeinderat einige zusätzliche Stimmen einbrachte. Die Filmidee war letztendlich eines der stimmenreichsten Projekte. Bei „ProAct - der Ju-





gendgemeinderat“ darf jeder und jede Jugendliche zwischen 14 und 19 Jahren teilnehmen und kann mit der Eintrittskarte auch eine Stimme abgeben.

Das Grazer Modell

Jugendbeteiligung motiviert die jungen Menschen, aktiv am öffentlichen Leben teilzuhaben. Das Besondere in Graz ist aber, dass die Jugendlichen nicht nur ihre Projekte ausarbeiten und präsentieren, auch entschieden wird durch die Stimmen der jugendlichen GemeinderätInnen. Bei ähnlichen Jugendbeteiligungsprojekten in Deutschland und Österreich entscheidet eine Jury aus Erwachsenen. „Das ist nicht Sinn und Zweck der Sache“, so Laura. Oberstes Ziel ist die Heranbildung von selbständigen, mündigen und kritikfähigen jungen Menschen. „Wir selektieren die Projekte auch nicht vor. Nicht erlaubt sind lediglich Projekte, die Gewalt verherrlichen, Menschen diskriminieren oder auf eine andere Art Menschen verachten“, betont Laura. „Es gab aber auch noch nie ein Projekt, das wir ausschließen mussten.“ „Natürlich ist das Geld ein Motivator“, beschreibt Laura. „Allerdings sind die meisten Projekte der Jugendlichen so ausgelegt, dass ein breites Publikum einen Nutzen daraus zieht. Wir sind immer wieder erstaunt, wie eigenständig die jungen Menschen arbeiten. Sie übernehmen Verantwortung.“ Das ist auch die Idee hinter ProAct.

Veränderungen

„Wir lernen jedes Jahr dazu, kommen auf neue Ideen“, gesteht Laura. „Es ist kein starres Ablaufen von Regeln und Richtlinien.“ Die ersten Jahre war es beispielsweise möglich, dass ein Projekt die gesamten 25.000 Euro Budget erhalten kann. Seit heuer wird dieser Betrag für mindestens drei Projekte verwendet. Ebenfalls neu ist die Altersuntergrenze von 14 Jahren – im vergangenen Jahr lag diese noch bei 15 Jahren. „So versuchen wir noch mehr Jugendliche zu erreichen.“ Es läuft aber nicht immer gleich. „Im ersten Jahr hatten wir 19 Projekte, die eingereicht und präsentiert wurden“, so Laura. „Obwohl wir heuer nichts anders gemacht haben, ist es ein bisschen ruhiger.“ Zurückzuführen ist das auch auf Prioritäten der Jugendlichen. „Wir leben in einer stressigen Zeit, die Jugendlichen haben viel für die Schule zu tun, Privatprojekte müssen dann warten. Die Zeit wird knapp“, weiß Laura.

Aussagekräftige Gewinnerprojekte

Dass Jugendbeteiligung konkret etwas bewegen kann, zeigen die Gewinnerprojekte von ProAct.

2011: Die Rappergruppe Betonsound setzte sich im ersten Jahr im Rahmen eines Jugendzentrums für ein Tonstudio ein: Kids sollen so von der Straße ins Studio geholt werden.

2012: Drei Mädchen ernteten für ihr Pro-

Der Grazer Jugendgemeinderat ProAct motiviert junge Menschen, sich am öffentlichen Leben aktiv zu beteiligen.

jekt „Smile for Thailand“ viel Anerkennung. Sie planten einen Aufenthalt in Thailand, um mit burmesischen Flüchtlingen zu arbeiten.

2013: „Kick it like bosco“ nannte eine Gruppe junger Burschen ihre Idee, die bei den WählerInnen Anerkennung fand: ein Sportplatz mit Kunstrahmen. Im selben Jahr gab es noch einen zweiten Gewinner: Das partizipative Filmprojekt „Irgendwas mit Liebe“, das 2014 sogar im Grazer UCI-Kino mehrfach gespielt wurde.

2014: Die Idee hinter „Biig Dream“ war es, jungen Grazer KünstlerInnen Räumlichkeiten für Musikvideos, Fotoshootings und Tonbearbeitungen zur Verfügung zu stellen. ■

SHORT FACTS:

- ProAct wurde 2011 ins Leben gerufen.
- Die Stadt Graz stellt jedes Jahr ein Jugendbudget von 25.000 Euro für die Projekte der jungen Menschen zur Verfügung.
- Oberstes Ziel ist die Heranbildung von selbständigen, kritikfähigen Jugendlichen.
- Jugendliche können ihre kreativen und innovativen Ideen im Jugendgemeinderat präsentieren.
- Der Unterschied zu vielen anderen Jugendbeteiligungsprojekten ist, dass Jugendliche selbst abstimmen, welches der Projekte realisiert werden soll.
- Mehr Infos dazu unter www.pro-act.at

Migration, Altern, Pflege: Handlungsbedarf in Gemeinden

Migration und Ethnizität kennzeichnen zunehmend die ältere Bevölkerung. Eine aktuelle Studie lotet den Handlungsbedarf für Österreichs Städte und Gemeinden aus.

Christoph Reinprecht, Professor für Soziologie, Universität Wien

In Österreich leben derzeit knapp 270.000 Über-60-Jährige ausländischer Herkunft, das sind ca. 13% dieser Bevölkerungsgruppe (in der Gesamtbevölkerung beträgt der Anteil der Personen ausländischer Herkunft etwa 18%). Ein Drittel (34%) dieser Älteren sind Angehörige der Arbeitsmigration aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien. Ihr Anteil an der älteren Bevölkerung hat sich in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt.

Zahlreiche Forschungen – national und international – zeigen: Migration erzeugt spezifische Bedarfslagen und Anforderungen in den Bereichen Pflege und Betreuung. Kommunalverwaltungen sind deshalb, gemeinsam mit den Einrichtungen der Altenarbeit und den Anbietern sozialer Dienstleistungen, gefordert. Doch was genau sind die Knackpunkte? In der vom Städtebund beauftragten Studie „Herausforderungen der sozialen und kulturellen Diversität der älteren Bevölkerung für Österreichs Städte und Gemeinden“ wurden in 20 Städten detaillierte Bestandsaufnahmen und Fallanalysen durchgeführt. Die Auswahl der untersuchten Städte – Innsbruck, Schwaz, Telfs, Bregenz, Dornbirn, Feldkirch, Linz, Wels, Steyr, Graz, Leoben, Kapfenberg, Stadt Salzburg, Hallein, Zell am See, Saalfelden, St. Pölten, Wiener Neustadt, Eisenstadt und Villach – erfolgte auf Grundlage einer Online-Erhebung unter Gemeindeverwaltungen sowie unter Berücksichtigung struktureller und demographischer Parameter (Zusammensetzung und Entwicklung der Bevölkerung). Für die Forschung wurden insgesamt 75 Interviews mit Angehörigen der Verwaltung,

Wohlfahrtsorganisationen und (ethnischen) Vereinen durchgeführt, ergänzt um drei partizipative Workshops in Linz, Innsbruck und Wien mit insgesamt 60 TeilnehmerInnen.

Die wichtigsten Ergebnisse der Studie

Angelpunkt ist zweifellos die Inanspruchnahme der sozialen Dienste. Vor allem Angehörige der ersten Generation der Gastarbeit nehmen professionelle Angebote der Pflege und Betreuung nur sehr selten in Anspruch. Die Gründe dafür sind vielschichtig: So werden ältere MigrantInnen vielfach noch nicht als Zielgruppe und KundInnen erkannt; es besteht Unklarheit über den konkreten Bedarf an Leistungen; die Anpassung der Angebote an die Bedürfnisse (etwa hinsichtlich Ernährungsgewohnheiten, Lebensstil oder Sprache) geschieht nur langsam. Auf Seiten der MigrantInnen fehlt es häufig an gesicherter Information, es existieren Sprach- und Verständigungsbarrieren, auch sind kostenpflichtige Angebote vielfach nicht leistbar. Im Unterschied zum Gesundheitssystem ist das Vertrauen in Einrichtungen der Pflege und Altenarbeit begrenzt.

Auch unter der älteren Bevölkerung ausländischer Herkunft wird Pflege vor allem als eine Aufgabe der Familie angesehen. Besonders für Personen aus der Türkei wird angenommen, dass im Falle einer Hilfs- und Pflegebedürftigkeit auf familiäre Unterstützung zurückgegriffen werden kann. Die Vorstellungen über die Lebenswelt migrantischer Familien und deren Wirklichkeit klaffen jedoch häufig auseinander, sowohl die Reichweite als auch die

Tragfähigkeit familiärer Ressourcen sind vielfach begrenzt. Besondere Herausforderungen ergeben sich auch aus der Situation von pflegenden Angehörigen. Diese handeln häufig unter dem Einfluss traditionell begründeter Verpflichtungsnormen und sind, auch bei permanenter Überbelastung und Überforderung, meist auf sich alleine gestellt. Es fehlt an speziellen Angeboten der Beratung und Hilfestellung.

In manchen Milieus stellen Vereine, unabhängig von ihrer Ausrichtung, eine bedeutende Ressource dar, und dies gilt ganz besonders für ältere Personen. Vereine erfüllen eine soziale Funktion (Geselligkeit), sie stiften Identität und Zugehörigkeit und bilden zugleich eine Ressource bei Hilfs- und Pflegebedürftigkeit. Vereine bilden einen institutionellen und materiellen Rahmen für ethnische Vergemeinschaftung und sind insofern auch ein Ausdruck kollektiver Ermächtigung. Manche Vereine positionieren sich zudem als soziale Dienstleister und treten dabei zunehmend in Konkurrenz mit etablierten Anbietern. Umso wichtiger ist es, auf die Vereine aktiv zuzugehen und eine stabile Kooperation auf Augenhöhe zu entwickeln – eine Voraussetzung für beiderseitige Lernprozesse.

Weitere Erkenntnisse

Ältere MigrantInnen unterscheiden sich von der autochthonen Bevölkerung nicht nur durch den Stellenwert ethnischer Vergemeinschaftung, sondern auch in Hinblick auf andere Aspekte der Lebensführung. Dazu zählt insbesondere die verbreitete Praxis des Pendelns zwischen der Herkunfts- und der österreichischen Ge-

meinde. Diese Praxis entspringt dem Bedürfnis, relevante Lebensbereiche, die örtlich getrennt sind, zu verknüpfen. Die Möglichkeit, dieses Bedürfnis zu verwirklichen, erhöht das subjektive Wohlbefinden. Gleichzeitig erschweren dauerhaftes Pendeln und längere Absenzen die Sichtbarkeit und Erreichbarkeit der MigrantInnen im Alter – eine Herausforderung für aufsuchende Ansätze.

In vielen Gemeinden existieren innovative Projekte für hilfs- und pflegebedürftige Ältere ausländischer Herkunft. Gemeinsam ist diesen Projekten, dass sie nur selten dauerhaft abgesichert und meist von der Initiative von Einzelpersonen abhängig sind. Voraussetzung für den Erfolg sind, neben ihrer finanziellen und personellen Ausstattung, die Ausbildung von kompetenten Brückenbauern sowie die

Verknüpfung mit etablierten Strukturen. Von besonderer Relevanz ist auch die aktive Einbindung migrantischer Perspektiven in Planung und Entscheidung. Die in fast allen Gemeinden praktizierte Vernetzung von Akteuren der Altenarbeit stößt auf hartnäckige Barrieren zwischen Sektoren wie Gesundheit und Pflege, aber auch zwischen Mehrheit und Minderheit(en). Um diese Barrieren aufzubrechen, braucht es Investition in ein gemeinsames Problemverständnis und eine dialogische Kultur.

Wissen schafft Verständnis

Nicht-Wissen schafft Unsicherheit, Unsicherheit hemmt Aktion. Diese allgemeine Einsicht gilt auch im Kontext von Altern und Migration. Nicht-Wissen dominiert nicht nur die Informationsflüsse oft-

mals nur selektiv oder gar nicht eingebundenen migrantischen Milieus; auch die Gemeinden verfügen nur zum Teil über einen gesicherten Wissensstand. Der systematischen Erhebung des Pflegebedarfs ist in der lokalen Sozialberichterstattung deshalb oberste Priorität einzuräumen. Hausbesuche können in diesem Zusammenhang ein probates Mittel sein, nicht nur um Informationen zu verbreiten, sondern auch um diese systematisch zu erhalten. Eben solche Relevanz haben der Einsatz und die Förderung von Mehrsprachigkeit. Mehrsprachigkeit ist als ein Potenzial zu sehen, auch innerhalb der Verwaltung. Ziel ist es, Bedingungen herzustellen, die ein Altern in Würde und frei gewählter Lebensform für alle ermöglichen. ■



V.l.n.r.: Matthias Stadler, Bürgermeister aus St.Pölten, Städtebund-Vertreterin Emanuela Hanes, Universitätsprofessor Christoph Reinprecht, Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger.

Nachhaltigkeitspädagogik in Österreichs LehrerInnenausbildung

Der Elektroaltgeräte- und Altbatterien-Schulkoffer entwickelt sich zum beliebten Unterrichts-Tool und sorgt für Aha-Erlebnisse bei SchülerInnen und LehrerInnen. Sein Einsatz macht die Themen Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit für Groß und Klein „begreifbar“.

Astrid Kasperek, bettertogether GmbH

Ein neues Gratis-Ausleihsystem an den Pädagogischen Hochschulen Österreichs macht den Schulkoffer für alle Schulen leistbar und forciert die flächendeckende Verbreitung des nachhaltigen Unterrichtsinstruments. Zudem erlangt das Thema Abfallwirtschaft einen höheren Stellenwert in der LehrerInnenausbildung. Im März 2015 wurden in Wien die ersten Schulkoffer an VertreterInnen der Pädagogischen Hochschulen übergeben.

Seit Oktober 2014 ist in Österreichs Schulen das neue Unterrichts-Tool im Einsatz, das eine anschauliche „Nachhaltigkeitspädagogik“ ermöglicht. Mit seiner Hilfe lassen sich die Themen Recycling, Rohstoffknappheit und Auswirkungen auf die Umwelt speziell für Kinder im Pflichtschulalter (3. bis 8. Schulstufe) anschaulich und spielerisch vermitteln. Am Beispiel eines zerlegten Handys lernen die Kinder die verschiedenen Rohstoffe kennen und merken, dass nicht mehr verwendete Handys

nach wie vor einen Wert haben und deshalb nichts in verstaubten Schubladen oder im Restmüll verloren haben.

Begreifbare Bewusstseinsbildung

Neben Lehrmaterialien, Spielanleitungen und Arbeitsblättern enthält der Schulkoffer auch Anschauungsmaterialien. Mit dem „Rohstoffkoffer“ des Naturhistorischen Museums Wien, der im EAK-Schulkoffer integriert ist und sich dem Thema „Was steckt im Handy?“ widmet, wird der Schulkoffer zu einem guten Hilfsmittel, um bei Kindern Interesse am Thema zu wecken. „Die Dynamik im Unterricht bekommt eine ganz neue Qualität. Kleinere Kinder finden es großartig, dass sie nicht nur zuhören müssen, sondern selbst etwas zum Angreifen bekommen. So lassen sich auch komplexe Themen bereits im Kindesalter nachhaltig vermitteln“, erzählt Ingrid Pirgmayr, Wiener Abfallberaterin und Nachhaltigkeitspädagogin.

Große Nachfrage auch in der LehrerInnenausbildung

Bereits mehr als 70 Schulen und Kindergärten in Wien und Umgebung wollen den Schulkoffer im Unterricht verwenden. Auch das Bundesministerium für Bildung und Frauen (BMBF) empfiehlt seinen Einsatz an Schulen sowie in der LehrerInnenausbildung. „Dass das Ministerium diese Empfehlung ausspricht, bestätigt uns in unserer Bildungsarbeit“, freut sich Elisabeth Giehser, Geschäftsführerin der Elektroaltgeräte Koordinierungsstelle (EAK).

Gemeinsam mit dem Referenten für Umweltbildung im Bundesministerium für Bildung und Frauen Günther Pfaffenwimmer überreichte sie VertreterInnen der österreichischen Pädagogischen Hochschulen am 10. März im Bildungsministerium die ersten von insgesamt ca. 25 Schulkoffern zur LehrerInnen-Ausbildung als auch zum Ausleihen für Schulen. Er wurde von der EAK in Zusammenarbeit mit dem Umweltdachverband, dem D.R.Z. (kurz für Demontage Recyclingzentrum Wien) und mit Unterstützung des Umweltministeriums entwickelt. „Mit dem Schulkoffer setzen wir gezielt auf Bewusstseinsbildung und Wissensvermittlung und wir freuen uns, dass er sich sehr gut eignet, um das Thema nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschonung im Unterricht aufzugreifen“, betont Elisabeth Giehser: „Das schärft die Erkenntnis, dass sich ein achtsamer Umgang mit neuen sowie alten Elektrogeräten auszahlt. Und zwar für Mensch, Umwelt und die heimische Wirtschaft.“



Infos: www.elektro-ade.at

St. Pölten: Die Kleinen ganz groß!

7.805 Kinder jubeln über Spielplatz-Offensive. 113.000 Euro werden in St. Pölten in die Attraktivierung und Neugestaltung von insgesamt acht öffentlichen Spielplätzen investiert.

St. Pölten ist jung: Im Stadtgebiet leben 7.805 Personen im Alter von 0 bis 14 Jahren (Stand 10. April 2015). Für die Freizeitgestaltung des Nachwuchses nimmt die Stadt viel Geld in die Hand und startet 2015 erneut eine Spielplatz-Offensive: 113.000 Euro werden auf folgenden acht öffentlichen Spielplätzen in neue Spielgeräte investiert: Rilkeplatz, Kraftgasse, Ochsenburg, Voith Spielplatz/Heidenheimer Straße, Südpark, Viehofen/Kuefsteinstraße, Heinrich-Schneidmadl-Straße und Hubert-Schnoff-Platz. Die Spielgeräte werden vom Gärtnereibetrieb der Stadt geplant und gebaut. Und weil die Sicherheit der Kinder oberste Priorität hat, wird auch der Fallschutz den neuesten Standards angepasst.

48 öffentliche Spielplätze

In St. Pölten gibt es insgesamt 48 öffentliche Spielplätze, die gleichmäßig über das gesamte Stadtgebiet, das immerhin fast 109 km² misst, aufgeteilt sind. Rechnet man zu den öffentlichen Spielplätzen jene bei Wohnhausanlagen, die verpflichtend einen solchen einrichten müssen, hinzu, so liegt die Zahl der Spielmöglichkeiten noch deutlich höher.

Alle öffentlichen Spielplätze zusammen haben die Fläche von 128.373 m², das entspricht etwa dem 20-fachen des Rathausplatzes. Auch die Zahl der Spielgeräte kann sich sehen lassen: 720 Schaukeln, Federwipptiere, Kletterkombinationen, Rutschen, Sandkisten, Ringelspiele, Seilbahnen und mehr warten täglich darauf, ausgiebig genutzt zu werden.

So viele Spielmöglichkeiten müssen natürlich regelmäßig betreut werden. Zwei Mitarbeiter der Stadtgärtnerei sind das ganze Jahr über damit beschäftigt, neue Spielgeräte aufzubauen, die vorhandenen zu warten und zu reparieren. ■



Innsbruck – eine Stadt mit Lebensqualität

Innsbruck erstreckt sich über eine Fläche von 10.500 Hektar. Unbestrittenes Markenzeichen und damit auch der größte Marketingwert ist die Nähe zwischen pulsierendem urbanen Leben und der Natur. Die Innsbrucker Nordkettenbahnen sind hierfür das Sinnbild: In zwanzig Minuten vom Stadtzentrum auf die 2.000 Meter über dem Meeresspiegel gelegenen hochalpinen Pfade der Nordkette zu gelangen, ist weltweit einzigartig.

Mag.^a Katharina Rudig, Stadt Innsbruck

Dem Leben in Städten wird üblicherweise, Studien zufolge, ein Mehr an Stress und Angstpotenzial attestiert. Demgegenüber steht eine gut ausgebaute Infrastruktur, die wesentlich zur Lebensqualität der BewohnerInnen beiträgt. Für die verantwortlichen StadtplanerInnen und PolitikerInnen bedeutet dies einen Spagat zwischen den Anforderungen, die das urbane Leben mit sich bringt, und der Schaffung von Rückzugs- und Erholungsräumen. Innsbruck befindet sich jedoch in einer privilegierten Position. Als fünftgrößte Stadt Österreichs ist Innsbruck gesegnet mit der direkt umgebenden Bergwelt. Im gesamten Stadtgebiet befinden sich 3.700 ha Wald und 3.500 ha Almen und Freiflächen. Allein diese Zahlen sprechen für sich und zeugen vom Erholungswert im nahen Umfeld.

Kultur und Stadtbild

„Zu den Vorteilen in einer rund 125.000 EinwohnerInnen zählenden Stadt gehört ein vielfältiges Kultur- und Freizeitangebot: Die Tiroler Landeshauptstadt wartet mit 18 Museen und 38 Galerien, dem Tiroler Landestheater, einem eigenen Symphonieorchester und einem besonders breit angelegten sommerlichen Kulturprogramm auf“, betont Innsbrucks Kulturreferentin Bürgermeisterin Mag.^a Christine Oppitz-Plörer.

Ein Punkt, der Innsbruck nicht nur für Gäste, sondern auch für die Bürgerinnen und Bürger interessant macht, ist die Architektur. Zwischen alt und neu, zwischen historisch und modern, präsentiert sich das Stadtbild, das sich in den vergangenen 15 Jahren vor allem im Bereich der In-

nenstadt verändert hat. Neben dem Umbau und der Erweiterung des Rathauses und dem Neubau eines Traditionskaufhauses, das sich heute als Shopping-Tempel präsentiert, wurde die Maria-Theresien-Straße zur Prachtstraße als Fußgängerzone mit Wohlfühlcharakter. Internationale ArchitektInnen wie Dominique Perrault oder David Chipperfield, aber auch Zaha Hadid (Bergiselschanze und Hungerburgbahn) haben der Stadt ihren Stempel aufgedrückt und zeugen davon, dass Innsbruck architektonisch schon längst im 21. Jahrhundert angekommen ist.

Wohnen in der Stadt

Wie in jeder Stadt ist Wohnraum auch in Innsbruck sehr begehrt und knapp. Steigende Mietpreise am privaten Markt, eine stetig wachsende Bevölkerung (positive Geburtenbilanz, Zuwanderung) sowie sich verändernde Familienstrukturen erhöhen den Druck auf öffentliche Institutionen, leistbares Wohnen für die BürgerInnen zu ermöglichen.

Die Innsbrucker Koalitionsregierung bekannte sich bereits 2012 im Arbeitsübereinkommen zum Wohnen als Grundbedürfnis der InnsbruckerInnen. Auch auf die Forderung nach maßgeschneiderten kommunalen Lösungen hat man sich damals verständigt. Ziel ist es, bis 2018 im Sinne einer sozialen Wohnbauoffensive rund 2.000 neue Wohnungen zu schaffen. Es wurde auch an den Vergaberichtlinien gefeilt: die aktuellste Änderung, die mit 1. Jänner 2015 in Kraft trat, ist eine weitere Initiative, die das Wohnen in Innsbruck sozialer und leistbarer macht.

Mobilität – ein Thema der Zukunft

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist ein zentrales Thema in der Landeshauptstadt.

Ziel ist es, den BürgerInnen ein so gut ausgebautes Netz zur Verfügung zu stellen, dass das Privatauto in der Garage bleibt. „Insgesamt werden deshalb Investitionen in den öffentlichen Verkehr als Investitionen in die Lebensqualität und Umweltfreundlichkeit gesehen“, sieht die für Umwelt und Mobilität zuständige Vizebürgermeisterin Mag.^a Sonja Pitscheider Innsbruck in diesem Bereich auf dem richtigen Weg.

Unter diesem Aspekt ist auch das aktuell größte Projekt, die Tram/Regionalbahn zu sehen. Bis 2018 verbindet eine Straßenbahn den Osten mit dem Westen der Stadt. Für 2020 ist die Verlängerung bis in die benachbarten Gemeinden Völs bzw. Rum geplant.

Innsbruck ist auch eine besonders fahrrad-affine Stadt. Durchschnittlich jede vierte Strecke in der Alpenstadt wird mit dem Fahrrad zurückgelegt.

Den Spitzenplatz im österreichweiten Ranking sicherte sich Innsbruck bereits vor drei Jahren durch viele Maßnahmen wie den Ausbau der Infrastruktur, eine fahrradfreundliche Verkehrsplanung, wettergeschützte Parkplätze oder die kostenlose Radmitnahme in Bus und Tram. Im Zeitraum von 2009 bis 2014 hat die Stadt Innsbruck 3,6 Mio. Euro in Maßnahmen für den Radverkehr investiert. Im Rahmen des klima-aktiv mobil Förderungsprogramms erhielt Innsbruck dafür eine Förderung in Höhe von 1,1 Mio. Euro. ■

Flüchtlingsfamilien: Pilotprojekt wird umgesetzt

Die Stadt St. Pölten hat gemeinsam mit dem Land Niederösterreich ein Konzept zur Unterstützung der Kindergarten-Teams im Umgang mit Kindern aus Flüchtlingsfamilien ausgearbeitet, welches nun in St. Pölten erstmals in einem Pilotversuch umgesetzt wird.

Bürgermeister Matthias Stadler hat gemeinsam mit Landesrätin Barbara Schwarz das Projekt vor Kurzem in St. Pölten vorgestellt: Derzeit besuchen offiziell rund 30 Kinder aus Flüchtlingsfamilien, vor allem aus Afghanistan, Syrien, Irak und Pakistan, einen der 24 Landes-Kindergärten in der Landeshauptstadt St. Pölten. Insgesamt rund 100 Kinder in den Betreuungseinrichtungen sind jedoch durch Fluchterfahrung geprägt – eine besondere Herausforderung für die Kindergarten-Teams. Denn diese Kinder haben oftmals traumatische Erlebnisse zu verarbeiten, hinzukommen Sprach- und Kulturbarrrieren und eine Reihe von organisatorischen und bürokratischen Herausforderungen für ihre Angehörigen..

Gemeinsame Maßnahmen zur Unterstützung

Alle Kindergartenteams der Stadt St. Pölten erhalten in den kommenden Wochen

im Rahmen von Fachtagen die Möglichkeit zu einem besonderen Netzwerkaustausch mit unterschiedlichen in Asylfragen kompetenten Anlaufstellen. In Workshops erhalten sie fachliche Inputs sowohl zu den psychologischen Hintergründen und Auswirkungen von Traumatisierungen als auch zu Asylverfahren und Fremdenrecht. Die zehn am meisten betroffenen Kindergärten der Stadt werden sich dann bis zum Sommer in Arbeitskreisen weiter intensiv mit posttraumatischen Belastungsstörungen und Traumata und der Ausarbeitung konkreter Maßnahmenschritte in den Kindergärten auseinandersetzen.

Bei Bedarf wird auch die Arbeit der Interkulturellen MitarbeiterInnen und SonderkindergartenpädagogInnen seitens des Landes intensiviert werden. Für Bildungs- und Familien-Landesrätin Barbara Schwarz soll dieses Pilotprojekt wertvolle Rückschlüsse bieten, was Kindergärten zur bestmöglichen Unterstützung aller Kinder,

aller Eltern und der Kindergarten-Teams benötigen: „Die Kindergarten-Teams, zum Beispiel die Interkulturellen MitarbeiterInnen mit ihrem Sprach- und Kulturverständnis, sind für die Kinder und für deren Familien oft besonders vertrauenswürdige Personen.“ Daher gehen die Fragestellungen, die an sie herangetragen werden, oft weit über deren ursächliche pädagogische Aufgabe hinaus. Hinzu kommt, dass Flüchtlingskinder sehr kurzfristig und meistens mitten im Kindergartenjahr ihren Platz in der Kindergemeinschaft finden müssen.

Für diese Herausforderungen soll ihnen bestmögliche Unterstützung und ein Netzwerk von möglichst vielen AnsprechpartnerInnen geboten werden. Die gemeinsamen Fachtage mit dem Land NÖ, welche erstmalig in St. Pölten stattfinden, sollen Wertschätzung für das Kindergartenpersonal und ihre Arbeit mit Kinderflüchtlings und deren Eltern vermitteln. Sie sollen das Wissen über Asylverfahren, Fremdenrecht und die psychische Situation von AsylwerberInnen erweitern.

In den kommenden Monaten werden weitere Arbeitskreise zu den Themen posttraumatische Belastungsstörungen, Traumata und Resilienz durchgeführt. „Durch diese Unterstützung der Kindergartenteams soll langfristig die Arbeit in den St. Pölten NÖ Landeskindergärten hinsichtlich Inklusion, Ethik, Gesellschaft und Soziales gefördert und ihre Qualität gesteigert werden“, so Bürgermeister Matthias Stadler. ■



NÖ-Landesrätin Barbara Schwarz (5. v. l.) präsentierte Konzept und Pilotprojekt zur Unterstützung der Kindergarten-Teams im Umgang mit Kindern aus Flüchtlingsfamilien.

Studie: Das Bild von hochaltrigen Menschen muss neu gedacht werden

Das öffentliche Bild hochaltriger Menschen und die Einstellung zu ihnen zu korrigieren, hat sich die Gesundheits- und Sozialpolitik zum Ziel gesetzt. Die Basis dafür liefert die erste Österreichische Interdisziplinäre Hochaltrigenstudie (ÖIHS), die gängige gesellschaftliche Klischees widerlegt. Hohes Alter ist demnach keineswegs nur mit Gebrechlichkeit und Pflegebedürftigkeit, sondern sehr wohl auch mit Selbstbestimmung und Vitalität verbunden.

Die Gruppe der hochaltrigen Bevölkerung wird in den kommenden Jahrzehnten signifikant zunehmen. Laut EUROSTAT wird sich der Anteil von Menschen, die das 80. Lebensjahr überschritten haben, in Europa bis 2030 fast verdoppeln“, erläutert Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser. „Ich sehe es als Aufgabe der Gesundheitspolitik, für die steigende Zahl der hochaltrigen Personen in Österreich notwendige gesundheitspolitische Strategien zu entwickeln“.

410 Personen zwischen 80 und 85 Jahren befragt

Die Österreichische Interdisziplinäre Hochaltrigenstudie (ÖIHS) untersucht erstmals in Österreich die Gesundheits-, Lebens- und Betreuungssituation hochaltriger Menschen. Trotz zunehmender demographischer und gesundheitspolitischer Relevanz liegen bisher nur sehr wenige Daten vor. Die Studie ist ein Kooperationsprojekt, das vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, vom Bundesministerium für Gesundheit, von den Ressorts für Wissenschaft & Forschung, Gesundheit und Pflegemanagement des Landes Steiermark und vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger finanziert und von der Österreichischen Plattform für Interdisziplinäre Altersfragen (ÖPIA) durchgeführt wurde. Befragt wurden 410 Personen in Wien und in der Steiermark im Alter zwischen 80 und 85 Jahren. Mit den gewonnenen Daten sollen Bund, Länder und Gemeinden sowie private Dienstleister in ihren Entscheidungen und in der

Entwicklung von Maßnahmen unterstützt werden. Ziel ist es, die Selbstbestimmung, Teilhabe und Gesundheit bis in das höchste Alter zu sichern. Die Studie zeigt bemerkenswerte Ressourcen im Leben hochaltriger Menschen. Im Widerspruch zu gängigen gesellschaftlichen Altersbildern, in denen Hochaltrigkeit hauptsächlich mit körperlichem und kognitivem Verfall sowie mit Pflegebedürftigkeit verbunden wird, befinden sich viele Frauen und Männer über 80 Jahren immer noch in relativ guter körperlicher Verfassung und führen ein recht aktives Leben ohne nennenswerten Hilfe- oder Pflegebedarf.

Individuelle Lösungen für ältere Menschen

Das gesellschaftliche Bild von Hochaltrigkeit erweist sich eindeutig als zu negativ und entspricht der Lebenssituation vieler hochaltriger Menschen nicht. Um ihre

Ressourcen zu stärken, braucht es zukünftig soziale, gesundheitliche und bildungsbezogene Strategien, die darauf zielen, bestehende Kompetenzen möglichst lange zu erhalten.

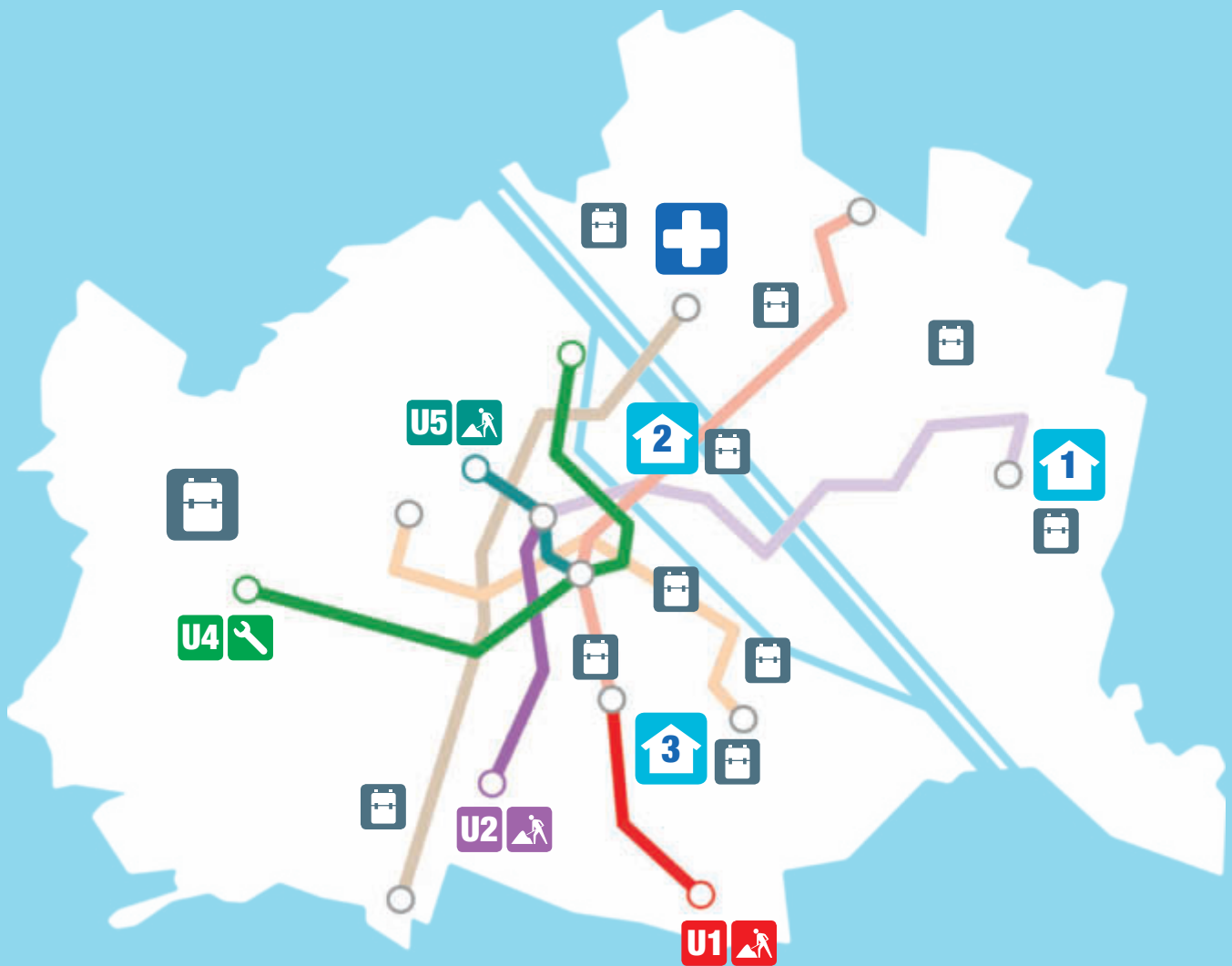
„Angesichts dieser enormen Heterogenität“, so die ÖIHS-Studienleiter Georg Ruppe und Andreas Stückler, „erfordert das hohe Lebensalter entsprechend differenzierte Zugänge und Angebote. Verallgemeinernde Sichtweisen zu den Lebensumständen, den gesundheitlichen Verhältnissen oder Bedürfnissen hochaltriger Menschen erweisen sich als irreführend.“ Die Österreichische Interdisziplinäre Hochaltrigenstudie ist als nationale Längsschnittstudie konzipiert, die in den kommenden Jahren schrittweise ausgeweitet wird, um weitere Informationen zum Umgang mit dem Thema zu erhalten. ■

Infos: www.oepia.at



Wien wächst mit: Die Stadt von morgen wird heute gebaut.

Wien ist eine lebendige Stadt – und lebendige Städte wachsen. In Wien wird diese Entwicklung sehr genau begleitet. So wird dafür gesorgt, dass die Infrastruktur mit der Stadt mitwächst – und die Lebensqualität der WienerInnen so hoch bleibt, wie sie jetzt schon ist. Hier finden Sie eine kleine Auswahl von Projekten, die in Zukunft dazu beitragen werden:



U1 Ausbau nach Oberlaa bis 2017

U2 Verlängerung vom Rathaus in Richtung Wienerberg über Matzleinsdorferplatz

U4 Modernisierung in den nächsten Jahren

U5 Übernahme der Strecke Karlsplatz–Rathaus und Ausbau bis Elterleinplatz ab 2018

1 Seestadt Aspern: Wohnungen für 20.000 Menschen bis 2028

2 Stadtgebiet Nordbahnhof: Wohnungen für 20.000 Menschen und 20.000 Arbeitsplätze bis 2025

3 Sonnwendviertel beim Hauptbahnhof: 5.000 Wohnungen für 13.000 Menschen bis 2019

Krankenhaus Nord:

Im modernsten Spital Österreichs werden pro Jahr 46.000 Menschen stationär und 250.000 Ambulanzbesuche versorgt.

Bildungscampus Neu und laufende Schulerweiterungen: Die Schulen in Wien wachsen mit, in allen Bezirken wird laufend neuer Schulraum geschaffen.



FERIEN MIT DER FAMILIE

Abkühlung an heißen Tagen und abwechslungsreiches Programm finden Eltern und Kinder in Wiens Sommer- und Familienbädern. Die Stadt bietet ihnen aber auch abseits von Spiel und Spaß Service und Beratung.



MIT WICKELRUCKSACK UND
DOKUMENTENMAPPE HEISST DIE
STADT WIEN NACHWUCHS
WILLKOMMEN UND HILFT ELTERN
BESONDERS IN DER ANFANGSZEIT.

SPASS FÜR DIE GANZE FAMILIE:
BEIM SCHWIMMEN, TAUCHEN UND
SPORTELN IN WIENS SOMMER-
UND FAMILIENBÄDERN.



Wenn die Sonne die Dächer der Großstadt aufheizt, warten in Wien viele Oasen, die sich perfekt zur Abkühlung eignen. 17 Sommer- und zehn Familienbäder laden zum Besuch und bieten weitaus mehr als nur den Sprung in kühle Fluten. Auch Sport und Unterhaltung gibt's für die Gäste – in Eigenregie oder mit professioneller Anleitung von AnimaterInnen und TrainerInnen. Fußball- und Beachvolleyballplätze, Wasserrutschen und Kinderspielplätze versorgen die ganze Familie mit der Möglichkeit, sich im Freien zu bewegen. Animationsteams besuchen verschiedene Bäder mit Unterhaltungsprogramm zum Mitmachen. Sie werden im Laaerbergbad, Sommerbad Simmering, Kongreßbad, Sommerbad Döbling, im Strandbad Alte Donau, Höpfelbad und im Gänsehäufel unterwegs sein. Letzteres erreichen Schwimfans und Wasserratten auch mit dem Bäderbus. Er fährt bis 30. August täglich im 10-Minuten-Intervall von der U1-Station Kaisermühlen bis direkt zur Kassa des Bades.

SPORT UND KINDERPROGRAMM

Dort angekommen, warten Spiel, Sport und viel Spaß auf die Badegäste, besonders auf Beachvolleyballfans: Während der Sommerferien coachen professionelle TrainerInnen nachmittags im Gänsehäufel interessierte HobbysportlerInnen. Übrigens auch im Sommerbad Hietzing, Kongreßbad, Schafbergbad, Krapfenwaldl- und Höpfelbad. Wer lieber im Wasser sportelt, schaut zur Aquagymnastik im Ottakringer-, Schafberg-, Höpfelbad und Strandbad Alte Donau. Kinder erlernen spielerisch eine Fremdsprache mit dem erlebnispädagogischen Englischunterricht in den Familienbädern Strebersdorf, Reinlgasse und Herderpark. Sowohl dort als auch im Augartenbad kommt



außerdem der Kinderclub vorbei und gestaltet kindgerechte Unterhaltung für die Kleinen, die auch den Eltern Spaß macht.

DIE MAG ELF WEISS WEITER

Gemeinsam verbrachte Zeit, an der alle Freude haben, macht aus Familien eingespielte Teams. Wiens Bäder sind dafür vor allem im Sommer ideale Orte. Manchmal kriselt es aber auch in der liebevollsten Familie. Dann hilft die MAG ELF. Sie unterstützt und berät zu allen Themen rund um die Familie; ob Kindergarten, Schule, Trotzphase, Pubertät, oder bei Erziehungsproblemen, Konflikten und seelischen Krisen: die ExpertInnen können helfen. Erster Anlaufpunkt für Eltern, die Rat suchen, ist die MAG ELF Servicestelle. Die MitarbeiterInnen klären vertraulich und kostenfrei, welche AnsprechpartnerInnen oder Beratungseinrichtungen im gegebenen Fall weiter wissen. Kinder und Jugendliche können sich mit ihren Sorgen, Ängsten und Fragen zu verschiedensten Themen an die Talkbox der Stadt Wien wenden – per E-Mail, um Berührungängste zu vermeiden. Ein PsychologInnen-Team hilft, Lösungen für kleinere und größere Probleme zu finden. Wien steht Eltern und Familien aber auch in schönen Zeiten zur Seite. Etwa, wenn sich ein neues Familienmitglied ankündigt. Dann bekommen Eltern den Wiener Wickelrucksack und die Dokumentenmappe mit Informationsmaterial, Gutscheinen und kleinen Geschenken. Außerdem informieren die Eltern-Kind-Zentren über alle Themen rund um Baby, Rechtslage und Finanzen.

www.wienerbaeder.at

www.kinder.wien.at

MAG ELF Servicestelle: 01/4000-80 11



100 Jahre Österreichischer Städtebund – 25 Jahre E-Government

Mittlerweile ist es schon selbstverständlich geworden – die Wahlkarte kann via Internet beantragt, die Steuererklärung online erledigt werden, u.v.m. Diese Innovationen waren noch einige Jahre zuvor durchaus umstritten.

Es bedurfte einer klaren politischen Willensbildung und einer Kooperation von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden, um E-Government in Österreich erfolgreich zu implementieren. Bereits in den 80er-Jahren gab es die ersten Bemühungen, elektronische Erleichterungen zu schaffen. Im Jahr 1986 konnten die umgestellten Grundbücher von externen Stellen („auswärtige Abfrage“) abgefragt werden. Seit 1. Juli 1999 kann das österreichische Grundbuch weltweit über das Internet eingesehen werden.

Der elektronische Rechtsverkehr (ERV) mit den Gerichten wurde bereits 1990 als Kommunikationsmittel mit den Parteien gleichberechtigt mit der Einbringung auf Papier eingeführt. Österreich war damit weltweit das erste Land, das den elektronischen Rechtsverkehr etabliert hat.

Auch im Österreichischen Städtebund wurde die Bedeutung der elektronischen Medien für die Kommunen als unmittelbare Schnittstelle des Staates zu Bürgerinnen und Bürgern von Anfang an erkannt und als Themenschwerpunkt im Interesse der Mitgliedsgemeinden aufgegriffen. Bereits am Städtetag 1996 widmete sich ein eigener Arbeitskreis den Auswirkungen der sich gerade entwickelnden „Informationsgesellschaft“ auf die Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung sowie BürgerInnen. Ein Jahr später erschien im Rahmen der eigenen Publikationsreihe des Städtebundes unter dem Titel „Gemeinden im Internet“ eine erste Auseinandersetzung mit den Anforderungen an kommunale Internet-Auftritte.

10 Jahre Plattform Digitales Österreich

Der Startschuss für die Institutionalisierung von E-Government in Österreich fiel 1998. Die Task-Force „E-Austria“ empfahl 2001 ein „IKT-Board“ mit einem Chief Information Officer des Bundes einzurichten. Mit der „E-Government-Offensive“ der Bundesregierung 2003 wurde ein eigener Exekutivsekretär E-Government des Bundes eingesetzt. Ziel der Offensive war, Österreich in puncto E-Government ins europäische Spitzenfeld zu bringen. Bereits im Jahr 2004 rangierte Österreich auf dem vierten Platz im bedeutendsten EU-Benchmarking und seit 2006 auf Platz 1.

2005 wurde die Plattform Digitales Österreich als übergreifende Plattform im Bundeskanzleramt zur Koordinierung einer einheitlichen E-Government-Strategie gegründet. Durch den gemeinsamen Vorsitz in der Plattform Digitales Österreich, Kooperation BLSG und IKT-BUND wurde ein abgestimmtes Vorgehen ohne Parallelitäten sichergestellt. Die Kooperation BLSG ist dabei die gebietskörperschaftsübergreifende Kooperation von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden.

Das Ziel der Zusammenarbeit ist es, Synergien zu nutzen und eine gemeinsame E-Government-Strategie zu entwickeln, bzw. in einzelnen Arbeitsgruppen Konventionen und Empfehlungen zu erarbeiten. Durch die Einbindung aller Gebietskörperschaften in Kooperation mit der Wirtschaft werden E-Government Projekte, Strategien und Richtlinien seither gemeinsam geplant, abgestimmt und umgesetzt. Dies war und ist eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg Österreichs im internationalen E-Government Vergleich.

Städte und Gemeinden als Treiber elektronischer Verwaltung

Zeitgleich mit der „E-Government-Offensive“ der Bundesregierung und den neu



eingesetzten Gremien beschäftigte sich bereits auch der Österreichische Städtebund auf kommunaler Ebene mit E-Government. Eine erste Fragebogenerhebung Anfang 2003 brachte ein unerwartet großes und überaus positives Echo aus den Mitgliedsgemeinden, sodass folglich im Oktober desselben Jahres vom Österreichischen Städtebund eine Fachtagung „E-Government“ veranstaltet wurde und der Beitritt zur E-Government-Plattform und zum e-cooperation-Board (heute „Kooperation Bund-Länder-Städte-Gemeinden“) erfolgte.

In den folgenden Jahren stand E-Government sowohl aus strategischer Sicht als auch dessen operative Umsetzung sehr stark im Fokus des Österreichischen Städtebundes. So beteiligte sich dieser an allen kommunal relevanten Arbeits- und Projektgruppen im Rahmen der Plattform „Digitales Österreich“ und bringt seither praxisorientierten Input aus der Perspektive der Kommunen.

Da eine praktische Umsetzung von E-Government in der Gemeinde aufgrund



Fotolia

der durchaus komplexen rechtlichen, technischen und organisatorischen Anforderungen alles andere als trivial ist, verfolgt der Österreichische Städtebund seit Jahren das Ziel, seinen Mitgliedern die operative Umsetzung durch einen gezielten Aufbau von „Good Practices“ – im Idealfall im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit – zu erleichtern.

Aus diesem Gedanken heraus entwickelte sich die Initiative „E-Government-Referenzstädte“, die in Zusammenarbeit mit dem Bundeskanzleramt durchgeführt wurde. Gemeinsam mit einem Dutzend ausgewählter, innovativer Städtebund-Mitglieder und einer Referenz-Region (Kärnten, begleitet und koordiniert durch das GIZ-K - Gemeindeinformatikzentrum Kärnten) wurden in einem Projektzeitraum von drei Jahren viele Arbeitspakete umgesetzt und die Ergebnisse allen Gemeinden zugänglich gemacht.

Die Nachfolge-Initiative firmiert unter dem Titel „Digitale:Städte“ und verfolgt über das „Good Practice“-Konzept hinausgehend das Ziel, neue, wichtige E-Govern-

ment-Themen für die Mitgliedsgemeinden des Österreichischen Städtebundes aufzubereiten und damit greifbarer zu machen.

Gemeinsam Herausforderungen durch E-Government lösen

In Zeiten angespannter und knapper Budgets müssen alle Gebietskörperschaften – egal ob Bund, Länder oder Städte und Gemeinden – gemeinsam nach Einsparungsmöglichkeiten suchen. Was darunter jedoch nicht leiden darf, ist die Servicequalität für BürgerInnen. Eine Chance, die in Österreich durch eine enge Zusammenarbeit zur Implementierung von E-Government-Lösungen wahrgenommen wurde und wird.

Auch in den Bemühungen, die Durchdringung der Bevölkerung mit der elektronischen Signatur – in Form der Handy-Signatur – weiter voranzutreiben, ist die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Bund und der kommunalen Ebene unerlässlich. Städte und Gemeinden als erste AnsprechpartnerInnen für BürgerInnen stellen mittlerweile einen

Großteil der Registrierungsstellen zur Aktivierung der Handy-Signatur. Es sind nicht zuletzt die Registrierungsbeauftragten aus den Städten und Gemeinden, die großen Anteil daran haben, dass in Österreich mittlerweile über eine halbe Million aktive Handy-Signaturen im Einsatz sind. Nur durch gemeinsame Anstrengungen und Fortführung der erfolgreichen Zusammenarbeit im E-Government wird es auch in Zukunft möglich sein, weiterhin die Herausforderungen im Spannungsverhältnis zwischen Innovationen und notwendigen Sparmaßnahmen zu meistern.

Christian Rupp, Sprecher der

Plattform Digitales Österreich

Elvira Regenspurger, Bundeskanzleramt,

Mitarbeiterin der Abteilung I/11, E-Government:

Recht, Organisation und Internationales

Ronald Sallmann, Geschäftsführer, IT-Kommunal

INFOS:

Plattform Digitales Österreich:
digitales.oesterreich.gv.at

Deutschland investiert in die Kommunen

Deutschland hat sich in den letzten Jahren im Vergleich zu anderen Ländern nicht nur niedriger Arbeitslosigkeit erfreut, sondern plant auch für die nächsten Jahre die gute konjunkturelle Entwicklung zu nutzen, um das Wirtschaftswachstum und die Investitionen über die bereits geplanten Maßnahmen hinaus anzukurbeln.

Für den Zeitraum von 2016 bis 2018 stellt die deutsche Bundesregierung deshalb insgesamt 23 Mrd. Euro für Investitionen, öffentliche Entwicklungszusammenarbeit und die Stärkung kommunaler Investitionstätigkeit (fünf Mrd. Euro) zur Verfügung.

Davon sollen von 2016 bis 2018 sieben Mrd. Euro in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur, die digitale Infrastruktur, eine höhere Energieeffizienz, den Klima- und Hochwasserschutz und die Städtebauförderung fließen. Im gleichen Zeitraum erhalten die Bundesministerien rund drei Mrd. Euro zur Gegenfinanzierung der

Ausgaben des Betreuungsgeldes. Diese sollen für zukunftsorientierte Ausgaben eingesetzt werden. Bei der Verwendung der Gelder stehen Forschung und Bildung, die Landesverteidigung und die innere Sicherheit, deren Budgets großzügig ausgedehnt werden, im Vordergrund.

Weitere 8,3 Mrd. Euro werden für den Zeitraum 2016 bis 2018 für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit veranschlagt. Städte und Gemeinden sollen insofern profitieren, indem ein „Kommunalinvestitionsförderungsfond“ mit einem Umfang von 3,5 Mrd. Euro noch im Jahr 2015 eingesetzt wird.

Sein Ziel ist die Unterstützung der Kommunen bei der Finanzierung von Instandhaltungen, Sanierungen und Umbauten der lokalen Infrastruktur. 2017 will der Bund die Kommunen um weitere 1,5 Milliarden Euro entlasten, um ihnen zusätzliche Investitionen zu ermöglichen. Weitere 500 Mio. Euro erhalten jeweils die Bundesländer und die Kommunen im Jahr 2015 zur Versorgung von AsylwerberInnen.

„Geht man davon aus, das Deutschland zehnmal so groß ist wie Österreich, ist die Forderung des Österreichischen Städtebundes nach einem 500 Mio.-Topf für Investitionen in Bildung (Kindergärten und Schulen) und öffentlichen Nahverkehr (Klimaschutz) als angemessen zu betrachten“, so Generalsekretär Weninger im Vorfeld der Finanzausgleichsverhandlungen.

Oliver Puchner

Quellen:

Deutsche Bundesregierung (März 2015): <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2015/03/2015-03-18-bundeshaushalt.html>

BMF (März 2015): <http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2015/03/2015-03-18-PM13-bundeshaushalt-eckwerte.html>

BMF (Februar 2015): <http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/2015/02/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-2-investieren-in-zukunft-jahreswirtschaftsbericht-2015.html>

Tagesspiegel (November 2014): <http://www.tagesspiegel.de/politik/bundeshaushalt-nach-der-steuerschaetzung-wie-schaeuble-mehr-investitionen-finanzieren-will/10951544.html>

Bundesfinanzportal (März 2015): <http://www.bundesfinanzportal.de/berlin/item/2061-kommunaler-investitionsfonds-3,5-mrd-eur-kolbe-%E2%80%9Einvestitionspaket-muss-das-ganze-land-im-blick-haben,-deshalb-brauchen-wir-eine-gerechte-verteilung%E2%80%9C.html>



Perspektiven der staatlichen Aufgabenerfüllung – Zwischen budgetärer Knappheit und integrativem Anspruch

Ao. Univ.-Prof. i.R. DI Dr. Wolfgang Blaas/Ass.-Prof. DI Dr. Johann Bröthaler/Univ.-Prof. Mag. Dr. Michael Getzner/Univ.-Ass DI Dr. Gerlinde Guthheil-Knopp-Kirchwald (Hrsg.)

€ 85,00

Verlag Österreich

ISBN: 978-3-7046-6554-6

364 Seiten, gebunden

Soziale Gerechtigkeit ist ein bedeutender Pfeiler einer nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung. Die Wirksamkeit staatlicher Eingriffe für mehr Gerechtigkeit mag jedoch bezweifelt werden: eine zunehmend ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen, steigende Wohnkosten, Menschen, die von ihrer Arbeit nicht würdig leben können (Working poor).

Welche staatlichen Instrumente können zu mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit führen? Wie ist die soziale

Lage in Städten – z.B. Wien – zu beurteilen, und welche Konzepte und Instrumente aus Sicht der Stadtpolitik und der öffentlichen Haushalte sind notwendig und wirksam?

In drei Abschnitten – Politik und Staatsintervention, öffentliche Finanzen sowie Infrastruktur und Stadtentwicklung – präsentieren die AutorInnen differenzierte Analysen der staatlichen Instrumente und ihrer Bedeutung, unter Bezugnahme auf das wissenschaftliche Werk Wilfried Schönbucks. Eine auch in der öffentlichen Diskussion und leider auch im wissenschaftlichen Diskurs auftretende Undifferenziertheit („Mehr privat, weniger Staat“; „Der Staat soll sparen wie ein privater Haushalt“; aber auch „Das kann nur ein starker Staat sicherstellen“) ist nicht angebracht. Das Gemeinwesen erfordert eine ehrliche und präzise

Erörterung der Stärken und Schwächen des Staates, der Formen seiner Interventionen und der mit der öffentlichen Aufgabenerfüllung verbundenen Instrumente. Es wird in diesem Diskurs weiter deutlich, dass Reformbemühungen langfristige Bestrebungen sind, die nicht verordnet, sondern in einem Prozess von ExpertInnen, EntscheidungsträgerInnen und Betroffenen gestaltet werden müssen. Zum anderen muss staatliches Handeln immer hinterfragt werden, um Effizienz, Effektivität und Gerechtigkeit der Aufgabenerfüllung – und Menschenwürde, wie wir aus diesen Beiträgen lernen – immer wieder neu zu suchen und zu finden. Gerade für Österreich zeigt die Diskussion um den Finanzausgleich, in welche Wilfried Schönback involviert war und ist, dass WissenschaftlerInnen wesentliche Beiträge zur Diskussion leisten können und im Sinne eines erweiterten Wissenschaftsverständnisses auch sollten.

Dr. Johannes Schmid,
Österreichischer Städtebund



„Städte für Menschen“

Jan Gehl, 304 Seiten, mit zahlr. farb. Abbildungen, gebunden

Format: 17 x 24 cm

ISBN 978-3-86859-356-3

Der Architekt und Stadtplaner Jan Gehl stellt in seinem Werk eine einfache Frage: Wie wollen wir eigentlich leben? Seit mehr als 40 Jahren befasst sich der Architekt und Stadtplaner Jan Gehl damit, Plätze, Straßen, ja ganze Stadtviertel zum Wohle der Bewohner neu oder umzugestalten. Er stützt sich dabei auf Erkenntnisse, die er durch langjährige Untersuchungen von Großstadtsituationen in verschiedenen Ländern gewonnen hat. Indem Gehl selbst Millionenstädte kleinmaßstäblich und im Detail betrachtet, entwickelt er Mittel und Wege, dysfunktionale und unwirtliche Stadtlanschaften entscheidend zu verändern. Dabei finden demografische Entwicklungen und sich wandelnde Lebensstile ebenso Berücksichtigung wie gestalterische Prozesse. Wichtigster Grundsatz für Jan Gehls Stadtplanung nach menschlichem Maß: Der Stadtraum muss mit der Geschwindigkeit von FußgängerInnen erlebt werden statt aus einem Fahrzeug heraus. Nur so kann es gelingen, sowohl traditionelle Metropolen als auch die schnell wachsenden Städte von Entwicklungs- und Schwellenländern zu „Städten für Menschen“ zu machen. Jan Gehl ist der Mann hinter dem Boom seiner Heimatstadt Kopenhagen, dem Umbau Moskaus und der Wiederbelebung Manhattans. Er gilt als einer der einflussreichsten Stadtplaner der Welt. Das Buch präsentiert Jan Gehls Arbeit im Bereich Neubau sowie der Umgestaltung städtischer Räume und Verkehrsflächen. Darstellungen seiner Planungsmodelle in Text und Bildern sowie Planungsprinzipien und Methoden veranschaulichen, wie einfach lebendige, sichere, nachhaltige und gesunde Städte in Zukunft entstehen können.



Mag.ª Silvia Stefan-Gromen, Österreichischer Städtebund

65. Österreichischer Städtetag in Wien 10.-12. Juni 2015



100 Jahre
Österreichischer
Städtebund

StadT Wien

Werbung

GISA – Verwaltung modern gestalten



Fotolia

Am 30.3.2015 ist das neue „Gewerbeinformationssystem Austria“ (GISA) erfolgreich und reibungslos in Betrieb gegangen. Das neue zentrale Gewerbeinformationssystem Austria wurde als Kooperationsprojekt gemeinsam von Bund, Stadt Wien, Bundesländern und Städten mit eigenem Statut realisiert und löst 14 dezentrale Register ab. Die Umsetzung des Projektes wurde von der Stadt Wien geleitet.

Mit GISA werden durch die Zentralisierung von Informations- und Kommunikationstechnologie Kosten eingespart, durch die Gewerbeprozesse vereinheitlicht und durch den verbesserten Online-Zugang zu Gewerbeanmeldungen, Stand-

ortverlegungen und Betriebseröffnungen Zeit, Aufwand und Kosten für Unternehmen reduziert. „GISA ist viel mehr als eine bundeseinheitliche Lösung, die ‚nur‘ die bisherigen 14 dezentralen Gewerberegister ablöst. Wir haben mit GISA einen österreichweit einheitlichen Gewerbeprozess etabliert und die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Unternehmen online, einfach und bequem Amtswege erledigen können“, erläutert Wolfgang Magesacher die große Bedeutung des Projektes.

In dessen erfolgreiche Abwicklung waren VertreterInnen der KooperationspartnerInnen von Beginn an eingebunden. Die Koordination der jeweiligen ExpertInnen und die Verantwortung für die Projektleitung übernahm die Stadt Wien. „Wir haben durch die erfolgreiche Ab-

wicklung des Projektes einmal mehr deutlich bewiesen, dass die gezielte Zusammenarbeit von fachlicher Expertise mit innovativer Informations- und Kommunikationstechnologie wesentliche Vorteile für die Verwaltung bringt. GISA kann damit auch als ‚Leuchtturmprojekt‘ für die gelungene und erfolgreiche Kooperation ‚der Länder für die Länder‘ betrachtet werden“, unterstreicht Johann Klar die Bedeutung einer offenen und direkten Zusammenarbeit von WissensträgerInnen aus unterschiedlichen Themengebieten.

Komplexe Umstellungen gemeinsam meistern

Die Migration der Daten aus dem ZGR war eine der erfolgreichsten Datenmigrationen der vergangenen Jahre in Öster-

reich. Die Stadt Wien hat die KooperationspartnerInnen während der gesamten Umstellung laufend über den aktuellen Fortschritt informiert. Durch den Einsatz moderner Technologien wie z.B. Web- und Telefonkonferenzen konnten sich die EntscheidungsträgerInnen direkt und auf kurzem Weg, wenn auch räumlich getrennt, über das gemeinsame weitere Vorgehen abstimmen. Der Einsatz von GISA hat deutlich gezeigt, dass der Einsatz von modernen Kommunikationsmitteln bei der länderübergreifenden Zusammenarbeit Entscheidungen erleichtert und beschleunigt. „Bei Projekten wie GISA ist es für alle Beteiligten besonders wichtig, relevante Informationen rechtzeitig zu erhalten, Diskussionen auf kurzem Weg zu führen und unbedingt notwendige Entscheidungen kurzfristig treffen zu können. Ich bin überzeugt davon, dass wir mit GISA auf dem Gebiet des Gewerbe-rechts, der Zusammenarbeit von fachlicher und technischer Expertise und vor allem der Kooperation über die Landesgrenzen hinweg Standards für zukünftige Vorhaben gesetzt haben“, betont Norbert Weidinger die Bedeutung von GISA als Leuchtturmprojekt.

Zukunft E-Government

Mit der Einführung von GISA können alle UnternehmerInnen Gewerbeanmeldungen elektronisch durchführen – der Weg zur Gewerbebehörde ist in Zukunft

nicht mehr notwendig. Mit GISA wird das E-Government-Angebot für Unternehmen auch deutlich erweitert. In Zukunft können eine Standortverlegung, eine GeschäftsführerInnenbestellung oder die Eröffnung von Betriebsstätten online mit einheitlichen Formularen bekanntgegeben werden. Unternehmen sparen dadurch Zeit und Geld und Gewerbebehörden profitieren von medienbruchfreien Verwaltungsprozessen und einer höheren Datenqualität. Unternehmen, die in mehreren Ländern aktiv sind, haben ab sofort die Gewissheit, dass ein Gewerbeverfahren in ganz Österreich gleich abläuft und keine länderspezifischen Ausnahmen zu beachten sind – und alle Online-Formulare ident sind. So wird es ein Leichtes, Gewerbeanmeldungen einfach und rasch von zu Hause aus in einem Schritt zu erledigen.

Mit GISA haben die KooperationspartnerInnen auch ein europäisches Pionierprojekt umgesetzt. Als erstes europäisches Land können in Österreich im Bereich der Gewerbe- und Wirtschaftsverwaltung landesweit einheitlich Gewerbeanmeldungen und andere Verfahren im Gewerbebereich durchgängig elektronisch und online nach zentralen Standards durchgeführt werden.

*Mag. Marcel Simoner,
MA 14 der Stadt Wien – Informations- und
Kommunikationstechnologie*

ZU DEN PERSONEN:

Wolfgang Magesacher ist Bereichsleiter für Gewerberecht und koordiniert sämtliche mit der Gewerbeverwaltung befassten Dienststellen des Magistrats Wien. Er leitet die Magistratsabteilung 63 – Gewerwesen und rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens mit den Hauptaufgaben Gewerberecht, Lebensmittelrecht und Vergaberecht.

Norbert Weidinger ist Gruppenleiter-Stellvertreter der MD-OS/PIKT (Magistratsdirektion, Geschäftsbereich Organisation und Sicherheit, Gruppe Prozessmanagement und IKT-Strategie) und vertritt die Stadt Wien auf strategischer Ebene in bundesweiten Gremien zu Abstimmung und Ausbau von e-Governmentlösungen.

Johann Klar ist Dienststellenleiter der MA 14 – Automationsunterstützte Datenverarbeitung, Informations- und Kommunikationstechnologie, die für den IKT-Betrieb und die Umsetzung von IKT-bezogenen Vorhaben im Magistrat der Stadt Wien verantwortlich ist.

austria
glasrecycling
www.agr.at

Drum trenne, was ewig weiterleben soll.

Glasrecycling bringt jedes Jahr rund 230.000 Tonnen Altglas wieder in den Wertstoffkreislauf zurück.

Sanierungsrate erhöhen bei gleichem Eigenmitteleinsatz und Schuldenstand?

Die Budgetmittel sind knapp und die öffentliche Hand soll Vorbild in der Sanierung von Gebäuden und Infrastruktur sein. Daher gibt es Überlegungen und konkrete Ansätze, mit den vorhandenen Budgets mehr Projekte umzusetzen – ohne den öffentlichen Schuldenstand zusätzlich zu belasten.

Energieeffizientes Bauen und Sanieren

Das Dienstleistungsmodell „Energieeffizientes Bauen und Sanieren“ ist die Kombination aus Finanzierung, Generalunternehmer-Leistung und Einspar- bzw. Energieverbrauchsgarantie und wird seit über einem Jahrzehnt in der Praxis angewandt.

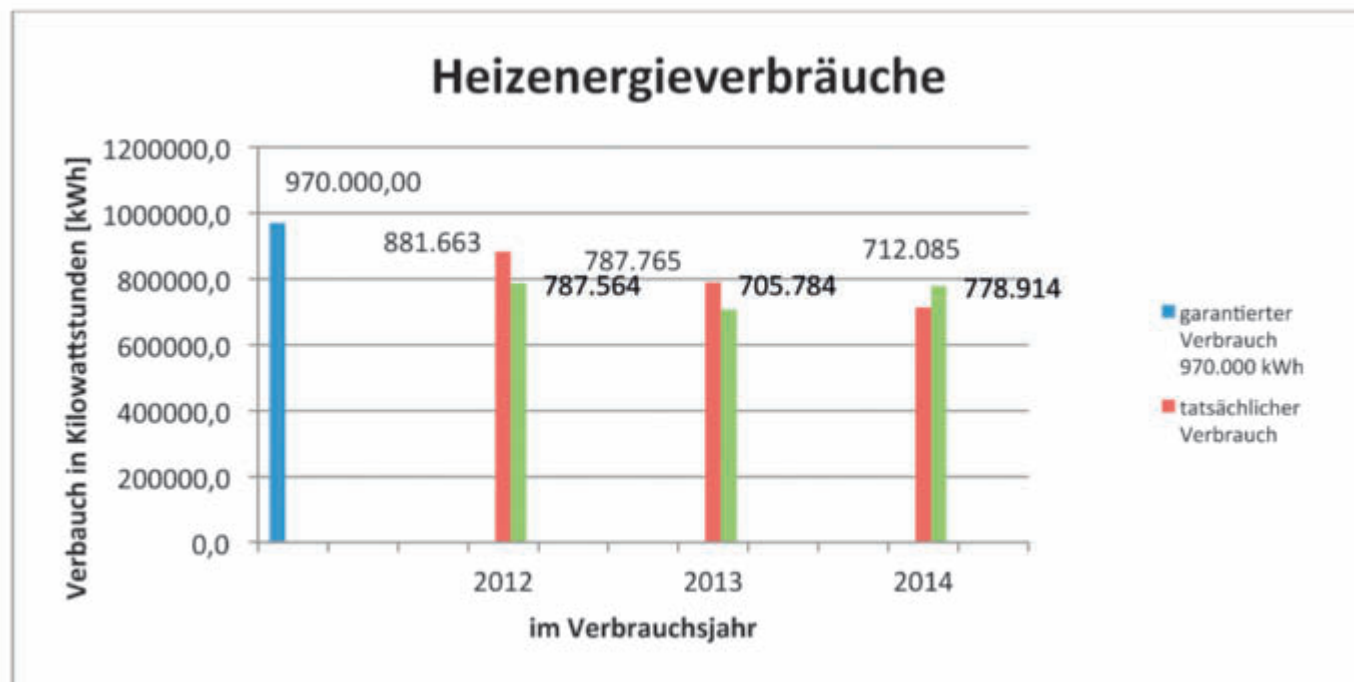
Ein Projekt, das erfolgreich umgesetzt wurde, ist das Sportzentrum Zeltweg. Dieses Sportzentrum bietet auf einem Areal von 9.700m² eine Vielzahl an Sportstätten zur Ausübung unterschiedlicher Sportarten (von Eishockey über Fußball und Tennis bis hin zum Langlaufen auf einer eigenen Loipe im Winter). In der Mitte liegt die 1976 errichtete Aichfeldhalle, die neben Eishockey auch als Veranstaltungshalle für Messen und Konzerte dient. In den Jahren 2008/09 wurden sämtliche Sportstätten thermisch und baulich saniert bzw. auf den neuesten Stand gebracht. Auch die Außenanlagen wurden neu gestaltet. Die Gesamtinvestitionskosten lagen bei knapp über zehn Mio. Euro. Die Ergebnisse der jährlichen Energieberichte

beweisen, dass die vom Generalunternehmer WRS Energie- und Baumanagement GmbH garantierten Einsparungen übererfüllt wurden und werden.

Vor Beginn der Sanierung wurde das Sportzentrum in die Ausgliederungsgesellschaft Kommunal-Infrastruktur & Immobilien Zeltweg GmbH eingebracht. Durch die Vermietung der vielfältigen Anlagen an die Vereine und sonstigen Nutzer konnte erreicht werden, dass das Sportzentrum mit Unterstützung des Landes Steiermark auf den neuesten Stand gebracht und gleichzeitig außerhalb des Haushaltes realisiert wurde.

In anderen Städten und Gemeinden wurden derartige Projekte über Leasing, Darlehen oder Contracting finanziert.





Finanzierungsmodelle für Energieeffizienz

Durch eine Verschärfung der Auslegung der Richtlinien und in Kraft treten von ESVG 2010 werden Finanzierungsmodelle nicht mehr im vollen Umfang von der Hinzurechnung zum Schuldenstand ausgenommen.

Um die Sanierungsrate im Bereich der öffentlichen Gebäude dennoch zu steigern, ist es erforderlich, entsprechend den europäischen Richtlinien, die unten angeführten Risiken auszulagern. Die neuen Finanzierungsmodelle sollen bei einem limitierten Eigenmitteleinsatz die Realisierung mehrerer Projekte gleichzeitig ermöglichen. Insbesondere bei Bauten aus den 1960er- und 1970er-Jahren gibt es große Einsparpotenziale, die es ermöglichen bei effizienter Sanierung die notwendigen Investitionen über langfristige Finanzierungsmodelle durch die erzielten Kosteneinsparungen aus dem laufenden Betrieb (größtenteils) zu decken.

Durch den Einsatz einer unabhängigen Zweckgesellschaft, die mit der öffentlichen Hand nicht im Zusammenhang steht, ist eine außerbudgetäre Modellgestaltung ohne Erhöhung des Maastricht-Schuldenstandes möglich.

Die Zweckgesellschaft mit den privaten Anteilseignern trägt gemeinsam mit den

Technologiepartnern die Haftung für den Erfolg der Maßnahmen und das komplette Risiko durch Übernahme der folgenden Einzelrisiken:

- Finanzierungsrisiko
- Einspar-/Effizienzerzielungsrisiko
- Errichtungsrisiko
- Verfügbarkeitsrisiko
- Betriebs- und Wartungsrisiko
- Eigentümmerrisiko

Im Gegensatz zu den klassischen PPP-Modellen (Public Private Partnership) wird die öffentliche Hand an der Zweckgesellschaft nicht beteiligt und ist nur über einen Dienstleistungs-/Nutzungsvertrag mit dieser Gesellschaft rechtlich gebunden.

Wesentliche Eckpunkte

Wesentlich für diese Finanzierungsmodelle ist eine vertragliche Ausgestaltung, die sowohl den Rechnungslegungsvorschriften für die öffentliche Hand und Unternehmer als auch den steuerlichen Rahmenbedingungen entspricht. Für erforderliche technische Vorleistungen können auch ELENA (European Local Energy Assistance) Fördermittel im Ausmaß von bis zu 5 Prozent der energierelevanten Kosten als nicht rückzahlbarer Zuschuss lukriert werden.

Im Umfeld dieser EU-Förderung gibt es bereits Projekte in den Bereichen Abwärmenutzung bei Kraftwerken und Industrie, Sanierung von Altenwohn- und Pflegeheimen, Schul- und Rathaussanierungen, öffentlicher Beleuchtung (Sanierung und LED-Umstellung) und Ökonomie (Photovoltaik und Biomasse-Nahwärmenetze).

Ein wichtiger Beitrag

Diese Energieeffizienzmodelle können einen essentiellen Beitrag für die ehrgeizigen Klimaschutzziele leisten und nachhaltig die Kosten für den Betrieb der Gebäude und Infrastruktur senken. Gleichzeitig sind weitere Benefits wie Umsetzung politischer Ziele, Komfortverbesserungen sowie eine Gebäudemodernisierung und eine Steigerung des Gebäudewertes erreichbar.

Mag. Gottfried Heneis, Geschäftsführer von Energy Changes Projektentwicklung GmbH

INFOS:

www.energy-changes.com
www.wrs.at
www.sportzentrum-zeltweg.at

Umsetzung der EU-Hochwasserrichtlinie in Österreich

Österreichs Umsetzung der EU-HWRL ist die konsequente Fortsetzung des mit der Aufarbeitung der massiven Hochwässer 2002 und 2005 eingeschlagenen Weges. Das Zusammenrücken der diversen Akteure im Hochwasserrisikomanagement, bereits seit Jahren ein erklärtes Ziel der Fachverwaltung in Bund und Ländern, erhält nun durch die EU-HWRL einen wasserrechtlichen Rahmen.

Für die Schutzwasserwirtschaft gilt es die vielschichtigen Kompetenzen in der Verwaltung auf Bundes- und Landesebene zu koordinieren und die Strukturen für die erforderliche Zusammenarbeit zu schaffen. Es wird versucht, Bewährtes in die neuen Planungsinstrumente einzubauen oder mit diesen sinnvoll zu verknüpfen. Die Richtlinie 2007/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken wird in drei Bearbeitungsschritten – zyklisch alle sechs Jahre – umgesetzt:

1. Vorläufige Bewertung des Hochwasserrisikos (PFRA) inklusive der Ausweisung von Gebieten mit potenziell signifikantem Hochwasserrisiko (APSFR / Risikogebiete) – 22.12.2011
2. Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten – 22.12.2013
3. Hochwasserrisikomanagementpläne – 22.12.2015

Der erste Schritt der Umsetzung, die Ausweisung von Risikogebieten, gibt die räumliche Abgrenzung der weiteren Bearbeitung vor. So sind die Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten sowie die Hochwasserrisikomanagementpläne für zumindest diese abgegrenzten Risikogebiete zu erstellen.

Fachliche Grundlagen zu Hochwassergefahrenkarten

Hochwassergefahrenkarten wurden für Szenarien niedriger (HQ300 oder Extremer-

eignis), mittlerer (HQ100) und hoher Wahrscheinlichkeit (HQ30) erstellt. Sie umfassen die Ausweisung von Überflutungsflächen, Wassertiefen und Fließgeschwindigkeiten und werden im Maßstab 1:25000 dargestellt. Es wurde versucht die Hochwassergefahrenkarten möglichst flächendeckend und auf Grundlage der genauesten vorhandenen Daten zu erstellen (Abflussuntersuchungen, Gefahrenzonenausweisungen, Gefahrenzonenpläne, Hochwasserrisikozonierung Austria - HORA). Die Datengüte (harte und weiche Daten) wurde durch eine unterschiedliche Darstellung der Karteninhalte (Farbgebung und Schraffur) ausgewiesen.

Die Überflutungsflächen, Wassertiefen und Fließgeschwindigkeiten werden dabei mit folgenden Informationen hinterlegt:

- Topographische Hintergrundkarte (1:50000)
- Verwaltungsgrenzen (politische Gemeinden)
- Gewässernetz (Berichtsgewässernetz)
- Kilometrierung
- Gebiete mit potenziell signifikantem Hochwasserrisiko (Gewässerstrecken)

Die wesentlichen Aussagen der Hochwasserrisikokarten – Zielgruppe ist in erster Linie die breite Öffentlichkeit – beziehen sich auf:

- die ungefähre Anzahl der potenziell betroffenen Bevölkerung
- die Art der wirtschaftlichen Tätigkeit im potenziell betroffenen Gebiet
- Anlagen, die im Falle der Überflutung umweltgefährdend wirken können
- Gebiete, in denen Hochwasser mit hohem Feststoffhaushalt oder murartigen Hochwasserereignisse auftreten können
- Informationen über potenzielle Verschmutzungsquellen

An Hand der Verschneidung - mittels Geographischen Informations System - von Hochwassergefahrenkarten (Überflutungsflächen) mit Daten zu den Schutzgütern

- Mensch (Gebäude- und Wohnungsregister): „Einwohner im Überflutungsgebiet pro Gemeinde“
- Umwelt

- Potenzielle Verschmutzungsquellen (Europäischer Schadstoff-freisetzungs- und -verbringungsregister, Industrieanlagen, Abfall- oder Abwasserentsorger, bedeutende Altlasten)
- Schutzgebiete Umwelt (Natura 2000 / Nationalpark, Badegewässer)
- Kulturerbe (Rand- und Kernzonen UNESCO Weltkulturerbe)
- wirtschaftliche Tätigkeit
 - Landnutzung (CORINE LAND COVER 2006): Landnutzungsklassen
 - NAVTEQ Daten (für Siedlungsgebiete in städtisch geprägten Flächen)
 - Infrastruktur (hochrangige und überregional bedeutsame Anlagen)
- hoher Feststoffgehalt oder murartige Ereignisse (Leitfaden Bemessungsereignisse – WLV und BWV)

wurden die Hochwasserrisikokarten erstellt, wobei die potenziell betroffenen Landnutzungsklassen in 5 Kategorien farblich hinterlegt wurden und die Anzahl der potenziell Betroffenen in 4 Kategorien untergliedert wurde.

Möglichkeiten zur Anwendung der Hochwassergefahren- und Hochwasserrisiko-Karten

Die genannten Kartenwerke werden der breiten Bevölkerung über ein Web-GIS zur Verfügung gestellt. Sie bilden die Grundlage zur Erstellung der Hochwasserrisikomanagementpläne (3. Schritt der Umsetzung der EU-Hochwasserrichtlinie), finden Anwendung als Planungsinstrument und leisten einen nennenswerten Beitrag zur Risikokommunikation. So können beispielsweise Gefahrenzonenplanungen basierend auf den Daten der Gefahrenkarten zu Wassertiefe und Fließgeschwindigkeit erstellt werden, wenn diese auf Basis von Abflussuntersuchungen nach dem Stand der Technik erstellt wurden. Dabei werden die beiden Detailinformationen zur „Hochwasserintensität“ zusammengefasst und an Hand der Darstellung von gelben und roten Zonen für die Öffentlichkeit verfügbar gemacht.

Die Darstellung von unterschiedlichen Landnutzungsklassen, sowie potenziell be-

Gebiete mit potenziellem signifikantem Hochwasserrisiko 2011

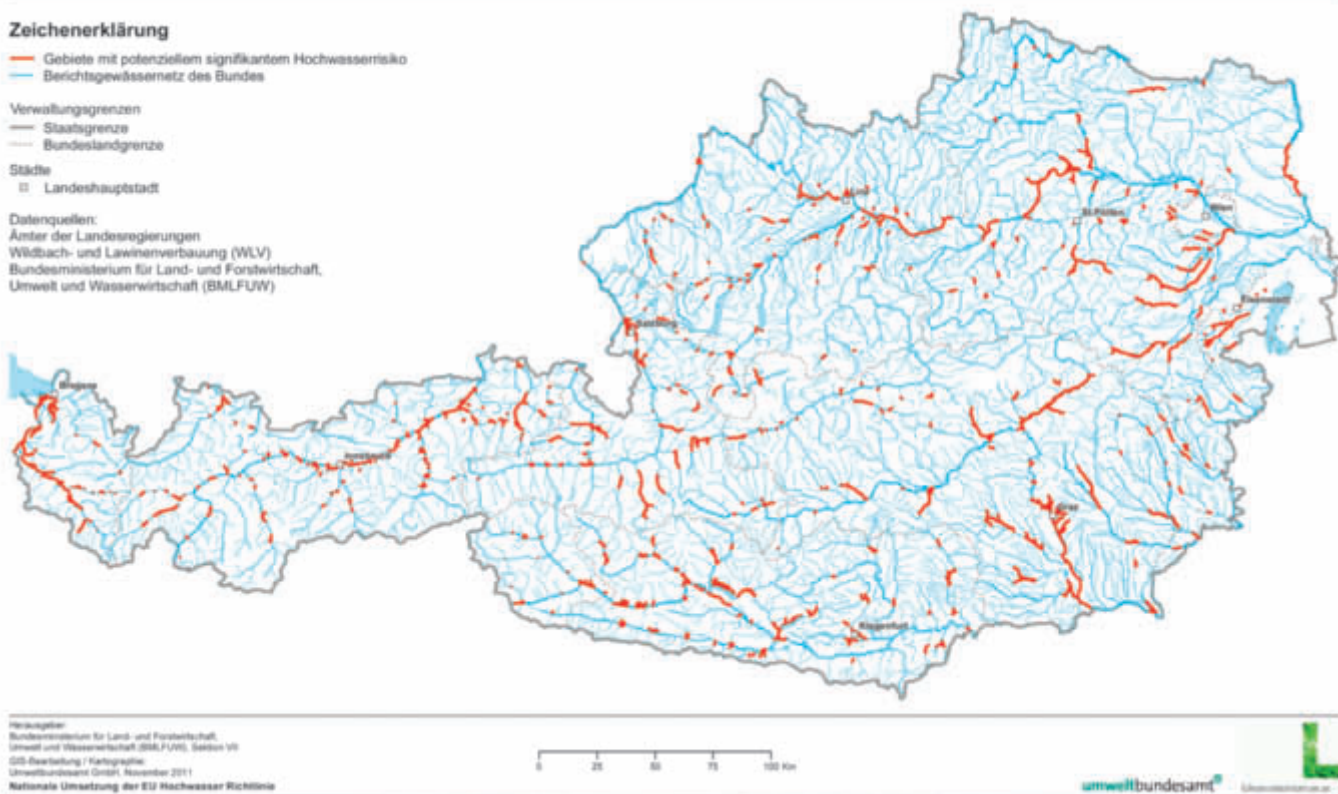
Zeichenerklärung

- Gebiete mit potenziellem signifikantem Hochwasserrisiko
- Berichtsgewässernetz des Bundes

- Verwaltungsgrenzen
- Staatsgrenze
- Bundeslandgrenze

- Städte
- Landeshauptstadt

Datenquellen:
 Ämter der Landesregierungen
 Wildbach- und Lawinenverbauung (WLIV)
 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft,
 Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW)



Ausweisung der Gebiete mit potenziell signifikantem Hochwasserrisiko 2011 (Weiterführende Information unter <http://wisa.bmlfuw.gv.at>)

troffenen Personen im Überflutungsgebiet trägt bei entsprechender Kommunikation gegenüber der Bevölkerung erheblich zur Bewusstseinsbildung bei. Dies ermöglicht somit hochwasserangepasste Nutzung im potenziell betroffenen Gebieten bzw. die Anpassung von bereits errichteten Gebäuden (Objektschutzmaßnahmen).

Handlungsbedarf ablesen

Die Schlussfolgerungen aus der vorläufigen Bewertung, sowie den Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten sind Bestandteil der Hochwasserrisikomanagementpläne. Sie zeigen somit den Handlungsbedarf auf, ermöglichen die Abschätzung von Maßnahmenwirkungen und dienen in weiterer Folge als Möglichkeit zur Erfolgsevaluierung. So kann man die für den nächsten Zyklus erstellten Kartenwerke mit den aktuellen verschneiden und Aussagen zur Risikoreduktion treffen (geschützte Personen, Reduktion von Flächenanteilen mit unterschiedlicher Landnutzung). Richtlinienkonform fand eine erste Einbindung relevanter Stakeholder auf Bundesebene statt, in dem die vorläufigen Ergebnisse, sowie die geplante Vorgehensweise (dabei speziell die von Seiten der Länder geplante Einbindung der Gemeinden im Rahmen der Erstellung des Hochwasserrisi-

komanagementplans) an Vertreter des Gemeinde- und Städtebundes beim „Runden Tisch Wasser“ kommuniziert wurde.

Ausblick Hochwasserrisikomanagementplan

Mit dem dritten Umsetzungsschritt der EU-HWRL, der Erstellung des Hochwasserrisikomanagementplans bis 22.12.2015 (der Entwurf des Hochwasserrisikomanagementplans kann heruntergeladen werden, bis 21.07.2015 können dazu Stellungnahmen abgegeben werden), sollen folgende Zielsetzungen erreicht werden:

- Der Hochwasserrisikomanagementplan (RMP) soll als strategisches Planungsinstrument etabliert werden (aufbauend auf der „Vorläufigen Bewertung des Hochwasserrisikos (PFRA) und der Ausweisung von Gebieten mit potenziell signifikantem Hochwasserrisiko (APSFR)“ sowie den „Hochwassergefahrenkarten (GK) und Hochwasserrisikokarten (RK)“).
- Der RMP soll einen Überblick über bereits gesetzte Maßnahmen bieten, sowie unmittelbaren Handlungsbedarf in unterschiedlichen Fachbereichen, unter Anwendung eines interdisziplinären Ansatzes gemäß dem Risiko-

kreislauf, darstellen. Die Darstellung der Maßnahmen zur Erreichung der angemessenen Ziele soll enthalten:

- eine Dokumentation von bereits gesetzten Maßnahmen
- eine Darstellung von in Vorbereitung („angedachten“) oder in Planung befindlichen Maßnahmen
- die Ersichtlichmachung einer breiten Palette von Maßnahmentypen zur Hochwasserrisikoreduktion aus einzelnen Fachbereichen
- die Darstellung von Wirkungsbereichen der Risikoreduktion
- die Ableitung einer Priorität und Rangfolge im Rahmen der Umsetzung
- Es soll die interdisziplinäre Zusammenarbeit gestärkt werden und ein abgestimmter und koordinierter Planungs- und Umsetzungsprozessen mit dem Ziel der Hochwasserrisikoreduktion, unter aktiver Einbindung aller Beteiligten, gewährleistet werden.

Clemens Neuhold

Abteilung IV/6: Schutzwasserwirtschaft
 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

INFOS: <http://wisa.bmlfuw.gv.at>



Stadt spüren!



STADTMENSCHEN. WIE PLÄTZE UND STRASSEN BIOGRAFIEN PRÄGEN.

40 Porträts fotografiert von Lukas Beck.
Herausgegeben von Saskia Schwaiger
168 Seiten, 200 Abbildungen, 28,5 x 25
cm. ISBN 978-3-7117-2024-5

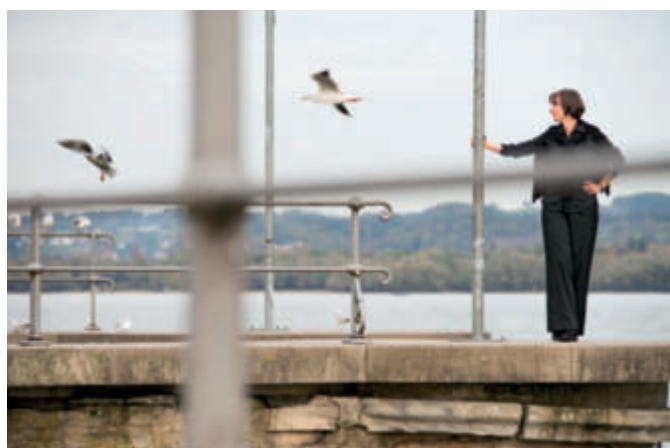
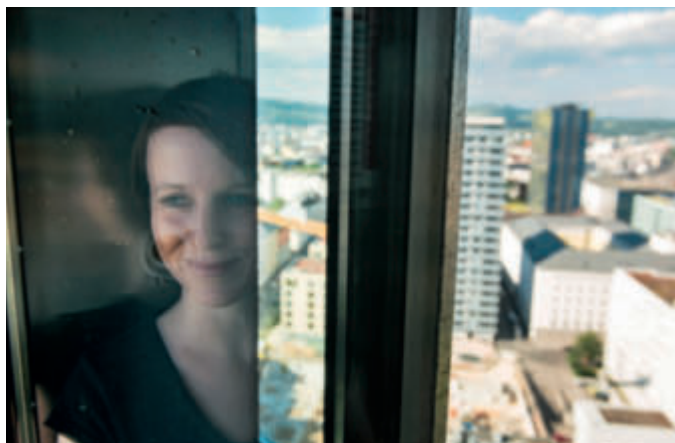
Mit Porträts von Bernhard Aichner · Alfredo Barsuglia · Hilde Dalik · Johanna Doderer · Elfenkleid · Milena Michiko Flašar · Olga Flor · Franzobel · Karl-Markus Gauß · Thomas Glavinic · Egid Gstättnner · Josef Hader · Amina Handke · Monika Helfer · Margarita Kinstner · Zenita Komad · Sabine Ladstätter · March Gut · Stefan Marte · Eva Menasse · Ernst Molden · Julia Moretti · Petra Morzé · Christian Muthspiel · Willi Resetarits · Kathrin Röggla · Stella Rollig · Manuel Rubey · Valerie Sajdik · Hans Schabus · Renée Schroeder · Stefan Schweiger · Elisabeth Sobotka · Fatima Spar · Thomas Stipsits · Ursula Strauss · Anika Vavi · Erwin Wagenhofer · Mella Waldstein · Anna Weidenholzer

In einem neuen Buch erzählen vierzig KünstlerInnen über vierzig verschiedene Orte in Österreich. Ein Projekt anlässlich 100 Jahre Österreichischer Städtebund.

„Jeder wächst in einem Dorf auf, auch wenn er in der Großstadt geboren wurde, denn als Kind erweitert man nur langsam den Radius: Zimmer, Haus, Gasse, Viertel ...“, beschreibt Eva Menasse, die mittlerweile als Autorin in Berlin lebt, ihre Kindheit in der Wiener Löwengasse. Für das Buch sind die AutorInnen und KünstlerInnen an ihre Lieblingsplätze zurückgekehrt und haben Spurensuche betrieben:

SchauspielerIn Hilde Dalik durchstreift barfuß die Perchtoldsdorfer Weinberge, Autorin Milena Michiko Flašar erinnert sich an ihre Schneckenbegräbnisse nahe der Traisen in St. Pölten, Filmemacher Erwin Wagenhofer fährt noch einmal seinen

Schulweg von Amstetten nach Waidhofen an der Ybbs, Musiker Willi Resetarits besucht die Original-Schauplätze des Ostbahnkurti in der Wiener Reindorfgrasse. Musiker und Autor Ernst Molden zeigt in den Donauauen, wie man Frösche fängt, Molekularbiologin Renée Schroeder, die in Südamerika aufgewachsen ist und in Paris und New York gelebt hat, radelt mit uns abends bei Wind und 16 Grad in die Wiener Kuchelau, zu einem Seitenarm der Donau, und schwimmt ihre Längen. Die SchauspielerIn Ursula Strauss geht mit uns ins Schmetterlingshaus und Josef Hader besucht noch einmal das Stiftsgymnasium Melk.



Fotos: Lukas Beck

Molekularbiologin Renée Schroeder in der Kuchelau/Wien,
 Autorin Anna Weidenholzer in Linz, Musiker Christian
 Muthspiel in Graz, Schauspieler Thomas Stipsits im
 Südburgenland und Festivalleiterin Elisabeth Sobotka
 in Bregenz (von links): Stadt als Dreh- und Angelpunkt

Gemeinsame Erfolge

Universität, Kontakte, Theaterbühnen ... die Stadt versinnbildlicht die Hoffnung auf eine Laufbahn als KünstlerIn oder Wissenschaftlerin, auf Karriere und Freiheit im Kopf. Für fast alle gilt: der Enge des Dorfes entkommen, der Beobachtung und Kontrolle durch die Nachbarn, des strengen Lehrers oder der eigenen Eltern. Stadt – das ist die Hoffnung, eine neue Gemeinschaft von Gleichgesinnten zu finden, einen Ort, wo man aufgehoben ist und gleichzeitig anonym sein kann, wenn einem danach ist. Am Beginn dieses Buches ist die Frage gestanden, ob tatsächlich das neue Biedermeier Einzug gehalten hat: Hochglanzmagazine über das schöne Landleben boomen,

und in Umfragen geben junge Menschen mehrheitlich an, am liebsten auf dem Land leben zu wollen. So stellt beispielsweise das deutsche Allensbach-Institut seit 1956 die Frage: „Wo haben die Menschen Ihrer Ansicht nach ganz allgemein mehr vom Leben: auf dem Land oder in der Stadt?“ Während noch in den fünfziger Jahren zwei Drittel der Stadt den Vorzug gaben, ist das heute nur mehr jede und jeder fünfte. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ beschreibt dieses Phänomen als die Sehnsucht der Städter nach dem Land, die im Widerspruch stehe zur Realität: Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in Städten, in Österreich sind es bereits zwei Drittel, und der Zuzug hält weiter an. Wie

passt das zusammen? Der 100. Geburtstag des Österreichischen Städtebunds war der Anlass, österreichische KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen danach zu fragen, welche Rolle „Stadt“ in ihrem Leben spielt. Vierzehn Autorinnen und Autoren haben selbst Beiträge verfasst, andere Kunstschaffende und WissenschaftlerInnen wurden an ihren Lieblingsorten befragt und fotografiert. Herausgekommen sind vierzig vielfältige Porträts an vierzig verschiedenen städtischen Orten in Österreich.

Das Buch wird für die TeilnehmerInnen beim 65. Städtetag in Wien gratis zur Verfügung gestellt. Sollten Sie kein Exemplar bekommen haben, fordern Sie hier ihr Buch an: post@staedtebund.gv.at

Die novellierte PSI-Richtlinie und ihre Auswirkungen auf die kommunale Praxis

Mit der Richtlinie 2013/37/EU wurde die PSI-Richtlinie überarbeitet. Welcher Novellierungsbedarf sich aus der Umsetzungsverpflichtung der novellierten PSI-Richtlinie für den nationalen Gesetzgeber ergibt und welche Auswirkungen damit für die kommunale Praxis einhergehen werden, wird an Hand des Steiermärkischen Dokumenten-Weiterverwendungsgesetzes aufgezeigt.

Die PSI-Richtlinie (Public Sector Information-Richtlinie) steckt den rechtlichen Rahmen für die Weiterverwendung staatlicher Informationsbestände ab; ihre Stoßrichtung ist – obwohl die Richtlinie idZ von „Nutzung für kommerzielle oder nicht kommerzielle Zwecke“ spricht –

eindeutig wirtschaftlicher Natur. Mit der Richtlinie 2013/37/EU wurde die PSI-Richtlinie überarbeitet und an die technischen Entwicklungen der letzten Jahre sowie an die Zielsetzungen der Open-Data-Politik angepasst.¹ Die neugefasste PSI-Richtlinie ist von den Mitgliedstaaten bis zum 18.7.2015 umzusetzen, was eine Novellierung der nationalen Informationsweiterverwendungsgesetze nach sich zieht.

Zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung hat die Europäische Kommission Leitlinien erarbeitet, die Empfehlungen für Standardlizenzen, Datensätze und die Gebührenerhebung enthalten.²

Welcher Novellierungsbedarf sich aus der Umsetzungsverpflichtung der neugefass-

ten PSI-Richtlinie für den österreichischen Gesetzgeber ergibt und welche Auswirkungen damit für die kommunale Praxis einhergehen werden, wird an Hand des Steiermärkischen Dokumenten-Weiterverwendungsgesetzes – StDWG³ aufgezeigt.

Das StDWG und dessen Novellierungsbedarf

• Geltungsbereich

Das StDWG gilt (nur) für solche Dokumente, die sich im Besitz einer öffentlichen Stelle befinden und von dieser auf Grund eines öffentlichen Auftrags erstellt worden sind. Daran wird sich auch zukünftig nichts ändern. Allerdings lässt die novellierte PSI-Richtlinie einen Schwerpunkt in Richtung elektronischer (digita-



ler) Dokumente erkennen, obwohl sich PSI grundsätzlich auf alle Dokumentenarten bezieht.

• **Ausnahmen vom Geltungsbereich – Novellierungsbedarf**

Bestimmte Dokumente sind vom Geltungsbereich des StDWG ausgenommen. Das sind jedenfalls solche, die nicht im öffentlichen Auftrag erstellt worden sind (s oben) sowie Dokumente, die nicht zugänglich sind bzw. nur bei Nachweis eines besonderen Interesses zugänglich sind; ferner Dokumente, die durch das geistige Eigentum Dritter oder durch gewerbliche Schutzrechte geschützt sind. Diesbezüglich gibt es keinen Änderungsbedarf.

Daneben sind auch Dokumente, die im Besitz von Bildungs- und Forschungseinrichtungen (wie Schulen, Hochschulen, Bibliotheken, Archive) oder kulturellen Einrichtungen (insb. Museen, Orchester, Opern und Theater) stehen, vom Anwendungsbereich des Gesetzes ausgenommen. Diesbezüglich besteht allerdings Novellierungsbedarf, da die überarbeitete PSI-Richtlinie den Anwendungsbereich von PSI auf Bibliotheken (einschließlich Universitätsbibliotheken), Archive und Museen ausweitet. Die PSI-Richtlinie gilt jedoch (weiterhin) nicht für andere Kultureinrichtungen wie Opern, Ballette oder Theater und die ihnen zugehörigen Archive.

Neu ist ferner die Nichtanwendbarkeit der PSI-Richtlinie auf Dokumententeile, die lediglich Logos, Wappen und Insignien enthalten. Diesbezüglich besteht daher auch Novellierungsbedarf.

• **Das StDWG ist nur anzuwenden, wenn das Dokument weiterverwendet wird**

Das bleibt auch zukünftig so. Das Generieren, also das Erzeugen eines „Mehrwerts“ aus den zur Verfügung gestellten Basisdokumenten ist und bleibt eine zentrale Voraussetzung für die Anwendung dieses Gesetzes.

• **Das StDWG begründet kein eigenständiges Zugangsrecht zu Dokumenten**

Auch daran ändert sich weiterhin nichts. Denn das StDWG regelt allein die Weiterverwendung von staatlichen Informa-

tionsbeständen und lässt „alle Rechtvorschriften unberührt, die den Zugang zu Dokumenten öffentlicher Stellen regeln“. Mitzudenken ist idZ allerdings die geplante Verfassungs-Novelle zur Informationsfreiheit, die einen freien Zugang zu öffentlichen Informationen mit sich bringen soll.⁴

• **Das StDWG begründet keine Verpflichtung zur Bereitstellung von Dokumenten – Novellierungsbedarf**

Die Entscheidung, ob ein Dokument allgemein zur Verfügung gestellt und dessen Weiterverwendung genehmigt wird, ist (derzeit) Sache der betroffenen öffentlichen Stelle. Das wird zukünftig jedenfalls anders sein, denn die novellierte PSI-Richtlinie enthält die ausdrückliche Verpflichtung „alle Dokumente weiterverwendbar zu machen“. Dh: Künftig fällt die Gestattung der Weiterverwendung eines Dokuments nicht mehr in das Ermessen der öffentlichen Stelle, sondern die öffentlichen Stellen haben alle Dokumente, die allgemein zugänglich sind (und die unter den Anwendungsbereich der PSI-Richtlinie fallen) für eine Weiterverwendung bereitzustellen. Ein Genehmigungsvorbehalt besteht nur für Dokumente, an denen Bibliotheken/Museen/Archive Rechte des geistigen Inhalts innehaben. Das geplante verfassungsgesetzlich gewährleistete Zugangsrecht zu öffentlichen Informationen wird in Kombination mit der novellierten PSI-Richtlinie und ihrer Umsetzung zur Folge haben, dass öffentlich zugänglich gemachte Informationen grundsätzlich (auf Antrag) auch weiterverwendet werden können.

• **Liegen die genannten Voraussetzungen vor, ist das StDWG anzuwenden**

Die öffentliche Stelle darf diesfalls für die Bereitstellung von Dokumenten Gebühren verlangen und Nutzungsbedingungen festlegen, wobei für „vergleichbare Kategorien“ von Dokumenten gleiche Gebühren und Bedingungen vereinbart werden müssen. Im Detail:

Recht Gebühren zu verlangen – Novellierungsbedarf

Die öffentlichen Stellen können (derzeit) für die Bereitstellung von Dokumenten

vollen Kostenersatz verlangen. Dies wird zukünftig jedenfalls anders sein, denn die novellierte PSI-Richtlinie beschränkt die Möglichkeit der Gebührenerhebung. Öffentliche Stellen dürfen in Zukunft Gebühren grundsätzlich nur noch bis zur Höhe der durch die Reproduktion, Bereitstellung und Weiterverbreitung verursachten Grenzkosten (= Zusatzkosten) verlangen (für Ausnahmefälle soll der bisherige Vollkostenersatz allerdings bestehen bleiben).

Überdies sind die Gebührenfestsetzungen transparenter zu gestalten: Standardgebühren sind (wie bisher) im Voraus festzulegen und (wenn möglich) im Internet zu veröffentlichen – zukünftig allerdings einschließlich ihrer Berechnungsgrundlagen. Für Gebühren, die keine Standardgebühren darstellen, ist bereits im Voraus bekanntzugeben, welche Faktoren bei der Berechnung dieser Gebühren berücksichtigt wurden. Die Beweislast bei Streitigkeiten darüber, ob die Gebühren kostenorientiert sind, liegt (weiterhin) beim Beschwerdeführer.⁵

Recht Nutzungsbedingungen festzulegen

Die öffentlichen Stellen können (derzeit) die Weiterverwendung des Dokuments an Nutzungsbedingungen (Lizenzen) knüpfen. Standardlizenzen sind im Voraus festzulegen und (wenn möglich) im Internet zu veröffentlichen; die Standardlizenzen müssen in digitaler Form zu Verfügung stehen und elektronisch bearbeitet werden können. Das wird auch künftig in dieser Form möglich sein. Die Europäische Kommission empfiehlt idZ in ihren Leitlinien die Verwendung „offener Lizenzen“, die im Internet frei verfügbar sind (wie zB die verschiedenen Creative-Commons-Lizenzen), da diese die Weiterverwendung von Daten erleichtern können, ohne dass dafür eigene Lizenzen ausgearbeitet werden müssten.

Recht ausnahmsweise Exklusivrechte zu vergeben

Exklusivrechte (Ausschließlichkeitsvereinbarungen) sind nur ausnahmsweise zulässig, und zwar dann, wenn die Bereitstellung des Dienstes im „öffentlichen Interesse“ liegt. Die Voraussetzungen dafür sind mindestens alle drei Jahre zu überprüfen. Dies wird auch zukünftig in die-

ser Form möglich sein. Für die Digitalisierung von Kulturbeständen (die ja bis dato vom Anwendungsbereich der PSI-Richtlinie ausgenommen waren) sind allerdings besondere Exklusivrechte vorgesehen, die grundsätzlich für zehn Jahre gewährt werden können.

• **Das StDWG enthält Regelungen in Bezug auf technische Vorkehrungen – Novellierungsbedarf**

Das StDWG enthält ferner Vorgaben hinsichtlich „verfügbarer (Dokumenten-) Formate“ und „praktischer Vorkehrungen“, die die Dokumentensuche erleichtern sollen. Die Dokumente sind (derzeit) von den öffentlichen Stellen in jedem vorhandenen Format und in jeder vorhandenen Sprache bereitzustellen, wenn möglich und sinnvoll in elektronischer Form. Der Dokumentensuche sollen insb. Veröffentlichungen von Listen und Verzeichnissen der wichtigsten Dokumente dienen. Diesbezüglich besteht allerdings Novellierungsbedarf. Denn die überarbeitete PSI-Richtlinie enthält neue Vorgaben sowohl hinsichtlich der „verfügbaren Formate“ als auch der „praktischen Vorkehrungen“. Öffentliche Stellen haben zukünftig die Dokumente in jedem vorhandenen Format und in jeder vorhandenen Sprache und soweit möglich und sinnvoll in einem offenen und maschinenlesbaren Format mitsamt den zugehörigen Metadaten zur Verfügung zu stellen. Sowohl die Formate als auch die Metadaten sollten dabei formellen, offenen Standards entsprechen. Bereits die PSI-Richtlinie in ihrer Stammfassung forderte idZ die Errichtung von online verfügbaren Bestandslisten der wichtigsten Dokumente und Internet-Portale, die mit dezentralen Bestandslisten sämtlicher öffentlicher Stellen verbunden sind – und ging damit bereits einen ersten Schritt in Richtung des Aufbaues einer länderübergreifenden nutzbaren Dateninfrastruktur. Die novellierte PSI-Richtlinie erweitert dies auf die zugehörigen Metadaten. Die öffentliche Stelle ist aber auch zukünftig nicht verpflichtet, bestimmte Dokumente weiterhin zu erstellen (erzeugen) bzw. vorhandene Dokumente laufend zu aktualisieren.

• **Das StDWG enthält Regelungen über die Bearbeitung von Anträgen und Rechtsschutzbestimmungen**

Dazu soll zusammenfassend festgehalten werden: Möchte ein Unternehmen/eine Privatperson Dokumente einer öffentlichen Stelle weiterverwenden, so muss es/sie grundsätzlich einen entsprechenden Antrag bei der öffentlichen Stelle stellen.⁶ Die diesbezüglichen Regelungen im StDWG lehnen sich an die im Bereich der Auskunftspflicht und Umweltinformation bestehenden verfahrensrechtlichen Regelungen an. Sie sehen daher (in einem ersten Schritt) ein relativ formloses Antragsverfahren vor. Im Falle einer ablehnenden Mitteilung kann dann (in einem zweiten Verfahrensschritt) ein Beschwerde verlangt werden, gegen den Rechtsschutz vor dem Landesverwaltungsgericht Steiermark besteht. Diesbezüglich besteht kein Novellierungsbedarf. Die PSI-Richtlinie gibt in ihrer Stammfassung (nur) vor, dass gegen ablehnende behördliche Entscheidungen ein „Rechtsbehelf“ vorzusehen ist. Die novellierte PSI-Richtlinie ergänzt dies um den Hinweis, dass dazu die Möglichkeit der Überprüfung durch eine unabhängige Stelle, die mit Fachkenntnissen ausgestattet ist und deren Entscheidungen für die betreffende öffentliche Stelle bindend sind, gehört. Dies entspricht der geltenden österreichischen Rechtslage, wonach – auf Landesebene – zur Überprüfung von Bescheiden öffentlicher Stellen die Landesverwaltungsgerichte angerufen werden können.⁷

Auswirkungen der novellierten PSI-Richtlinie auf die kommunale Praxis

Die Auswirkungen der novellierten PSI-Richtlinie auf die kommunale Vollzugspraxis lassen sich daher wie folgt zusammenfassen:

- Die Gemeinden und Gemeindeverbände, als öffentliche Stellen iSd PSI-Richtlinie, trifft zukünftig die Pflicht, die in ihrem Besitz befindlichen allgemein zugänglichen (und unter den Anwendungsbereich der PSI-Richtlinie fallenden) Dokumente für eine Weiterverwendung bereitzustellen (kein Entscheidungsermessen mehr). Die öffent-

lichen Stellen sind aber auch zukünftig nicht dazu verpflichtet, „die Erstellung und Speicherung bestimmter Arten von Dokumenten fortzusetzen.“

- Bei der Gebührengestaltung sind sie zukünftig durch Einführung des Grenzkostenprinzips wesentlich eingeschränkt; der bisherige Vollkostensatz bleibt nur mehr für Ausnahmefälle bestehen. Bezüglich der Gebührenfestsetzung sind weitere Transparenzvorgaben zu beachten. Die Beweislast bei Streitigkeiten darüber, ob die Gebühren kostenorientiert sind, liegt (weiterhin) beim Beschwerdeführer.
- Die Dokumente sind zukünftig soweit (technisch) möglich und (ökonomisch) sinnvoll in maschinenlesbarer Form zusammen mit den Metadaten bereitzustellen. „Praktische Vorkehrungen“ zur Erleichterung der Dokumentensuche stellen jedenfalls (auch) die bestehenden OGD Portale mit ihren Datenkatalogen dar.
- Bezüglich der Lizenzgestaltung bleibt die Rechtslage im Wesentlichen bestehen.
- Auch bezüglich des Verfahrens zur Durchsetzbarkeit des Weiterverwendungsrechts ergibt sich kein Novellierungsbedarf.

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Beatrice Sommerauer
Assistentin am Institut für Österreichisches,
Europäisches und Vergleichendes Öffentliches
Recht, Politikwissenschaft und Verwaltungs-
lehre der Karl-Franzens-Universität Graz

1) ABl 2013 L 175/1.

2) ABl 2014 C 240/1.

3) LGBl 46/2007 idF 87/2013.

4) S den Ministerialentwurf 19/ME XXV/GP. Die neue Rechtslage soll mit 1.1.2016 in Kraft treten.

5) Dies stellt eine Änderung gegenüber dem Richtlinienentwurf dar, der noch eine Beweislastumkehr vorsah (die Beweislast für die Rechtmäßigkeit der Gebühren sollte bei der öffentlichen Stelle liegen).

6) Ein Antrag auf Weiterverwendung ist nur dann nicht erforderlich, wenn das (nicht gemeinfreie) Dokument allgemein zugänglich ist (zB durch Veröffentlichung im Internet) und die öffentliche Stelle durch einen entsprechenden Hinweis bei dem veröffentlichten Dokument oder generell auf der Homepage eine Weiterverwendung ausdrücklich gestattet.

7) Bezüglich des Rechtsschutzes gehen das Informationsweiterverwendungsgesetz des Bundes und die Informationsweiterverwendungsgesetze der Länder unterschiedliche Wege. Streitigkeiten bezüglich Bundesdaten sind in einem zivilgerichtlichen Verfahren (mit der Option vorher eine Schlichtungsstelle anzurufen) auszutragen, Streitigkeiten bezüglich Landesdaten sind in einem Verwaltungsverfahren abzuwickeln.

Walk21 Vienna: Zu-Fuss in Wien

Wien wird Hauptstadt der FußgängerInnen: Mit dem „Jahr des Zu-Fuß-Gehens“ steht Wien heuer ganz im Zeichen dieser Art der Fortbewegung. Ein Highlight: Mit der Walk21 Vienna findet die weltgrößte Fachkonferenz zum Fußverkehr von 20. bis 23. Oktober im Wiener Rathaus statt.



Der Stadt Wien ist es ein besonderes Anliegen nachhaltige Mobilität zu fördern. Zu-Fuß-Gehen ist gesund, stärkt den Handel, steigert das Sicherheitsgefühl und unterstützt soziale Interaktion und Kommunikation. Durch die aktuelle Kampagne „2015 Jahr des Zu-Fuß-Gehens“ sollen alle Wienerinnen und Wiener dazu angeregt werden, ihre Wege vermehrt zu Fuß zurückzulegen.

Die Walk21 Konferenz als Impuls

Das „Jahr des Zu-Fuß-Gehens“ sowie die Walk21 Vienna sind zentrale Bausteine für die Umsetzung der verkehrspolitischen Ziele der Wiener Stadtregierung. Diese sind im Mobilitätskonzept des neuen Stadtentwicklungsplans STEP 2025 und in der Smart City Rahmenstrategie festgeschrieben.

Während der Walk21 Konferenz werden bis zu 1000 ExpertInnen aus aller Welt internationales Knowhow nach Wien bringen und Wissen sowie gute Beispiele aus Wien und ganz Österreich mitnehmen. Damit werden Impulse zur Stärkung des Fußverkehrs in Wien, in Österreich und verschiedensten Teilen der Welt gesetzt.

Die Walk21 Konferenzreihe

Die Walk21 ist eine internationale Konferenzreihe mit dem Ziel, den Fußverkehr verstärkt im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu verankern. Die Veranstaltungen reflektieren das wachsende Interesse von politischen EntscheidungsträgerInnen, WissenschaftlerInnen, InteressenvertreterInnen und ExpertInnen am Fußverkehr.

Walk21-Konferenzen:

- sind eine internationale Plattform für inklusiven Dialog
- unterstreichen die Bedeutung des Fußverkehrs für politische und strategische Ebenen
- machen Forschungsergebnisse, Beispiele für gelungene Kampagnen sowie erfolgreiche und kreative Projekte sichtbar.
- zeigen den Bedarf für weiterführende Forschung und Vernetzung auf.

Walk21 Vienna – stepping ahead

Die Walk21 Konferenz findet 2015 in Wien statt und bietet Raum für die umfassende Diskussion von Strategien zur Förderung des Fußverkehrs. Mit dem Motto „stepping ahead“ beinhaltet die Konferenz folgende Schwerpunkte:

- Öffentlicher Raum – Walking towards new public spaces
- Lebensqualität und Resilienz – Walking towards resilient cities
- Sicherheit und Gesundheit – Walking towards safety and health
- Einander begegnen – Walking together

Highlights der Walk21 Konferenz

Exzellente Plenarvorträge internationaler und nationaler ExpertInnen geben der Konferenz den richtigen Rahmen. Es sprechen unter anderem:

- Andrá Ruppachter – Bundesminister für Land-, Forst-, Umwelt- und Wasserwirtschaft
- Maria Vassilakou – Vizebürgermeisterin der Stadt Wien
- Mick Cornett – Bürgermeister von Oklahoma City
- Charles Montgomery – Autor „The Happy City“
- Petra Jens – Beauftragte für Zu-Fuß-Gehende, Stadt Wien

Das Programm der Walk21 Vienna wurde aus mehr als 400 eingereichten Abstracts zusammengestellt und beinhaltet Beiträge von ExpertInnen aus aller Welt. Die Konferenz bietet verschiedene dynamische Formate, welche die Zusammenarbeit fördern, neues Wissen teilen und Peer-to-Peer-Lernen unterstützen.

Walkshops und Urban Laboratories

Insgesamt 34 Walkshops und Urban Laboratories bieten am 20. und am 23. Oktober die Gelegenheit, die Konferenzstadt Wien näher kennenzulernen. Die Walkshops und Urban Laboratories werden von lokalen und internationalen ExpertInnen umgesetzt. Sie sind schon im Vorfeld online auf der Veranstaltungswebsite einsehbar und die Anmeldung dazu ist bereits jetzt möglich.

Walking Visionaries Awards – Neue Ideen für lebenswerte Städte

Im Rahmen der Walk21 Konferenz wurden die Walking Visionaries Awards ausgetragen. Die Initiative machte Ideen, Visionen und Projekte aus der ganzen Welt sichtbar. Die Einreichungen verfolgen das Ziel, das Zufußgehen als Teil einer lebenswerten Stadt der Zukunft zu fördern. Angesprochen wurden vor allem junge Initiativen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Kunst, Planung und Design, die sich mit Zufußgehen als Teil der Stadt der Zukunft auseinandersetzen.

30 PreisträgerInnen werden auf der Walk21 Vienna ihre Ideen mit den KonferenzteilnehmerInnen teilen. Alle eingereichten Projekte sowie die ausgezeichneten GewinnerInnen sind auf der Webseite der Awards einsehbar.

INFOS: www.walk21vienna.com

Nützen sie das „Early Bird“ Angebot!

Bis zum 14. August ist eine Anmeldung zum vergünstigten „Early Bird“ Tarif möglich. Machen Sie sich auf den Weg nach Wien!

Ertragsanteilsvorschüsse für Mai 2015

(Beträge in 1.000 EURO)

a) Berechnungsbasis für die Vorschüsse an gemeinschaftlichen Bundesabgaben (GBA)

	Ertrag für 05/2015 ¹⁾	Veränderung ggü. 05/2014	Ertrag für 01-05/2015	Veränderung ggü. 01-05/2014
	in 1.000 EURO	in %	in 1.000 EURO	in %
GBA mit einheitlichem Schlüssel	5.304.474	7,7%	31.665.476	0,8%
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	-401.232		1.159.482	1,0%
Lohnsteuer	2.112.461	3,9%	11.648.646	4,3%
Körperschaftsteuer	-41.996		2.876.389	4,6%
Umsatzsteuer	2.061.525	2,3%	11.091.568	2,1%
Mineralölsteuer	429.548	4,9%	1.657.933	0,7%
Abgeltungssteuern Schweiz	-48	-101,2%	19	-100,0%
Abgeltungssteuern Liechtenstein	-58		614	
GBA mit speziellen Schlüsseln	165.052	6,2%	842.725	5,8%
davon:				
Bodenwertabgabe	-7	-106,9%	2.743	-1,4%
Werbeabgabe	12.102	61,7%	53.153	8,9%
Grunderwerbsteuer	77.985	4,4%	389.212	8,5%
GBA gesamt	5.469.527	7,7%	32.110.584	0,9%

¹⁾ i.d.R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats

b) Gemeindeertragsanteile

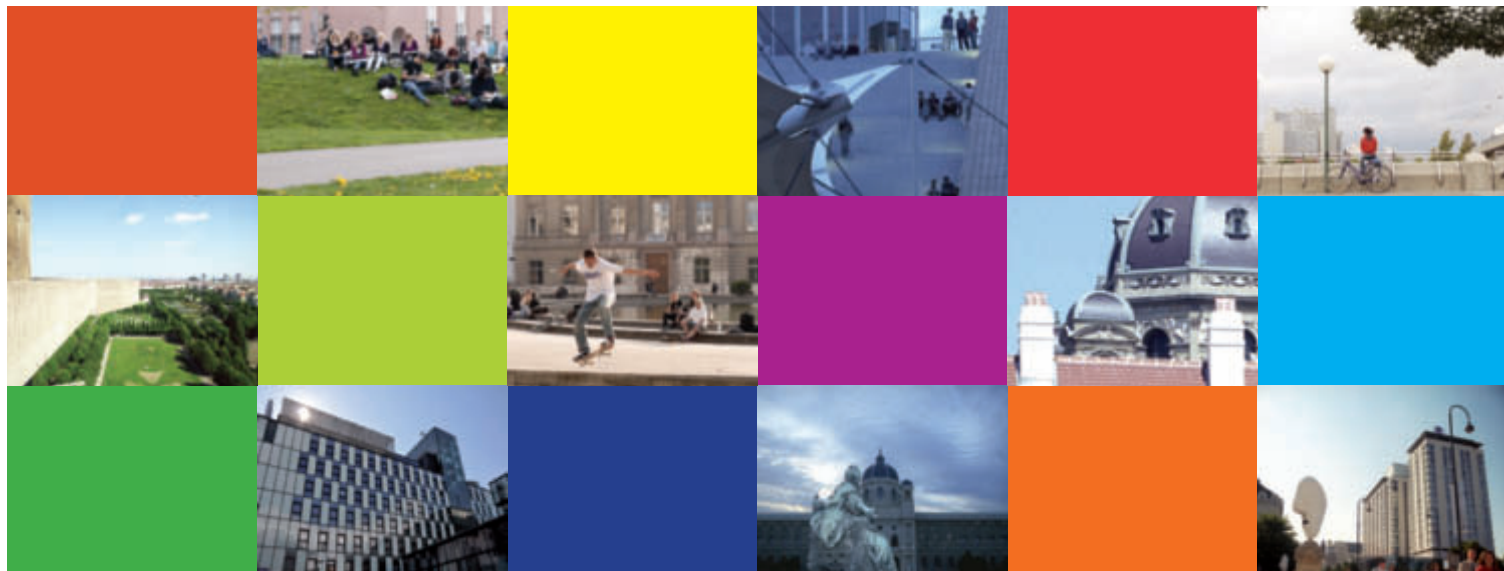
	Vorschuss für 05/2015	Veränderung ggü. 05/2014	Vorschuss für 01-05/2015	Veränderung ggü. 01-05/2014
	in 1.000 EURO	in %	in 1.000 EURO	in %
Burgenland	16.686	6,0%	101.515	2,9%
Kärnten	40.907	7,5%	244.975	3,3%
Niederösterreich	107.729	7,8%	657.159	4,2%
Oberösterreich	103.408	7,5%	625.888	4,2%
Salzburg	43.904	3,8%	270.819	2,9%
Steiermark	81.746	3,9%	501.183	3,6%
Tirol	58.232	7,3%	345.339	3,9%
Vorarlberg	31.656	10,6%	187.306	6,6%
Wien	170.339	8,1%	1.045.582	4,6%
Summe	654.607	7,1%	3.979.766	4,1%



100 Jahre
Österreichischer
Städtebund

www.staedtebund.gv.at

Wir verbinden Städte!



Der Österreichische Städtebund verbindet rund 250 Städte und Gemeinden in ganz Österreich. In unseren Mitgliedsgemeinden leben mehr als vier Millionen Menschen. Städte setzen Impulse und gestalten das Leben vieler Menschen, sie bieten Freiraum und Vielfalt, die auch international sehr geschätzt wird. Stadtregionen sind wirtschaftliche Eckpfeiler des Landes, denn sie investieren intensiv in den Ausbau ihrer Infrastruktur, davon profitieren auch die umliegenden Gemeinden. Die Lebensqualität in unseren Städten ist enorm hoch, seien es der Öffentliche Verkehr, qualifizierte Arbeitsplätze, Kinderbetreuung, die Vollzeitarbeit ermöglicht, Betreuungsdienste für Senioren, Kultureinrichtungen, eine serviceorientierte Abfallentsorgung und viele weitere Angebote.

Wir sind Impulsgeber

Österreichs Städte und Gemeinden bekommen im Rahmen internationaler Untersuchungen immer wieder Bestnoten in Sachen Bürgernähe und Lebensqualität. Daher ist der Österreichische Städtebund seit Jahren bemüht, das kommunale Wissen intern und international zu verbreiten. Mit Erfolg. Besucher und Experten aus ganz Europa finden in Österreichs Städten Vorbilder und zahlreiche Anregungen.

Wir vertreten Städteinteressen

Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung ist immer Dienst am Bürger und braucht Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, im Interesse der Bürger zu handeln. Daher ist die Interessenvertretung gegenüber Bund, Ländern und EU-Institutionen ein zentraler Punkt in unserer Arbeit. Sei es nun im Rahmen des nationalen Finanzausgleichs oder im Zuge der Erarbeitung von Gesetzen auf EU-Ebene.

www.staedtebund.gv.at

DAPHNE

Umwelttechnologiepreis **2015**

30 Jahre
DAPHNE
Umwelt-
technologiepreis



Bewerben Sie sich jetzt für
den Umwelttechnologiepreis
des Magazins **UMWELTSCHUTZ**



z.H. CR Eberhard Fuchs,
e.fuchs@bohmann.at
www.umweltschutz.co.at